www.asg-goe.de

LÄNDLICHE RÄUME

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

2/26

Zukunftsraum Moor

Nutzung, Klimaschutz und regionale Entwicklung



INTERVIEW

Prof. Matthias Drösler:
Die Entwicklung wird einer Exponentialkurve folgen

STUDIE

Austerität in ländlichen Räumen. Zu den Folgen von Sparzwängen in kleinen Kommunen

STUDIE

Suizidalität in der Landwirtschaft

ASG

4 ASG-Frühjahrstagung 2026: Zukunftsraum Moor. Strategien für Landnutzung, Klimaschutz und regionale Entwicklung

9 Tassilo Tröscher-Wettbewerb 2025: Die Finalisten (II)

AGRARPOLITIK

10 Neues von der agrarpolitischen Bühne: Viele Chancen, einige Tore, keine Spielidee
Rainer Münch, Agra-Europe

LANDWIRTSCHAFT

12 Was Fach- und Beratungskräfte über Suizidalität in der Landwirtschaft berichten
Dr. Christian Hetzel[13], Nadine Sänger[13], Juliane Vees[23] und Regina Eichinger-Schönberger[23]
[1] Institut für Qualitätssicherung in Prävention und Rehabilitation
[2] Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau
[3] Arbeitsgruppe Suizidprävention in der Grünen Branche

LÄNDLICHE RÄUME

14 Leerstandsentwicklung in ländlichen Ortskernen. Kommunale Unterstützungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Initiativen
Emily Schnabel, Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

18 Austerität in ländlichen Räumen. Zu den Folgen von Sparzwängen in kleinen Kommunen
Dr. Andreas Kallert, Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Dr. Simon Dudek, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

24 Kultur bewegt Land. Faktor K-Konferenz bietet Zusammenschau der Projektergebnisse der BULEplus-Fördermaßnahme
Alexandra Karnaoukh, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

27 Kulturkirchen auf dem Land. Orte der Begegnung zwischen Tradition und Transformation
Dr. Maria Rammelmeier, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

SCHWERPUNKT *„Zukunftsraum Moor – Nutzung, Klimaschutz und regionale Entwicklung“*

30 Die Entwicklung wird einer Exponentialkurve folgen
Interview mit Prof. Matthias Drösler, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

34 Zwischen Wiedervernässung und Wertschöpfung
Timo Neumann, Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung

38 Für eine Landwirtschaft im Moor mit Zukunft. EIP-Projekt UMZOG – Unsere MoorZukunft Oldenburger Graben
Wiebke Frank, Projektbegleiterin UMZOG

42 Pioniergeist im Moor: Wie zwei Landwirte die PV-Hürden in Varel meistern
Olaf Schmidt, Bürger-Energiegenossenschaft Tangermoorweg eG

45 NAPALU-Verbundprojekt: Nasse Niedermoore als Chance für Betriebe, Artenvielfalt und Klima
Pascal Gerlach, 3N Kompetenzzentrum Niedersachsen

48 LivingLab Teufelsmoor – Produkte aus Gras von nassen Moorwiesen
Isabelle Vogel, Landwirtschaftskammer Niedersachsen

50 Kultur ist ein Anker für Gespräche
Interview mit Uta Berghöfer, Wasserwerk der Zukunft e.V.



Fotonachweise Titelseite: Kühe von Pixabay, Moor von chesterF – stock.adobe.com, Moos von FNR / Ramona Petrolle, CC BY 3.0, PV-Anlage von Tangermoorweg GmbH, Schilf von popovatetiana – stock.adobe.com

PERSONALIEN

52

MEDIENTIPPS

52

FORSCHUNG

54

Sofern keine Nachweise an den Fotos und Abbildungen stehen, wurden diese der Redaktion von den Autor*innen, Fotograf*innen und Verlagen überlassen oder stammen aus dem Bildarchiv der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.



Foto: Soeren Deppe

Liebe Leserinnen und Leser,

die Moorregionen stehen im Zentrum einer der drängendsten Fragen unserer Zeit: Wie lassen sich Klimaschutz, Wasserhaushalt und landwirtschaftliche Nutzung in Einklang bringen? Die ASG-Frühjahrstagung in Stade griff dieses Spannungsfeld mit dem Thema „Zukunftsraum Moor: Strategien für Landnutzung, Klimaschutz und regionale Entwicklung“ auf und lenkte damit den Blick auf einen Bereich, der vor großen Herausforderungen steht. In Niedersachsen werden 27 % der kohlenstoffreichen Böden als Acker und 54 % als Grünland bewirtschaftet. Bei einer vollständigen Wiedervernässung droht der komplette Verlust dieser landwirtschaftlichen Wertschöpfung.

Eine Besonderheit im Elbe-Weser-Raum ist die dichte Besiedlung der Moorregionen. Rund 100 000 Menschen leben dort und haben eine eigene „Siedlungskultur“ aufgebaut. Pauschale Aussagen wie „Alles Moor muss nass!“ führen bei vielen dieser Menschen zu Verunsicherung, Existenzängsten und Perspektivlosigkeit. Denn es hängen zehntausende Arbeitsplätze entlang der Wertschöpfungskette in den niedersächsischen Moorregionen an der Landwirtschaft mit der Milchproduktion als ökonomischem Rückgrat.

Die aktuellen Moorklimaschutzprogramme greifen zu kurz. Sie bilden noch nicht den gesamten Werkzeugkasten ab, der für einen erfolgreichen Klimaschutz notwendig wäre. Auch die starke Fokussierung auf Paludikulturen sehe ich kritisch. Für diese Nutzungsformen fehlen bislang tragfähige Geschäftsmodelle. Klimaschutz kann jedoch nur gelingen, wenn er auch ökonomisch funktioniert. Vor diesem Hintergrund erscheint auch das derzeit diskutierte Ziel einer Wiedervernässung von 50 000 Hektar pro Jahr unrealistisch – zumindest unter den aktuell verfügbaren finanziellen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen. Ambitionierte Ziele sind wichtig, doch sie müssen mit umsetzbaren Lösungen hinterlegt werden.

Deshalb braucht es mehr Offenheit – sowohl in der politischen Ausgestaltung als auch in der Forschung. Neben Paludikulturen müssen weitere Klimaschutzmaßnahmen stärker berücksichtigt werden. Dazu zählen etwa ein verbessertes Wassermanagement oder auch kulturtechnische Maßnahmen, wie beispielsweise Deckkulturen und Baggerkuhlungen, die eine tiefere Verlagerung des Torfkörpers und eine anschließende Abdeckung mit Sand in den Blick nehmen.

Zudem muss die Bedeutung der landwirtschaftlichen Nutzung stärker berücksichtigt werden, denn die Ernährungssicherung ist gerade jetzt wichtiger denn je. Sie muss den gleichen Stellenwert wie Klima- und Umweltschutz einnehmen.

Der Wandel in den Moorregionen kann nur gelingen, wenn ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gemeinsam gedacht werden. Moorklimaschutz muss daher stets auch die Anliegen der in den Moorregionen lebenden Menschen einbeziehen. Die ASG-Frühjahrstagung bot hierfür eine wichtige Plattform, um die vielfältigen Perspektiven der verschiedenen Moor-Akteure zusammenzubringen. Mit dem Themenschwerpunkt dieser Ausgabe der Zeitschrift „Ländliche Räume“ führt die ASG diesen wichtigen Diskurs fort und setzt neue fachliche Impulse.

Ihr Holger Hennies

Präsident des Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e.V.
und des Kuratoriums der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.

ASG-Frühjahrstagung 2026:

Zukunftsraum Moor

Strategien für Landnutzung, Klimaschutz und regionale Entwicklung

Deutschlands Moore sind für den Klimaschutz von großer Bedeutung und stehen daher im Mittelpunkt der nationalen Klimaanpassungsstrategien im Bereich Landnutzung. Ihre Wiedervernässung wird als geeignete natürliche Klimaschutzmaßnahme gesehen, um Treibhausgase wie CO_2 zu binden. Dabei ist die Rückkehr zu naturnahen Mooren ein komplexer Transformationsprozess, der Landnutzung, regionale Wertschöpfung und gesellschaftliche Erwartungen neu ausbalancieren muss. Vor dem Hintergrund der hohen Aktualität des Themas, noch verstärkt durch die im April veröffentlichte Palu-Förderrichtlinie[1] beleuchtete die ASG-Frühjahrstagung aus der Perspektive von Politik, Forschung und Praxis zukunftsfähige Ansätze in diesem Spannungsfeld und bot einen Rahmen für vertiefende Diskussionen.



Alle Fotos: ASG

„Welche Flächen für eine Wiedervernässung geeignet sind, das sollte am Anfang gut kartiert werden. Die Geschichte der Urbarmachung der Moore für eine landwirtschaftliche Nutzung prägt viele Familien. Darüber kann man sich nicht hinwegsetzen. Wir müssen sehr sorgfältig mit diesen Fragen umgehen."

Wolfgang Reimer
Vorsitzender des Vorstands der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.



„Wir brauchen den Dialog mit den Menschen und besonders das Vertrauen, um auf Augenhöhe miteinander zu sprechen. Dies schließt Konfrontation aus und meint den Ausgleich der Interessen. Diesen Weg gehen wir bei der Umsetzung von Konzepten und Projekten."

Kai Seefried
Landrat des Landkreises Stade

Wolfgang Reimer verwies in seiner Begrüßung darauf, dass die Debatte um Moorbodenschutz und Wiedervernässung durch aktuelle politische Entscheidungen und klimapolitische Zielsetzungen deutlich an Bedeutung gewonnen habe. Die Pläne des Bundes zur Wiedervernässung von Moorflächen seien mit großen Herausforderungen für die landwirtschaftliche Praxis wie Nutzungseinschränkungen und wirtschaftliche Einbußen verbunden, so Reimer. Die ASG verstehe sich dabei als Anwältin der ländlichen Räume Ein frühzeitig begonnener Dialogprozess in den jeweiligen Moorregionen sei in ihren Augen wichtig, um die Auswirkungen auf die betroffenen Eigentümer*innen sowie landwirtschaftlichen Betriebe deutlich zu machen und Lösungen zu diskutieren.

Kai Seefried betonte in seinem Grußwort die herausragende Bedeutung der Land- und Ernährungswirtschaft für die regionale Wertschöpfung im Landkreis Stade: 63 % der Kreisfläche wird landwirtschaftlich genutzt, davon hat die Milchwirtschaft eine wesentliche Bedeutung. Darüber hinaus liegt mit dem Alten Land das größte geschlossene Obstanbaugebiet Nordeuropas im Landkreis Stade. Auch die Chemische Industrie ist ein wichtiges wirtschaftliches Standbein. Mit den 23 000 ha Moorflächen verbänden sich große Chancen für Klima- und Artenschutz – und große Herausforderungen für die Region. Ein hoher Veränderungsdruck ergebe sich aus Flächenansprüchen durch Infrastrukturprojekte, dem Ausbau erneuerbarer Energien sowie erforderlichen Deicherhöhungen entlang der Elbe. Diese Ausgangslage verdeutliche den Spannungsbogen zwischen ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen, so Seefried.

Zum Einstieg in das Tagungsthema nahm Mareille Wittnebel die Teilnehmenden in ihrem Science Slam mit auf eine magische Reise zu den phantastischen Moorböden Deutschlands und ihren Datengrundlagen. In anschaulichen Bildern stellte Wittnebel die Verschiedenartigkeit der heute existierenden Moorböden dar. Ziel ihrer Doktorarbeit im Rahmen des Moorbodenmonitoring am Thünen-Institut war es, die Verbreitung der einzelnen Moorbodentypen im gesamten Bundesgebiet zu kartieren. Dies sei eine wichtige Grundlage dafür, dass Deutschland seine Berichtspflichten in Bezug auf CO_2-Emissionen



„Beim Erforschen der faszinierenden Moorböden wollte ich den Zauber der Moore erfassen. Ich bin zu einem großen Sammler der Moor- und Bodendaten der Bundesländer geworden. Daraus ist ein Konzept für die Beschreibung und im Ergebnis eine Karte der Moorböden entstanden."

Dr. Mareille Wittnebel
Niedersächsisches Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

[1] Förderrichtlinie „Maßnahmen zur dauerhaften und weitgehenden Wiedervernässung land- und forstwirtschaftlich genutzter Moorböden und zur Unterstützung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung wiedervernässter Moorbodenfläche", www.bundesumweltministerium.de/download/foerderrichtlinie-palu

erfüllen könne. Die Karte wird deshalb weiterhin aktualisiert und verbessert. Darüber hinaus steht sie allen Akteur*innen im Moorbodenschutz online zur freien Verfügung.[2] Für Niedersachsen verwies Wittnebel außerdem auf das niedersächsische Moorinformationssystem MoorIS.[3]



„Deutschland kommt eine besondere Rolle zu, da ein Großteil der Moorflächen bereits entwässert ist. Solange den Moorgebieten Wasser entzogen wird, geht der Höhenverlust weiter. Von diesem fortlaufenden Prozess der Bodensackung ist besonders die Nordseeküste stark betroffen bei gleichzeitigem Anstieg des Meeresspiegels."

Anke Nordt
Greifswald Moor Centrum

Anke Nordt gab in ihrem Vortrag einen Überblick über Moorökosysteme, ihre Verbreitung und ökologische Funktionen. Weltweit bedecken Moore nur rund 3 % der Landfläche. Trotz dieser geringen Fläche speichern sie über 600 Gigatonnen Kohlenstoff, etwa doppelt so viel wie die gesamte Waldbiomasse. Zudem sind sie Quellgebiete großer Flusssysteme in Hochgebirgen und Lebensraum spezialisierter, oft seltener Arten. Moorböden werden jedoch auch landwirtschaftlich genutzt und dafür meist entwässert. Global sind rund 20 % der Moore entwässert, in Europa knapp die Hälfte, in Deutschland sogar über 90 %. Die Entwässerung führt zu Höhenverlusten durch Verdichtung und Torfoxidation, zu Bodendegradierung sowie, besonders an den Küsten Nordwestdeutschlands und der Niederlande, zu wachsender Verwundbarkeit gegenüber dem Meeresspiegelanstieg. Nordt verwies besonders auf die hohe Klimarelevanz entwässerter Moore. Je tiefer die Entwässerung, desto höher die CO_2-Emissionen pro Hektar. Niedersachsen und die Niederlande gelten, wie Irland, als europäische Emissionshotspots, eng verknüpft mit der intensiven Grünland- und Milchwirtschaft. Zentrale Herausforderung sei es deshalb, wirtschaftliche Alternativen wie die Honorierung von ökologischen Leistungen für Klima- und Artenschutz, sowie Wertschöpfung nach Wiedervernässung für die Landwirtschaft zu etablieren, z. B. durch Moor-PV-Anlagen oder Paludikultur. Hierzu lägen zwar aus der Forschung viele Erfahrungen vor, aber bisher fehlten noch Regularien für die Praxis. Nordt brachte auch Gedankenimpulse aus anderen Ländern ein: In Indonesien habe nach schweren Bränden auf Moorflächen ein Umdenken eingesetzt. Das 2015 ausgegebene Ziel lautete dort nun, bis 2020 2,4 Mio. ha wieder zu vernässen. In Irland entstünden über Kultur-Angebote und in Zusammenarbeit mit lokalen Landwirten für Menschen neue Zugänge zum Moor, die über die Nutzung durch die Landwirtschaft hinausgingen. In Deutschland biete die aktuelle Palu-Förderrichtlinie Entwicklungschancen.



*„Es gilt, Konzepte in Abhängigkeit von den lokalen Gegebenheiten zu entwickeln. Wir setzen uns ein für den Erhalt der Wertschöpfung. Wir möchten Akteure aus der Landwirtschaft und Wasserwirtschaft mitnehmen und die Ängste der Bürger*innen im Hinblick auf Infrastruktur ernstnehmen."*

Dr. Anne Lammen-Ewers
Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

In Niedersachsen werden von insg. 484 000 ha Moorflächen 335 000 ha landwirtschaftlich genutzt, vorrangig als Grünland erläuterte Anne Lammen-Ewers. Damit verfüge das Land über einen besonderen Hebel für Klimaschutz. Auf der Grundlage der Potenzialstudie „Moore in Niedersachsen" des Niedersächsischen Umweltministeriums werden institutionelle Strukturen in Niedersachsen gestärkt und eingerichtet wie das Niedersächsische Koordinierungszentrum Moorbodenschutz (KoMoor) als landesweit tätige Stabsstelle. Mit einer Vielzahl von Projekten und Pilotvorhaben werde die Landnutzung unter nasser Bewirtschaftung erforscht und erprobt, so Lammen-Ewers weiter. Dabei hätten die landeseigenen Flächen Vorreiterfunktion, um höchstmögliche THG-Minderung zu erreichen und das Optimierungspotenzial auszuschöpfen. Vor allem gehe es darum, dass Förderangebote wie die Palu-Förderrichtlinie bei Landwirt*innen und -eigentümer*innen Akzeptanz fänden und sich die relevanten Akteure in den Regionen auf den Weg machten. Diese Prozesse bräuchten personelle Verstärkung, langfristige Finanzierung und Unterstützung des Bundes und der EU, betonte Lammen-Ewers.

Timo Neumann beleuchtete die Rolle der Flurbereinigung als unterstützendes Instrument innerhalb der Transformationsprozesse in Moorlandschaften am Beispiel bestehender Moorverfahren in Schleswig-Holstein. Die Umsetzung im „Wilden Moor" sowie dem „Offenbütteler Moor" habe gezeigt, dass Bodenordnungsverfahren dazu beitragen könnten, Nutzungskonflikte zu reduzieren, Flächen mit vergleichbaren Zielnutzungen

„Mit den Flurbereinigungsbehörden sind Governance-Struktur in der Region geschaffen worden, die auch für demokratische Entwicklung entscheidend sind. Wir müssen auch sozioökonomische Faktoren mitdenken, nicht nur die Landwirtschaft, sondern eben auch Menschen in den ländlichen Räumen."



Timo Neumann
Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung Schleswig-Holstein

[2] Vgl. dazu https://moorbodenmonitoring.thuenen.de – Niedersachsens Moorinformationssystem

[3] https://mooris-niedersachsen.de

zu arrondieren und wasserwirtschaftliche sowie infrastrukturelle Maßnahmen räumlich besser zu integrieren. Gleichzeitig werde deutlich, dass erfolgreiche Moorentwicklung nicht allein von technischen oder naturschutzfachlichen Maßnahmen abhänge, sondern wesentlich von Beteiligung, Kommunikation und langfristigen regionalen Ansprechpersonen getragen werden müsse. Darauf aufbauend richtete er den Blick auf die aktuelle Herausforderung, die bisher gemachten Erfahrungen auf großräumige Moorregionen wie die Eider-Treene-Sorge-Niederung zu übertragen.[4]

In der anschließenden Diskussion wurden Begriffe wie „Flächenzugriff" und „Wiederherstellung" (im Sinne der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur) in Verbindung mit Mooren kritisch diskutiert. Trockengelegte Moore ließen sich durch Wiedervernässung, insbesondere unter trockenen Klimabedingungen, nicht wieder in ihren natürlichen Zustand zurückversetzen, wandte Elias Hardekopf, Beratungsring Drochtersen, ein. Er vermisse beim Sprechen über Wiedervernässung außerdem den Punkt des Wassermanagements. Flächenzugriff wiederum wecke bei Landwirt*innen Assoziationen zu Land Grabbing, warf Dr. Holger Hennies, Präsident des Landvolks Niedersachsen, ein und monierte, dass man bisher keine Informationen dazu erhalten habe, wie viele und welche Flächen in Niedersachsen renaturiert werden sollten. Auf den Betrieben herrsche deshalb große Verunsicherung. Lammen-Ewers wies darauf hin, dass Wiederherstellung und Wiedervernässung nicht identisch seien – letzteres sei nur eine Maßnahme unter anderen. Deshalb bedeuteten Größenangaben zu wiederherzustellenden Flächen (die es bislang auch nur auf nationaler Ebene gebe und nicht für einzelne Bundesländer) nicht automatisch, dass es sich hier um wiederzuvernässende Flächen handle.

Dr. Juliane Rumpf, Naturschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein betonte, dass man bei einer Transformation dieser Größenordnung nicht nur einen Bereich, den der Landwirtschaft, betrachten könne. Es müssten mehr Ministerien involviert werden und auch die Kommunen.



„Paludikultur ist interessant für uns und wir wünschen uns, dass sich regionale Wertschöpfungsketten entwickeln. Aber für eine breite Anwendung im professionellen Substratbereich sind weiterhin Fragen zur Standardisierung, Prozessierung, Logistik und Wirtschaftlichkeit offen."

Dr. Simon Grießer
Floragard Vertriebs-GmbH

Foto: Floragard

Anforderungen des Klimaschutzes führten im Gartenbau zu einer verstärkten Suche nach Torfalternativen für Blumenerden und Kultursubstrate wie z. B. Paludi-Biomasse, erläuterte Simon Grießer in seinem Online-Vortrag die Sicht eines Substratherstellers. Als größte Herausforderung benannte er die fehlende Verfügbarkeit ausreichender Rohstoffmengen zu wirtschaftlich tragfähigen Preisen. Für den Einsatz von Biomassen aus Paludikultur von Niedermooren in Kultursubstraten seien aufwendige Aufbereitungsverfahren erforderlich, um die Materialeigenschaften zu verbessern und Probleme wie die Stickstoffbindung zu vermeiden. Diese Verarbeitungsschritte erhöhten die Kosten und könnten zugleich das nutzbare Volumen des Rohstoffs verringern. Die bisherigen Versuche zeigten, dass für eine wirtschaftliche Anwendung noch weitere Fortschritte bei Produktion, Aufbereitung und Skalierung erforderlich seien, so Grießer. Ähnliches gelte für Torfmoose. Torfmoose seien aufgrund ihrer Eigenschaften ein besonders geeigneter Rohstoff, aus dem mit verschiedenen Rezepturen Ersatzstoffe für verschiedene



[4] Siehe dazu vertiefend den Artikel im Schwerpunkt ab S. 34.

Einsatzbereiche entwickelt werden könnten. Auch hier reichten die bislang produzierten Mengen für eine breite industrielle Nutzung nicht aus. Ebenso sei die Qualität des Ausgangsprodukts zu verbessern, wodurch weitere Kosten entstünden. Es bestehe daher weiterhin Forschungs- und Entwicklungsbedarf.



„Künftige Moorlandschaften werden eher einem Mosaik ähneln, in dem Paludikultur, Naturschutz und intensivere Nutzung nebeneinander bestehen. Chancen einer solchen Landschaft liegen in erzeugter Biomasse, Wasserrückhalt, Temperaturausgleich, Nährstoffpufferung, reduzierten Klimafolgekosten und dem Erholungswert."

Uwe Schröder
KoMoor Niedersächsisches Koordinierungszentrum Moorbodenschutz, Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems

Uwe Schröder erörterte Für und Wider und die Herausforderungen einer nassen Moornutzung. Zunächst wies er darauf hin, dass die Landwirtschaft auf Moorböden einen erheblichen Wirtschaftsfaktor darstelle. Hinzu kämen die vor- und nachgelagerte Bereiche und die damit verbundenen Arbeitsplatzeffekte sowie Einnahmen für Kommunen. Dieser Wertschöpfung stehen jedoch Klimafolgekosten gegenüber, die solche Wertschöpfungseffekte rechnerisch durchaus übersteigen könnten. Eine zentrale Frage bei großräumigen Vernässungsvorhaben ist die Verfügbarkeit von Zulieferflächen. Bezogen auf das Ipweger Moor beispielsweise bedeute das, dass für einen Wasserstand von 20 cm unter Flur auf 1 ha Fläche 3 ha Spenderfläche benötigt werden, bei 10 cm unter Flur sogar 10 ha. Für das Sommerhalbjahr sei deshalb ein Wasserrückhalt erforderlich. Das Einstellen und Halten geeigneter Wasserstände spiele auch für die verschiedenen Bewirtschaftungsmöglichkeiten eine wesentliche Rolle. Schröder wies darauf hin, dass für gleichbleibende bzw. höhere Erträge eine Düngung erforderlich sei.[5] Auch Moor-PV und Moorwind könnten potenzielle Einkommensquellen sein, doch gebe es erhebliche Herausforderungen: erhöhter Materialbedarf durch Tiefgründungen, Zinkproblematik bei Aufständerungen, winterlicher Überstau und damit verbundene höhere Methan-Emissionen. Netzzugangspunkte über 6 km machten Projekte in der Regel unwirtschaftlich. Auch müsse geprüft werden, wie die Wertschöpfung in der Region gehalten werden könne. Ein Pionierprojekt findet sich in Varel im Landkreis Friesland.[6] Entscheidend bei allem sei der Faktor Zeit: Planung, Genehmigung und Förderung müssten nahtlos ineinandergreifen, denn bei Verzögerungen von ein bis zwei Jahren könne sich ein Wirtschaftsmodell schon wieder in Luft auflösen. Der rechtliche Rahmen – EU-Förderrecht, gute fachliche Praxis, Wiederherstellungsverordnung – enthalte noch viele Unsicherheiten. Die gute fachliche Praxis müsse aktualisiert werden, da sie Vernässungen bisher tendenziell entgegenstehe. Wirtschaftliche Chancen böten sich durch Kohlenstoffzertifikate.

[5] Vgl. hierzu auch den Artikel auf S. 45.

[6] Siehe den Artikel auf S. 42.



„Wir Landwirte gucken, was geht und was nicht. Wir schlagen für die Zukunft der Moore und der Landwirtschaft einen Baukasten mit vielen Instrumenten und Bausteinen vor. Dafür werbe ich, dass wir ergebnisoffen diskutieren."

Dr. Karsten Padeken
Kreislandvolkverband Wesermarsch e.V., Kreislandvolkverband Friesland e.V.

Karsten Padeken beleuchtete Perspektiven für die Entwicklung der Landwirtschaft in moorreichen Regionen und benannte den Erhalt des Eigentums und der Wertschöpfung sowie die Planungssicherheit für die Landwirtschaft in Moorgebieten als wesentliche Kernpunkte. Als Landwirt denke er generationenübergreifend, so Padeken. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Klimaschutz durch Moorschutz – u. a. durch die Nationale Moorschutzstrategie, das Bundesklimaschutzgesetz und auf Landesebene die niedersächsische Moorpotenzialstudie – seien für Betriebe sehr kompliziert nachzuvollziehen. Zudem zeigten vorliegende Berechnungen für Renaturierungsszenarien den Verlust von Arbeitsplätze in den Regionen sowie Pachtverluste für Eigentümer*innen verbunden mit sozioökonomischen Konsequenzen. Vor allem sei aber die Wirtschaftlichkeit entscheidend. Die Betriebe stünden vor der Frage, ob ihre Flächen noch ausreichten, wenn sich die Milchviehwirtschaft aus einer Region zurückziehe und die Wertschöpfung z. B. bei Paludi-Kultur geringer ausfalle. Die nasse Moorbewirtschaftung in Form von Paludikulturen, Nasswiesen oder Moor-PV, wie sie in der Forschung verfolgt werde, wolle die Landwirtschaft um weitere Vorschläge ergänzen. Ansätze mit Klimaschutzrelevanz, die ebenfalls in die Diskussion aufgenommen werden sollten, biete die Teilvernässung unter Beibehaltung der Milchviehhaltung wie auch die Umsetzung von Deckkulturen.

Auf Nachfrage erläuterte Karsten Padeken in der darauffolgenden Diskussion, dass bei Deckkulturen auf flachgründigen Moorstandorten das Ziel sei, den Torf nach unten zu verlagern und mit Schlick oder Sand zu überdecken. Unter Landwirten bestehe eine hohe Bereitschaft, diesen Ansatz mitzutragen, wenn er sich als klimawirksam und betrieblich sinnvoll erweise. Padeken wollte dies jedoch ausdrücklich nur als einen Baustein verstanden wissen, nicht als alleinige Lösung.

Mehrere Wortmeldungen hoben die Bedeutung des Wasserrückhalts in der Fläche zur Anpassung an steigende Temperaturen sowie als Reservoir für Wiedervernässungsmaßnahmen hervor. Dem stimmte Padeken mit einem Beispiel zu: In seiner Region würden im Winter 350 mm Wasser abgeleitet, während im Sommer ein Defizit von 150 mm bestehe. Diese Differenz gelte es zu verringern. Bettina Locklair, Katholische Landvolkbewegung Deutschland, wies außerdem darauf hin, dass Entwässerung in Küstenregionen zunehmend Schwierigkeiten bereite, sodass Flächen in Zukunft so oder so vernässen könnten. Sie erkundigte sich, ob das in betriebswirtschaftliche Überlegungen einfließe. Uwe Schröder ergänzte, dass in den Niederlanden bereits Gebiete ausgewiesen würden, in denen nicht mehr gebaut werden dürfe,

weil sie voraussichtlich in Zukunft unter Wasser stünden. Wasserverbände mahnten schon seit längerem Investitionen in wasserwirtschaftliche Strukturen an, beklagte Padeken. Nach dem Zweiten Weltkrieg seien diese Strukturen grundlegend umgebaut worden. Das müsse erneut geschehen – unabhängig vom Thema Moor. Leider stehe dafür bisher kaum Geld zur Verfügung. Detlef Kreye, Kreislandvolkverband Oldenburg, forderte eine differenzierte Betrachtung der Wiedervernässungspotenziale auf regionaler Ebene. Carsten Bahr fragte nach gesundheitlichen Aspekten, z. B. durch das Wiederauftreten von Malariaüberträgern. Dies würde bereits mitgedacht und beobachtet, so Schröder.



„Ich würde mir wünschen, dass alle, die an der Wiedervernässung arbeiten und die Menschen, die in den Mooren wirtschaften, zusammenkommen und ein großes Fest feiern zur Würdigung der Urbarmachung. Ich glaube, das ist, was emotional gebraucht wird, dass die Menschen sich dort abgeholt fühlen können, wo sie, ihre Eltern und Großeltern gewesen sind."

Uta Ruge
Politikwissenschaftlerin und Autorin

Das Leben und Arbeiten der Menschen im Moor im Elbe-Weser-Dreieck stand im Mittelpunkt eines Gesprächs mit Uta Ruge, Autorin des Buches „Bauern, Land: Die Geschichte meines Dorfes im Weltzusammenhang". In ihrem Buch schlägt sie den Bogen von der Urbarmachung des Moores ab dem 17. Jahrhundert bis zur Gemeinsamen Agrarpolitik als Rahmen für die modernen Milchviehbetriebe, die heute dort wirtschaften. Im Gespräch teilte sie auch eigene Kindheitserinnerungen vom Zusammenleben und -arbeiten der Menschen im Moor, das von klaren Regeln und dem Gesetz der Nachbarschaft geprägt gewesen sei. Vor allem deren Leistung habe sie in ihrem Buch sichtbar machen wollen. Die Anerkennung dieser Leistung könne in ihren Augen dazu beitragen, den Betroffenen den Übergang und die anstehende Neuausrichtung in den Moorregionen zu erleichtern.

Eine ASG-Tagung zu den aktuellen Entwicklungen mit Diskussionen zur zukünftigen Nutzung der Moore sei sein besonderer Wunsch gewesen, sagte Holger Hennies in seinem Schlusswort. Hierbei sei es ihm besonders wichtig, die Menschen im Blick zu behalten, die in den betroffenen Regionen leben und arbeiten, und nicht nur über Flächen zu reden. Dies sei zugleich ein Thema, das für die ASG von echter Bedeutung sei, weil



„Die ASG-Frühjahrstagung hat den Rahmen geschaffen, dass Menschen aus der Landwirtschaft, der Wissenschaft und aus Landesbehörden zusammenkommen. Man kennt sich vorher noch nicht, aber man lernt sich hier kennen. Das ist es, was so eine Tagung ausmacht."

Dr. Holger Hennies
Präsident des Landvolk Niedersachsen Landesbauernverband e.V. und des ASG-Kuratoriums

es nicht nur um die Landwirtschaft gehe, sondern um den gesamten ländlichen Raum. Aktuell herrsche bei den Menschen vor Ort Verunsicherung, weil niemand wisse, welche Flächen in Zukunft wiedervernässt werden sollen. Landwirtschaftliche Betriebe, aber auch Gemeinden könnten sich nicht weiterentwickeln, solange diese Frage ungeklärt bleibe. Auch der Werkzeugkoffer sei noch zu klein. Er sehe eine Gefahr darin, hauptsächlich Paludikultur als Lösung anzubieten. Dies mache den Menschen Angst, weil sie deren Wirtschaftlichkeit noch nicht sähen. Es müssten mehr Möglichkeiten zur Verfügung stehen, damit die Menschen in den Moorgebieten selbst nach Lösungen suchen könnten – auch über alte Grenzen hinweg. Der Niedersächsische Weg habe hier einiges verändert. Naturschutzverbände und Bauernverband handelten inzwischen gemeinsam und sprächen sich vorher ab, bevor sie ihre Anliegen ans Ministerium herantrügen. Vieles könne nun schneller und besser umgesetzt werden. Sich auszutauschen, von Akteur*innen aus der Landwirtschaft, kommunalen und fachlichen Verwaltungen, aus der Regionalentwicklung zu lernen, genau das mache auch eine solche Tagung aus. Er freue sich deshalb über die unterschiedlichen Perspektiven und umfangreichen Erkenntnisse aus den verschiedenen Projekten, die in den Vorträgen und Diskussionen geteilt worden seien und die nun in den unterschiedlichen Bereichen weiterwirken könnten.

Die Tagung wurde ergänzt durch einen Markt der Möglichkeiten. Vertreter*innen der Michael Succow Stiftung, der Umweltstiftung Michael Otto, der Landwirtschaftskammer Niedersachsen, des Niedersächsischen Koordinierungszentrum Moorbodenschutz (KoMoor), des 3N Kompetenzzentrum Niedersachsen Netzwerk Nachwachsende Rohstoffe und Bioökonomie e.V., der BUNDjugend, der Gemeinde Gnarrenburg sowie der Deutschen Wildtierstiftung gaben den Tagungsgästen Einblick in aktuelle Projekte, u. a. zu zukünftiger Landbewirtschaftung und Wertschöpfung auf Moorflächen.

Der rege Austausch unter den Tagungsgästen setzte sich beim Abendempfang fort, zu dem das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eingeladen hatte. Ministerin Miriam Staudte begrüßte die Gäste und freute sich über die Wahl des Themas „Zukunftsraum Moor" für die in Niedersachsen stattfindende ASG-Frühjahrstagung. Auch der Austragungsort sei gut gewählt: Der Elbe-Weser-Raum sei eine der bedeutendsten Moorlandschaften in Niedersachsen, hier würden auf regionaler Ebene bereits Strategien entwickelt und vor Ort erprobt. ■

„Moore prägen die Landschaft vieler Regionen Niedersachsens und können einen bedeutenden Beitrag zu den niedersächsischen Klimazielen leisten. Ich freue mich, dass sich viele Regionen auf den Weg gemacht haben, um Moor-Klimaschutz voranzubringen. Das geht nur gemeinsam mit den Menschen, die im und vom Wirtschaften im Moor leben!"

Miriam Staudte
Niedersächsische Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz



Tassilo Tröscher-Wettbewerb 2025:

Die Finalisten (II)

Hier stellen wir Ihnen weitere Finalisten des Tassilo Tröscher-Wettbewerbs 2025 vor. Wie auch die bereits vorgestellten Projekte verdeutlichen sie die Vielfalt engagierter Initiativen in ländlichen Räumen, die Lösungen für unterschiedliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen entwickeln.[1]

Kreativ mit ländlichem Handwerk

Das Projekt der Schäferei und Spinnstube Drutschmann in Dippoldiswalde (Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Sachsen) verfolgt das Ziel, dem nachwachsenden Rohstoff Schafwolle wieder Wertschätzung zu verleihen und zugleich die wirtschaftliche Basis eines landschaftspflegenden Schäfereibetriebs zu stärken. Durch praxisnahe Bildungs- und Erlebnisangebote wird der gesamte Weg von der Schur bis zum fertigen Textil anschaulich vermittelt. Zum Vorgehen gehören Kurse zur Wollverarbeitung wie Spinnen, Weben, Filzen und Färben, Projekttage für Schulen und Kindergärten, Veranstaltungen im Schafstall, Ausstellungen sowie touristische und regionale Kooperationen. Darüber hinaus setzt der Betrieb auf Direktvermarktung.

www.schaeferei-drutschmann.de

Wir mieten einen Hof – ein Jugendbeteiligungsprojekt

Das Projekt schafft in Wesendorf/Westerholz im Landkreis Gifhorn (Niedersachsen) ein neues Jugendzentrum im ländlichen Raum. Ziel ist es, Jugendlichen ab 12 Jahren aus der Samtgemeinde Wesendorf einen dauerhaft nutzbaren Treffpunkt zu bieten, der ihren Bedürfnissen entspricht und aktiv durch sie mitgestaltet wird. Hintergrund war der Wegfall mehrerer kleiner, kaum genutzter Jugendtreffs. Stattdessen wurde ein ehemaliger Bauernhof angemietet und zu einem zentralen Ort der offenen Jugendarbeit weiterentwickelt. Kern des Projekts ist die konsequente Jugendbeteiligung: Jugendliche wirken in Workshops und Beteiligungsformaten an Planung, Gestaltung und Weiterentwicklung des Innen- und Außengeländes mit und treffen Entscheidungen zu Ausstattung, Angeboten und Nutzung. Der Innenbereich ist bereits eröffnet und wird gut angenommen; die Gestaltung des Außengeländes erfolgt mithilfe von Fördermitteln.

www.wesendorf.de/familie/jugendfoerderung/jugend-entscheidet

Genossenschaftliche Vermarktung sozialer Angebote – ALA alma eG

Ziel des Projekts ist es, landwirtschaftlichen Höfen zusätzliche Einkommensmöglichkeiten zu eröffnen und zugleich Menschen mit Behinderung sinnstiftende, praxisnahe Beschäftigungs- und Teilhabemöglichkeiten im Arbeitsfeld Landwirtschaft zu ermöglichen. Betreuungsgelder werden jedoch nach den Sozialgesetzbüchern nach wie vor zum überwiegenden Teil an etablierte soziale Einrichtungen ausgezahlt. Landwirtschaftliche Einzelbetriebe kommen als Empfänger strukturell nicht in Betracht. Das Hindernis liegt dabei nicht bei der inhaltlichen Qualität der Angebote, sondern im bürokratisch-administrativen Aufwand der Abwicklung der Vergütung. Die Sozialgenossenschaft alma eG (Landkreis Verden, Niedersachsen) hat ein Modell zur genossenschaftlichen Vermarktung sozialer Angebote auf landwirtschaftlichen Betrieben entwickelt und ist seit 2022 als Leistungsanbieter anerkannt. Sie bündelt organisatorische und administrative Aufgaben und verteilt die Vergütung fair an beteiligte Betriebe. Dadurch können sich die Höfe auf Betreuung und praktische Arbeit konzentrieren, während Verwaltungsprozesse zentral organisiert werden. Das Projekt befindet sich im Aufbau und besitzt Pilotcharakter.

www.netzwerk-alma.de/index.php/die-sozialgenossenschaft

KulturKirche Oberaula

Der Verein GfO – Gemeinsam für Oberaula e.V. (Schwalm-Eder-Kreis, Hessen) hat sich zur Aufgabe gemacht, eine ehemalige katholische Kirche dauerhaft als Ort für Kunst, Kultur und Begegnung im ländlichen Raum zu etablieren. Nach Beginn der Vorbereitungen im Juni 2023 wurde das Gebäude durch ehrenamtliches Engagement renoviert, technisch ausgestattet und zu einer Veranstaltungsstätte mit professioneller Bühne umgebaut. Seit Januar 2024 finden regelmäßig Kulturveranstaltungen wie Konzerte, Lesungen, Theater, Comedy etc. statt. Ziel ist es, regionalen und überregionalen Künstlerinnen und Künstlern sowie Nachwuchstalenten Auftrittsmöglichkeiten zu bieten und zugleich den Bewohnerinnen und Bewohnern Oberaulas und umliegender Gemeinden einen wohnortnahen Zugang zu kulturellen Angeboten zu ermöglichen. Der gemeinsame Ausklang mit Snacks und Getränken nach jeder Veranstaltung bietet zusätzliche Gelegenheit für Austausch und soziales Miteinander.

www.kulturkirche-oberaula.de



Foto: Hans-Heinrich Conradi

[1] Teil 1 finden Sie in der Ausgabe 1/2026.

Neues von der agrarpolitischen Bühne:

Viele Chancen, einige Tore, keine Spielidee

Der Bundeslandwirtschaftsminister ist mit sich zufrieden, wichtige Siege wurden noch nicht eingefahren und der Bauernverband ist auf Orientierungsfahrt

Die Feierlichkeiten zu „Ein Jahr Bundesregierung“ sind vorüber, die Verrisse geschrieben, die Zwischenzeugnisse erteilt. Im Ergebnis ist die Versetzung der Merz-Regierung mindestens latent gefährdet, die Lage insgesamt ernst, aber nicht völlig hoffnungslos. Wenn’s gutgeht, sind noch drei Jahre Zeit, ins Regieren zu kommen und die Stimmung zu drehen. Vielleicht schafft diese Bundesregierung im Großen – dem Umbau der Sozialsysteme -, was ihre beiden Vorgängerinnen im Kleinen – dem Umbau der Land- und Ernährungswirtschaft – nicht vermocht haben: Vorschläge von klugen Köpfen in breit besetzten Kommissionen lesen, aufgreifen und so gut es geht umsetzen.

Lange Liste

Auf dem richtigen Weg wähnt sich bereits der Bundeslandwirtschaftsminister, und das völlig losgelöst von jeglichen Kommissionen und deren Ratschlägen. Die zum Einjährigen vorgelegte ministerielle Liste der Erfolge von Alois Rainer ist ebenso lang und beeindruckend wie bekannt. Sie reicht von der anlässlich der Bauernproteste zugesagten Wiedergutmachung beim Agrardiesel und einer Abschaffung der vielgeschmähten Stoffstrombilanz im Düngerecht bis zur fälligen Aufnahme des vermehrungsfreudigen Wolfs ins Jagdrecht. Sie umfasst eine geordnete Agrarexportstrategie als Antwort auf Willkür im Welthandel, die Bildung einer Stabsstelle Bürokratieabbau ganz weit oben im Ressort und die Abarbeitung des Antragsstaus bei der Zulassung von Pflanzenschutzmittel. Nicht fehlen durften in der hauseigenen Erfolgsgeschichte Gesetzentwürfe zur Tierhaltungskennzeichnung, zum Tierschutz und zur Düngung, die teilweise unter starken Wehen das Licht der Welt erblickt haben, ferner der entschlossen angestoßene Ressortumbau, die entschieden erkämpfte Sicherung der Gemeinschaftsaufgabenmittel auf Ampelniveau bis hin zur vielbeachteten Aufnahme der Heimat in den Hausnamen.

Offen wie Scheunentore

Dem früheren Fußballer mit Knipserqualitäten auf dem Ministerstuhl dürfte es egal sein, wie die Tore fallen, Hauptsache, das Runde kommt ins Eckige. Recht hat er! Nicht zu bestreiten ist allerdings, dass einige der Torerfolge weniger aus durchdachter Spielkunst als aus schlichtem Fußballhandwerk resultierten. Zum Teil waren die Tore auf dem Spielfeld mindestens so offen wie in den viel zitierten Scheunen. Manchmal lagen die Bälle auf dem Elfmeterpunkt, die Torhüter waren außer Form, noch nicht am Platz oder anderweitig beschäftigt. Zu beobachten war das etwa beim Agrardiesel, der Stoffstrombilanz, dem Wolf oder der Pflanzenschutzmittelzulassung. Beim Bürokratieabbau und der Exportstrategie gibt es bislang lediglich Chancen, aber noch keine Tore.

Keine öffnenden Pässe

Sportfreunde wissen allerdings, auch die vermeintlich leichten Tore wollen erst einmal gemacht sein! Daher wäre es unangemessen, den Rainer‘schen Saisonauftakt an dieser Stelle als missglückt oder vorschnell die gesamte Spielzeit als verloren abzutun. Nicht zu leugnen ist allerdings eine gewisse Kurzatmigkeit im Spiel des Ministers. Wer nach öffnenden Pässen, langen Bällen über die Linien oder gar nach einer tragenden Spielidee Ausschau hält, wird bei Alois Rainer bislang nicht fündig. Das betrifft die Agrarumweltpolitik, wo gemeinsame Spielzüge von Landwirtschaft und Umweltschutz allemal erfolgversprechender sind als Rückzieher bei Umweltstandards. Das gilt für die Tierhaltung. Dort haben Beteiligte auf langfristige Konzepte und ein wenig Planungssicherheit gehofft, um dann jedoch vom Abbruch des erst unlängst gestarteten Bundesprogramms zum Umbau der Tierhaltung und von der Ignoranz gegenüber dem Borchert-Konzept und seinen Protagonisten enttäuscht zu werden. Das reicht bis zum Spielfeld der Ernährungspolitik, das der Minister bislang lediglich als Bolz- und Holzplatz nutzt, anstatt Chancen für eine Branche in der Defensive zu kreieren. Wenig sichtbar ist Rainer im europäischen Wettbewerb. Dort hat er sich bislang weder vehement noch erfolgreich einer drohenden Abseitsstellung der ländlichen Entwicklungspolitik entgegengestellt, noch hat er sich durch Ideen hervorgetan, der altehrwürdigen GAP neues Leben einzuhauchen, etwa durch eine Weiterentwicklung der nur noch mühsam zu rechtfertigenden Direktzahlungen.

Rote Gebiete als rotes Tuch

Als der erwartet schwere und nicht in den Griff zu kriegende Gegner erweist sich für den Minister und seine Getreuen das Düngerecht. Seit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Oktober 2025, den nitratbelasteten und deshalb von den Ländern als „Rot“ ausgewiesenen Gebiete die rechtliche Grundlage zu entziehen, ist der Bund am Zuge, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden. Zwar hat Minister Rainer

inzwischen angekündigt, er werde bis zu Beginn der nächsten Düngesaison Klarheit schaffen. Allerdings tut er sich sichtlich schwer, den Worten Taten folgen zu lassen. Der Grund liegt nicht nur, aber auch in seinem Heimatland. Dort wie anderswo in den Weiten des Bundesgebiets sieht man die Chance gekommen, den Roten Gebiete mit den besonders strengen und in höchstem Maße unbeliebten Düngeregeln ein für alle Mal den Garaus zu machen. Das Bundesverwaltungsgericht? Kriegt man schon irgendwie hin. Allerdings hatten die Leipziger Richter weder die Düngevorgaben zum Schutz des Grundwassers in Frage gestellt noch die Roten Gebiete als solche, sondern lediglich deren nicht angemessene Regelung in einer Verwaltungsvorschrift des Bundes als unzulässig gebrandmarkt. Die Europäische Kommission – da lässt man's mal drauf ankommen.

Wink mit dem Zaunpfahl

Die Brüsseler Umweltkommissarin Jessika Roswall hat in diesen Wochen daran erinnert, dass die Neufassung der Roten Gebiete eine wesentliche Voraussetzung gewesen ist, im Jahr 2023 das gegen Deutschland laufende Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie zunächst einzustellen. Diese Entscheidung hatte landauf landab und parteiübergreifend für Erleichterung gesorgt, hätten Deutschland im Falle einer Verurteilung doch Strafzahlungen in Höhe von bis zu 800 000 Euro gedroht – am Tag! In Brüssel will man die Entwicklung hierzulande nun sehr genau verfolgen. Sollte man in den als humorlos geltenden Dienststellen den begründeten Verdacht haben, in Deutschland spiele man auf Zeit oder wolle sich gar von den damaligen Zusagen verabschieden, bliebe das möglicherweise nicht folgenlos. So einem ruhenden Vertragsverletzungsverfahren ist fix neues Leben eingehaucht, heißt es in EU-Kreisen.

Nicht lieb, aber teuer

Dem Renommee des Bundeslandwirtschaftsministers wäre dies ohne Zweifel nicht dienlich. Dass ein solcher Schritt den ehemaligen Haushalts- und Finanzpolitiker Rainer mindestens ebenso schmerzen würde wie den Agrarminister, aus dessen Budget die Forderungen gegebenenfalls beglichen werden müssten, kann man sich ausmalen. Dass eine solche Entwicklung das Ansehen einer ganzen Branche in Mitleidenschaft ziehen würde, ist wahrscheinlich, wäre ausgesprochen ärgerlich und dem Erfolg künftiger politischer Belange abträglich. So weit ist es noch lange nicht, werden einige sagen. Das könnte stimmen. Die EU-Kommission entscheidet nicht allein aus rechtlichen Erwägungen, sondern wägt auch politisch ab, insbesondere, wenn sich ihre Beschlüsse gegen das große Deutschland richten. Das könnte so sein, muss aber nicht. Was allerdings geregelt ist und unmittelbar greifen würde: Sollte ein Bundesland keine Roten Gebiete ausweisen, würde die Landesfläche insgesamt als nitratbelastet eingestuft. Keine verlockende Aussicht für Landesminister und Landesbauernpräsidenten, für viele Landwirte schon gar nicht.

Auf Orientierungsfahrt

Der Deutsche Bauernverband ist in dieser Frage noch auf Orientierungsfahrt. Dies erstaunt, speist sich die unbestrittene Stärke des Verbandes doch zu großen Teilen aus seiner Einigkeit. Für die wiederum spielte und spielt Kontinuität an der Spitze eine wichtige Rolle: 59, 69, 97, 2012 – stehen nicht für eine neue Hitversion der Sportfreunde Stiller. Vielmehr markieren sie die Amtsübernahmen der letzten vier Präsidenten. Muten die zehn Jahre des Niedersachsen Rehwinkel noch bescheiden an, erinnern die knapp drei Jahrzehnte des westfälischen Freiherrn von Heerman an vordemokratische Verhältnisse. Immerhin 16 Jahre stand der Niederbayer Sonnleitner an der Spitze. Knapp dahinter wird einst der amtierende Präsident Rukwied landen.

Weder Führungslosigkeit oder gar Langeweile

Zwar wurde der Württemberger 2024 in Cottbus für vier weitere Jahre in seinem Amt bestätigt. Dennoch endet die Regentschaft bereits im nächsten Jahr. Im Dezember 2026 wählt der Rukwied'sche Heimatverband seine Spitze neu. Eine Wiederwahl strebt der dann 65-Jährige wie seit längerem angekündigt nicht an. Da Landesbauernpräsidenten a.D. in der Führung des Deutschen Bauernverbandes allenfalls vorübergehend gelitten sind, wird die Ära Rukwied bereits im nächsten Jahr enden. Vollzogen werden soll der Wechsel nach derzeitigem Stand auf dem Bauerntag im Frühsommer 2027, der in Aachen stattfinden wird. Wer mit einiger Spannung auf die seit dem Mittelalter mit Krönungsangelegenheiten vertraute Stadt blickt, dürfte richtigliegen. Wer jedoch meint, bis dahin droht Führungslosigkeit oder gar Langeweile, dürfte sich irren. Der amtierende Präsident ist wild entschlossen, die Zügel bis zum Schluss fest in den Händen zu halten. Potenzielle Hofnachfolger werden sich gedulden müssen. Bislang haben zwei aus der Riege der DBV-Vizes erkennen lassen, dass sie sich für höhere Aufgaben berufen fühlen. Sowohl mit dem Niedersachsen Holger Hennies als auch dem Mittelsachsen Torsten Krawczyk wäre für geographische Abwechslung nach langer süddeutscher DBV-Dominanz gesorgt. Was beide unterscheidet, wird man im Laufe der Monate noch ausgiebig erfahren können. Am Ende haben womöglich die Delegierten die Qual der Wahl. Manche fürchten eine Kampfabstimmung. Für andere ist das Demokratie!

Rainer Münch

Was Fach- und Beratungskräfte über Suizidalität in der Landwirtschaft berichten

Christian Hetzel, Nadine Sänger, Juliane Vees und Regina Eichinger-Schönberger

In Deutschland wurden im Jahr 2023 mehr als 10 000 Suizide verzeichnet und damit mehr Tote als infolge von Verkehrsunfällen, illegalen Drogen, Totschlag und AIDS zusammen. Für die Landwirtschaft gibt es dazu und im weiteren Sinne – also auch suizidale Gedanken und Äußerungen, vorbereitende Handlungen und Suizidversuche – einige internationale Studien. Kernbefund ist eine erhöhte Suizidalität in der Landwirtschaft. Auch ursächliche Faktoren sind Gegenstand dieser Studien, z. B. die hohe Arbeitslast, die übermäßige Bürokratie oder soziale Konflikte. Für die Landwirtschaft in Deutschland existieren dazu bisher kaum Daten. Daher hat die Arbeitsgruppe Suizidprävention in der Grünen Branche des Nationalen Suizidpräventionsprogramms (NaSPro) eine Studie zur Thematik durchgeführt.

Was ist die Studie?

Es wurden 439 Fach- und Beratungskräfte aus rund 70 Organisationen aus allen Bundesländern befragt, und zwar Prozessberatung (z. B. Familienberatung), Fachberatung (z. B. Produktionstechnik), Betriebs-/Dorfhilfe, Sachbearbeitung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, therapeutische Berufe und tierversorgende Berufe. Das Besondere: Die Studie fragt nicht die Landwirt*innen selbst, sondern schaut durch die Brille derer, die nah dran sind und täglich mit Landwirt*innen zu tun haben.

Was waren die wichtigsten Ergebnisse?

- Suizidalität wird in Beratungen als ein häufiges und zunehmendes Thema wahrgenommen.
- Suizidalität wird mit verschiedenen Themen verbunden, vorrangig mit Bedrohung der betrieblichen Existenz. Meist liegt eine Mehrfachbelastung zugrunde.
- Erhöhten Interventionsbedarf scheinen insbesondere Männer, Personen mittleren Alters, aktuelle Betriebsleitungen, kleine bis mittelgroße Betriebe sowie tierhaltende Betriebe aufzuweisen.
- Mehrheitlich scheint bei Betroffenen keine psychische Erkrankung vorzuliegen bzw. diese wird nicht benannt oder nicht thematisiert.

Die Ergebnisse im Einzelnen und die Einordnung

Suizidalität ist aus Sicht der Berater*innen ein häufiges Thema. 67 % der Therapeut*innen und 52 % der Prozessberatungskräfte geben an, dass die Thematik bei mindestens jedem zwanzigsten Beratungsfall offen oder verdeckt aufkommt. Bei fachlichen Beratungskräften ist der Anteil deutlich geringer. Angesichts des psychosozialen Beratungsauftrags der Prozessberater*innen war diese Spitze erwartbar. Dies korrespondiert mit der internationalen Literatur. Etwa die Hälfte aller Befragten gibt zudem an, dass die Thematik in den letzten fünf Jahren zugenommen hat. Diesbezüglich ist die Datengrundlage gering. Eine Studie aus den USA konnte über 15 Jahre einen signifikanten Anstieg von Suiziden in der Landwirtschaft darstellen. Auch in Bezug auf Suizidalität in der Allgemeinbevölkerung in Deutschland deckt sich die Einschätzung, da in 2023 eine 6,6 % höhere Suizidrate erfasst wurde als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Möglicherweise ist die wahrgenommene Zunahme aber auch durch eine erhöhte Wahrnehmung von psychischen Erkrankungen und durch Sondereffekte aus der Corona-Pandemie überlagert.

Die Teilnehmenden nehmen Männer, Personen mittleren Alters, aktuelle Betriebsleitungen, kleine bis mittelgroße sowie tierhaltende Betriebe als besonders betroffene Gruppen wahr (s. Abb.). Bezüglich des Geschlechts deckt sich dies mit Statistiken zu vollendeten Suiziden. Diese Wahrnehmung kann jedoch verzerrt sein, da 89 % aller Betriebsleitungen männlich sind und in Haupterwerbsbetrieben sogar 91 %. Abweichend werden allgemein Suizidversuche, anders als Suizide, häufiger von Frauen unternommen. Möglicherweise kämen die Befragten bei einer differenzierten Definition von Suizidalität hier zu einer anderen Bewertung. In Milchvieh- und Rindfleischbetrieben scheint die Suizidgefahr höher zu sein. Dies könnte in der dauerhaft hohen Arbeitsbelastung, der schwierigen ökonomischen Situation und der langjährigen Bindung an die Tiere gründen. Allerdings könnte auch eine Wahrnehmungsverzerrung vorliegen, da Verstöße in der Tierhaltung überproportional mediale Aufmerksamkeit er-

Dr. Christian Hetzel[13], **Nadine Sänger**[13], **Juliane Vees**[23], **Regina Eichinger-Schönberger**[23]

[1] Institut für Qualitätssicherung in Prävention und Rehabilitation an der Deutschen Sporthochschule Köln, www.iqpr.de

[2] Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, www.svlfg.de

[3] Arbeitsgruppe Suizidprävention in der Grünen Branche des Nationalen Suizidpräventionsprogramms (NaSPro), www.suizidpraevention.de/arbeitsgruppen

Kontakt: Dr. Christian Hetzel, hetzel@iqpr.de

halten. Die wahrgenommene Häufung bei kleinen und mittelgroßen Betrieben könnte mit der finanziellen und betrieblichen Stabilität im Rahmen des Strukturwandels zusammenhängen. Da wirtschaftliche Probleme, Sorgen um Hofnachfolge, Arbeitsstress und soziale Konflikte in kleineren, meist familiär geführten Unternehmen bekannte Risikofaktoren für eine hohe Belastung sind, scheint diese Einschätzung plausibel.

Eng damit verbunden wird Suizidalität von den Befragten vor allem mit existenzbedrohenden Ereignissen in Verbindung gebracht. Zum Großteil wurden verschiedene gleichzeitig vorliegende Belastungen als Auslöser angenommen. Auch bestehende Studien heben finanzielle Sorgen heraus und beschreiben Suizidalität als vielschichtiges Phänomen, welches meist durch die Akkumulation verschiedener Faktoren entsteht.

Mehrheitlich liegt aus Sicht der Befragten bei suizidalen Landwirt*innen keine psychische Erkrankung vor bzw. diese wurde nicht erkannt, nicht benannt oder nicht thematisiert. Limitierend ist, dass hier keine klinische Diagnostik vorgenommen wurde. Tendenziell korrespondiert der Befund aber mit der allgemeinen Evidenz, dass eine psychische Erkrankung zwar das Risiko für Suizidalität erhöht, aber suizidales Verhalten nicht notwendigerweise auf eine psychische Erkrankung hinweist. Zudem zeigen die Freitexte auf, dass Tabuisierung und fehlende Offenheit gegenüber psychischen Belastungen nach wie vor vorhanden sind. Daher ist anzunehmen, dass Erkrankungen häufig nicht kommuniziert werden. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie aus Australien. Weiter ist bekannt, dass psychische Störungen generell zunehmen, aber insbesondere ländliche Regionen therapeutisch unterversorgt sind. Abgesehen von einer ausbleibenden Kommunikation ist es daher wahrscheinlich, dass psychische Störungen nicht ausreichend diagnostiziert und behandelt werden.

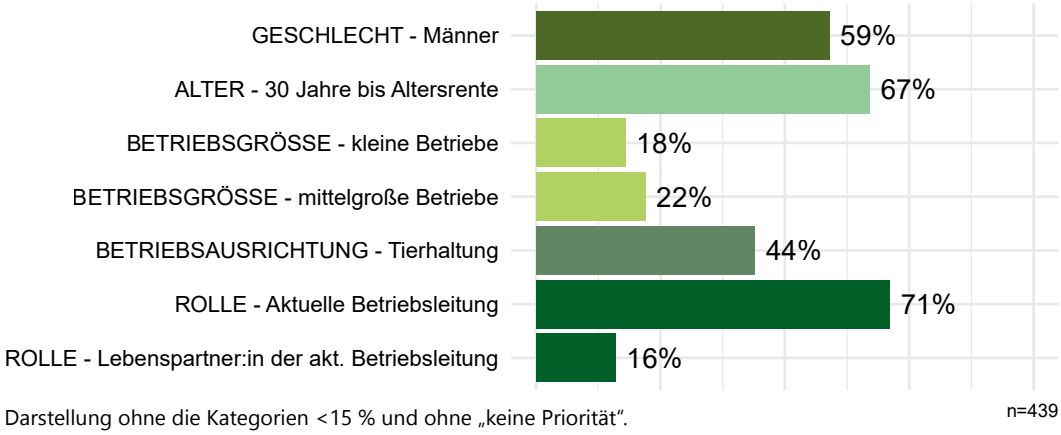
Limitierend ist zunächst, dass die Umfrage im statistischen Sinne nicht repräsentativ ist. Des Weiteren sind die Befunde für die gering besetzten Fachlichkeiten mit Unsicherheit behaftet. Zudem basieren Expertenurteile grundsätzlich auf persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen, können also von kognitiven Verzerrungen beeinflusst sein.

Dem steht als Stärke vor allem die hohe und breite Beteiligung von Expert*innen gegenüber. Wir sehen für die Stichprobe keine substanzielle Selektivität aufgrund der hohen Beteiligung insgesamt, der hohen Beteiligung in Bundesländern mit vielen landwirtschaftlichen Betrieben, der sehr zahlreichen konstruktiven Freitextangaben, des technisch reibungsfreien Ablaufs in der Erhebungsphase und der plausiblen Diskussion in den Rückmelderunden mit den Fach- und Beratungskräften.

Fazit

Die Vorgehensweise bot eine Chance, sich über Vertrauenspersonen einer sensiblen Thematik zu nähern, ohne die vulnerable Gruppe direkt anzusprechen. Dies lieferte Anhaltspunkte für erste Maßnahmen, z. B. sind Schulungen zum Kompetenzaufbau der Fach- und Beratungskräfte aktuell in Planung. Die Studie ersetzt aber weder offizielle Statistiken zum Suizid noch die Sichtweise der Landwirt*innen selbst. Denn Maßnahmen der Prävention sind nur dann zielgenau zu planen, wenn vulnerable Gruppen und ursächliche Faktoren bekannt sind. Beruhen Maßnahmen der Prävention nicht auf Evidenz, können auch negative Folgen auftreten. ■

Abb.: Frage: „Bei welchen Zielgruppen finden gehäuft Gespräche rund um Suizidalität statt?“



Darstellung ohne die Kategorien <15 % und ohne „keine Priorität“.

Quelle: Hetzel et al. 2026

Hetzel, C. et al.: Suizidalität in der deutschen Landwirtschaft: Perspektiven von Fach- und Beratungskräften – eine Querschnittstudie. Prävention und Gesundheitsförderung (2026). https://doi.org/10.1007/s11553-026-01315-x

Methode, Ergebnisse sowie Quellenangaben können online eingesehen werden.



Leerstandsentwicklung in ländlichen Ortskernen

Kommunale Unterstützungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Initiativen

Emily Schnabel

Foto: ASG

Leerstehende Gebäude stellen ländliche Gemeinden aktuell vor tiefgreifende Herausforderungen. Bürgerinitiativen haben für die Bewältigung dieser Probleme besonderes Potenzial. Mit gemeinwohlorientierten Konzepten können sie leerstehende Gebäude aktivieren und ganze Ortskerne beleben. Bei der Unterstützung dieser Initiativen kommt vor allem den Kommunen eine Schlüsselrolle zu. Mit dem Ziel, Kommunen bei dieser Aufgabe handlungsfähiger zu machen, wurden in einer Masterarbeit neun kommunale Handlungsempfehlungen formuliert.

Problemstellung: Leerstände in ländlichen Ortskernen

Gebäude in Ortskernen fallen aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen zunehmend aus der Nutzung. Betroffen sind dabei besonders ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude, Bahnhöfe, Schulen, Kirchen und auch Gasthöfe, die alle eine hohe ortsbildprägende Bedeutung haben (Henkel 2020).

In diesem Zusammenhang lässt sich ein Trading-Down-Effekt beobachten, wodurch Ortskerne veröden und ihre zentrale Bedeutung für die Daseinsversorgung, Wirtschaft und den sozialen dörflichen Zusammenhalt verlieren. Um die wachsenden Leerstände und die Verödung der Ortskerne zu stoppen, wird zunehmend auf die Bedeutung bürgerschaftlicher Initiativen verwiesen (vgl. Kötter et al. 2011, Danielzyk et al. 2016). Im Zentrum stehen dabei gemeinwohlfördernde Effekte, die die engagierte Bürgerschaft mit lokalen, bedürfnisorientierten Konzepten umsetzten kann. Allgemein beschreibt „Gemeinwohl" einen angestrebten Nutzen, der über das Wirtschaftliche und die Gewinnorientierung hinausgeht. „Gemeinwohl" wird als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, wobei Werte wie Solidarität, Gemeinschaft, Selbstwirksamkeit und Teilhabe im Fokus stehen. Unter den richtigen Voraussetzungen kann mit der gemeinwohlorientierten Leerstandsaktivierung das Erscheinungsbild des Ortes verbessert und die wirtschaftliche sowie die kulturelle Dynamik in der Region maßgeblich vorangebracht werden (Netzwerk Zukunftsorte 2023).



Foto: privat

Emily Schnabel

Agrarsoziale Gesellschaft e.V.,
Göttingen

emily.schnabel@asg-goe.de
www.asg-goe.de

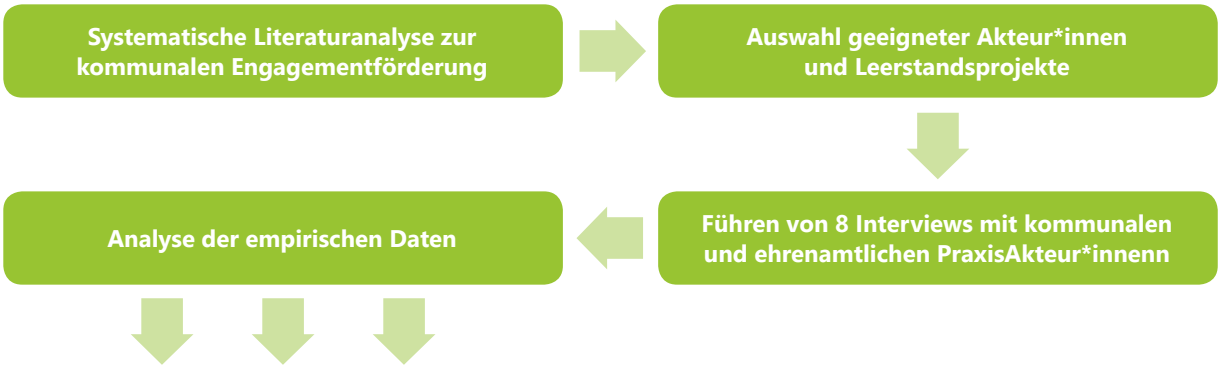
Forschungslücke und Zielsetzung

Forschungsarbeiten der letzten Jahre zeigen (vgl. Weitkamp & Steffenhagen-Koch 2015; Henkel 2009), dass die gemeinwohlorientierte Leerstandsaktivierung durch Bürger*innen trotz identifizierter Potenziale noch nicht ausreichend erforscht wurde und die Bereitschaft, sich an Leerstandsprojekten zu beteiligen, insgesamt vergleichsweise gering ist. Dies ist u. a. auf fehlende Strategien und Wissen der Kommunen zurückzuführen, wie das Engagement in diesem Bereich unterstützt und aktiviert werden kann (Weitkamp & Steffenhagen-Koch 2015). Die in diesem Artikel vorgestellte Masterarbeit verfolgte das Ziel, diese Wissenslücke zu schließen und einen Beitrag zur ländlichen Entwicklung und Leerstandsaktivierung zu leisten.

Methodisches Vorgehen

Um ein tiefergehendes Verständnis der Funktionsweisen, Herausforderungen und Erfolgsfaktoren bürgerschaftlicher Initiativen bei der Leerstandsaktivierung zu erlangen, wurden insgesamt acht leitfadengestützte Experteninterviews durchgeführt (s. Abb. 1). Zwei Gesprächspartner stammen aus überregional tätigen Vereinen

Abb. 1: Methodisches Vorgehen



Quelle: eigene Darstellung

bzw. Initiativen, die bereits verschiedene gemeinwohlorientierte Leerstandsprojekte begleitet haben.

Die weiteren sechs Experteninterviews wurden mit kommunalen und zivilgesellschaftlichen Praxisakteur*innen von konkreten gemeinwohlorientierten Leerstandsprojekten in niedersächsischen Dörfern geführt (s. Abb. 2). Dies ermöglichte einen tiefergehenden und persönlichen Einblick in die jeweilige individuelle Projektentwicklung.

Eine zuvor durchgeführte systematische Literaturanalyse bildete zudem eine wissenschaftlich fundierte Grundlage, um das Forschungsfeld der kommunalen Unterstützungsmöglichkeiten vorab zu strukturieren.

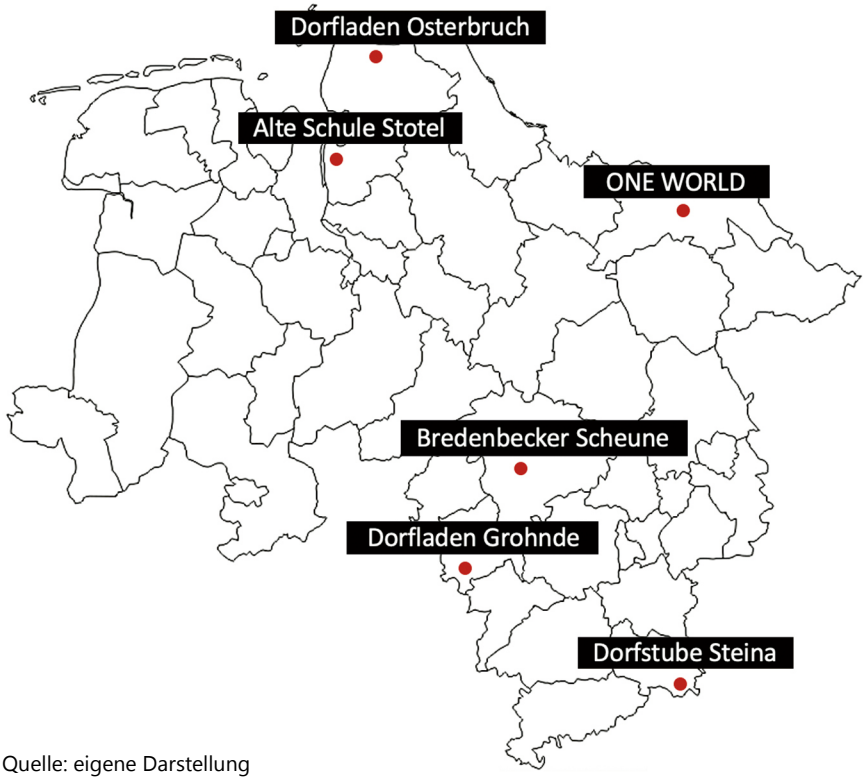
Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen für von Leerstand betroffene Kommunen

Die Auswertung der Expertengespräche ermöglichte ein tiefergehendes Verständnis der bürgerschaftlichen Initiativen sowie die Formulierung konkreter Vorschläge für die Zusammenarbeit als Handreichung für betroffene Kommunen.

1. Entwicklung kommunikativer und koproduktiver Strukturen

Eine wichtige Voraussetzung für eine gelungene Leerstandsaktivierung ist der Aufbau von koproduktiven Strukturen auf Augenhöhe zwischen Kommune und Bürgerinitiative. Koproduktion meint dabei die gemeinsame Abstimmung von Lösungen und die gemeinsame Umsetzung in einer gleichberechtigten Partnerschaft, wobei Stärken, Ressourcen und Herangehensweisen der Akteur*innen verknüpft werden. Ein enger offener Austausch trägt dazu bei, auf die individuellen Herausforderungen und Bedürfnisse der Initiativen reagieren zu können. Es sollte die Aufgabe von Kommunen sein, klare Absprachen und ein transparentes Vorgehen bei der Projektentwicklung zu etablieren. Es ist wichtig, Verständnis für unterschiedliche Handlungsweisen und Rahmenbedingungen zu schaffen und Machtstrukturen abzubauen. Bürgerinitiativen profitieren außerdem von neuen, kreativen Konzepten und großen Handlungsspielräumen. Um eine koproduktive Zusammenarbeit zu ermöglichen, sollten Kommunen vor diesem Hintergrund administrative Abläufe vereinfachen und Freiräume schaffen.

Abb. 2: Befragte Best-Practice-Beispiele in Niedersachsen



Quelle: eigene Darstellung

2. Gemeinwohl gemeinsam aushandeln

Faller et al. (2019) beschreiben einen fließenden Übergang zwischen Eigen- und Gemeinwohlinteresse, wobei die Bedeutung des Gemeinwohls jeweils von den lokalen sozialen, kulturellen und ökonomischen Gegebenheiten abhängig ist. Laut den Autoren gilt es zu prüfen, ab wann eine Gruppe gemeinwohlorientiert bzw. im Eigeninteresse handelt und die Gemeinwohlorientierung neuer Nutzungskonzepte für leerstehende Gebäude individuell vor dem Hintergrund der lokalen Gegebenheiten zu betrachten.

Die Ergebnisse zeigen, dass Bürgerinitiativen unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf die Bedeutung des Gemeinwohls haben können, da sie von unterschiedlichen Zielen und Visionen geleitet sind. Dies beeinflusst ihr Potenzial und ihre Wirkungsfähigkeit hinsichtlich der Stärkung der Ortskerne und ihrer multifunktionale Rolle, da erst unter Berücksichtigung des Gemeinwohls identitätsstiftende Begegnungsorte für die Gemeinschaft entstehen können.

In der Masterarbeit gab es einige Hinweise darauf, dass insbesondere zugezogene Projektinitiator*innen – oft als Rückkehrer*innen bezeichnet – vor der Herausforderung stehen können, Nutzungskonzepte an die lokalen Bedürfnisse und Strukturen anzupassen und der Gemeinwohlorientierung gerecht zu werden. Es besteht so die Gefahr, dass das neue Nutzungskonzept nicht von der Dorfgemeinschaft getragen wird und somit keine Relevanz für das soziale Leben vor Ort entwickelt. Bürgerinitiativen, die stark in die lokale Gemeinschaft integriert sind und im Austausch mit den Anwohner*innen stehen, scheinen einen entscheidenden Vorteil zu haben, wenn es darum geht, im Interesse des Gemeinwohls zu handeln und die bereits genannten zentralen Aspekte – Gemeinschaft, Selbstwirksamkeit und Teilhabe – umzusetzen.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse ist es wichtig, zu Beginn der Projektumsetzung einen Aushandlungsprozess mit breiter Beteiligung anzustreben mit dem Ziel, gemeinschaftliche Bedürfnisse zu identifizieren und eine projektbezogene Definition des Gemeinwohls zu erreichen. Bei diesem gemeinschaftlichen Austausch ist auch die Kommune gefragt, sich und ihre Interessen einzubringen, um eine stabile Basis für eine gute weitere Zusammenarbeit zu schaffen. Ein mögliches Format hierfür sind Bürgerversammlungen, bei denen die Bürgerinitiative der restlichen Dorfgemeinschaft von der Projektidee berichtet, eine Beteiligung ermöglicht und eine Diskussion anstößt.

3. Dorfgemeinschaft stärken

Eine starke Dorfgemeinschaft, die sich mit dem Ort und der Gemeinschaft identifiziert, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor und Grundlage für die erfolgreiche Aktivierung von Leerständen. Daher ist es wichtig, dass die Kommunen die Dorfgemeinschaft über die Projektentwicklung hinaus langfristig stärken. Dadurch fördern sie die Hilfe zur Selbsthilfe und befähigen die Dorfgemeinschaft, Projekte anzugehen und die vielfältigen Potenziale der engagierten Akteur*innen zu nutzen. Der gemeinschaftliche Austausch kann insbesondere durch Dorffeste und Veranstaltungen angeregt und ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, dass die Kommune der Dorfgemeinschaft in Zeiten schließender Kneipen und Gaststätten Begegnungsräume als Basis für gesellschaftliche Aushandlungsprozesse zur Verfügung stellt.

4. Qualifizierung kommunaler Akteur*innen

Die Experteninterviews konnten zeigen, dass Kommunen vielfältige soziale und fachliche Kompetenzen benötigen, um die Bürgerinitiativen bei der Projektentwicklung umfassend zu unterstützen. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, dass sich Kommunalverwaltungen mit der gemeinwohlorientierten Leerstandsaktivierung auseinandersetzen und diese als Schwerpunktthema in der Verwaltung etablieren, um das Problembewusstsein zu stärken. Eine fachliche und soziale Qualifizierung kommunaler Akteur*innen kann z. B. durch die Teilnahme an Workshops, Konferenzen oder Netzwerktreffen gelingen. Dabei sind nicht nur Fachwissen, sondern auch Mut und die Bereitschaft, neue Wege zu gehen, wichtig. Kommunen, die bereits erfolgreich Projekte umgesetzt haben, können als Vorbilder dienen.

5. Bedarfsorientierte Beratung durch Netzwerke

Die Entwicklung gemeinwohlorientierter Nutzungskonzepte für leerstehende Immobilien ist ein komplexes Unterfangen. Bürgerinitiativen müssen sich dabei von der Planung bis zum Betrieb mit vielfältigen Aufgaben beschäftigen. Oft ist eine bedarfsorientierte Wissensvermittlung und Qualifizierung nötig, um die Projekte umzusetzen. Fehlen in Kommunalverwaltungen aufgrund eingeschränkter finanzieller und personeller Ressourcen diese Erfahrungen und dieses Wissen können sie die jeweiligen Bedürfnisse der Bürgerinitiativen ermitteln und anschließend passende Expert*innen und Netzwerke vermitteln. Je nach Projektkonzept kann



Dorfladen Osterbruch

Quelle: Dorfladen Osterbruch

die Kommune an verschiedene überregionale Netzwerke wie das Dorfladennetzwerk (Die DORFbegegnungsLÄDEN in Deutschland e.V.) anknüpfen. Bundesweit tätige Netzwerke wie das Netzwerk Zukunftsorte oder der Verein Immovielien e.V. sammeln außerdem kreative Projekte und bieten die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch.

6. Beratung bei der Auswahl und Beantragung von Fördergeldern

Fördergelder sind ein entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Projektentwicklung. Oft stellt jedoch insbesondere die Beantragung von Fördermitteln sowie das Wissen über verfügbare Fördertöpfe Bürgerinitiativen vor große Herausforderungen. Kommunen sollten Bürgerinitiativen bei der Identifizierung passender Fördermöglichkeiten und bei der Beantragung unterstützen. Da besonders kleine Kommunen oft selbst nicht über ausreichende Erfahrungen bei der Beantragung von Fördermitteln verfügen, kann es hilfreich sein, wenn sich die kommunalen Mitarbeiter*innen bei Bedarf ebenfalls an erfahrene Akteur*innen oder Netzwerke wenden.

7. Unterstützung bei rechtlichen und bürokratischen Anforderungen

Bei der Projektentwicklung in Bestandsimmobilien sind zahlreiche rechtliche und bürokratische Anforderungen zu berücksichtigen. Diese sind für Bürgerinitiativen oft nur schwer zu überblicken. Kommunen sollten ihnen bei rechtlichen Fragen zur Seite stehen und Ansprechpartner*innen mit entsprechendem Wissen zur Verfügung stellen. Besonders hilfreich ist die Unterstützung bei der Antragstellung, beispielsweise von Bau- und Umnutzungsanträgen. Gleichzeitig sollten die Kommunen ihre eigenen bürokratischen Strukturen abbauen und kurze, schnelle Abläufe etablieren, insbesondere im Vergaberecht. Lange Vergabeverfahren und langsame Prozesse stellen eine Hürde bei der Zusammenarbeit dar. Dies kann z. B. durch eine zentrale Ansprechperson, flache Hierarchien und gebündelte Zuständigkeiten gelingen.

8. Öffentlichkeitsarbeit betreiben

Auch wenn der Fokus der Gemeinwohlorientierung nicht auf der Gewinnmaximierung liegt, gelingt die langfristige Sicherung der neuen Nutzungen nur über ein tragfähiges Geschäftsmodell. Dies zu erreichen, ist besonders in ländlichen Räumen mit einer geringen Bevölkerungsdichte schwierig. Die Ergebnisse der Expertengespräche mit den Praxisakteur*innen zeigen, dass sich neue Nutzungen in ländlichen Ortskernen oft durch ein großes Einzugsgebiet und einen hohen Bekanntheitsgrad finanzieren. Dafür ist oft eine breite Öffentlichkeitsarbeit wichtig, bei der auch die Kommunen eine wichtige Rolle spielen können, indem sie beispielsweise Pressemitteilungen veröffentlichen oder Informationen zu Kulturveranstaltungen in Amtsblättern, Newslettern oder auf den eigenen Internetseiten verbreiten. Eine medienwirksame Öffentlichkeitsarbeit kann für Bürgerinitiativen darüber hinaus ein wichtiger Hebel sein, um von anderen Leerstandsprojekten und Akteur*innen wahgenommen zu werden. Dadurch können wiederum neue Kontakte und Netzwerke entstehen.



Foto: Christine Koberstein-Schwarz

Bredenbecker Scheune

9. Finanzielle Unterstützung

Zuletzt soll auch noch auf die finanzielle Unterstützung als wichtigen Aspekt verwiesen werden, da die langfristige Finanzierung der Projekte eine große Herausforderung für die Bürgerinitiativen darstellt. Die Bereitschaft der Kommune, sich an den finanziellen Ausgaben zu beteiligen, kann für die Bürgerinitiative ein essenzieller Rettungsanker sein. Die Unterstützungsmöglichkeiten sind dabei vielfältig. So können Kommunen der Initiative z. B. einen Überbrückungskredit gewähren, um finanziellen Problemen durch verspätet ausgezahlte Fördergelder entgegenzuwirken, oder Räumlichkeiten anmieten. Gleichzeitig ist es wichtig, dass sich die Kommunen auch für Förderprogramme bei den Ländern, dem Bund oder der EU bewerben.

Fazit

Unter den richtigen Voraussetzungen gelingt es Bürgerinitiativen, leerstehende Immobilien mit kreativen Ideen und außergewöhnlichen Maßnahmen gemeinwohlorientiert umzunutzen. Dabei schaffen die Bürger*innen neue Angebote, die oft eine große Anziehungskraft entfalten und die Ortskerne beleben. Mit der richtigen Herangehensweise und förderlichen Rahmenbedingungen können Kommunen Bürgerinitiativen unterstützen, sodass die Dorfgemeinschaft stark von den jeweiligen Projekten profitiert. Die Masterarbeit unterstreicht die Wichtigkeit, die Leerstandsentwicklung als gemeinsame Aufgabe zu begreifen. Die Potenziale der engagierten Bürgerschaft werden vor allem durch einen intensiven und offenen Austausch sowie einen bedürfnisorientierten Aushandlungsprozess zwischen Kommune und Dorfgemeinschaft freigesetzt. Kommunen sind dabei gefragt, kreativen Ideen die Tür zu öffnen, auch wenn dies den Mut zu neuen Herangehensweisen erfordert. ■

Literaturangaben: www.asg-goe.de/lit/LR226-Schnabel.pdf

Austerität in ländlichen Räumen

Zu den Folgen von Sparzwängen in kleinen Kommunen

Andreas Kallert und Simon Dudek

Der Beitrag untersucht die Folgen von und den Umgang mit Austerität in kleinen, finanzschwachen Kommunen in ländlichen Räumen Deutschlands. Er identifiziert fünf zentrale Charakteristika: ungleiche Entwicklung, politische Marginalisierung, infrastrukturelle Herausforderungen, geringe Verwaltungskapazitäten und Community-Kapitalismus. Wir plädieren für eine verlässliche und auskömmliche Grundfinanzierung, um strukturschwachen Kommunen Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu ermöglichen.

„Am finanzielle[n] Limit" seien die Kommunen dem Deutsche Städte- und Gemeindebund (2026) zufolge. Angesichts eines erneuten Rekorddefizits im Jahr 2025 in Höhe von knapp 32 Milliarden Euro und erheblicher Investitionsrückstände überrascht dieser Befund kaum. Doch auch während der 2010er-Jahre, in denen die Kommunen zwar insgesamt Überschüsse verzeichnen konnten, gab es viele Gemeinden und Städte, die von Überschuldung und Haushaltsdefiziten geplagt waren. Diese Kommunen und damit die fiskalischen Disparitäten in Deutschland untersuchten wir in einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekt an der Wirtschaftsgeographie der KU Eichstätt-Ingolstadt (Kallert & Dudek 2026). Im Fokus standen die finanzpolitischen Herausforderungen, vor denen insbesondere kleine, finanzschwache Kommunen in ländlichen Räumen stehen. Hierfür analysierten wir die Schuldenhilfs- und Konsolidierungsprogramme von Kommunen unter 50 000 Einwohner*innen in fünf Bundesländern: Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland. Die Abbildungen 1 bis 5 zeigen die räumliche Verteilung der Teilnahmen an diesen Schuldenhilfsprogrammen.

Abgesehen von Nordrhein-Westfalen liegt die Mehrzahl der teilnehmenden Kommunen in ländlichen Räumen und hat eine geringe Einwohnerzahl. Besonders in Bayern sticht die ungleiche Verteilung zwischen dem finanzstarken Südbayern und dem finanzschwachen Nord- und Ostbayern heraus, während die Problematik überschuldeter Kommunen im Saarland oder Rheinland-Pfalz ein flächendeckendes Phänomen darstellt.

Zunächst werteten wir rund 9 500 Konsolidierungsmaßnahmen der in den Karten hervorgehobenen Kommunen entlang betroffener Politikfelder (z. B. Finanzen, Sport, Brandschutz) aus. Anschließend nahmen wir statistische Auswertungen von sozioökonomischen und haushälterischen Daten vor. Schließlich besuchten wir zehn finanzschwache, peripherisierte Kommunen in ländlichen Räumen und führten 55 semi-strukturierte Expert*innen-Interviews mit Akteur*innen aus Kommunalpolitik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. So konnten wir die Schwerpunkte der Sparmaßnahmen, die spezifischen Strategien im Umgang damit und letztlich auch die Betroffenheit von kommunaler Austerität in ländlichen Räumen identifizieren. Im Folgenden illustrieren wir anhand unserer empirischen Befunde aus den untersuchten Bundesländern die fünf zentralen Charakteristika von Austerität in ländlichen Räumen, die wir mit unserem Konzept des „Ruralen Konsolidierungsstaats" (Kallert & Dudek 2025) zu systematisieren versuchen (s. Abb. 6 auf S. 22).

Der Rurale Konsolidierungsstaat bezeichnet – in Anlehnung an Wolfgang Streecks (2015) Konzept des Konsolidierungsstaates und Ansätze des austerity urbanism (vgl. Jamie Peck 2012) – ein politisches Projekt, durch das die kommunale Haushaltskonsolidierung zu einer dauerhaften politischen Leitlinie wird und dabei auf ländliche Räume trifft, die aufgrund ihrer strukturellen Ausgangsbedingungen besonders verwundbar sind.

(1) Ungleiche Entwicklung

Die wirtschaftliche Struktur ländlicher Kommunen unterscheidet sich deutlich von der urbaner Zusammenhänge. Während Städte durch räumliche Konzentration von Netzwerken, spezialisierten Arbeitsmärkten und dichten Zuliefernetzwerken profitieren, die Produktivität und Innovation fördern, ist diese Dynamik nicht gleichermaßen in ländlichen Gemeinden vorhanden. Dies drückt sich



Foto: privat

Dr. Andreas Kallert
Institut für Geographie und Geologie, Julius-Maximilians-Universität Würzburg
andreas.kallert@uni-wuerzburg.de
www.geographie.uni-wuerzburg.de/humangeographie

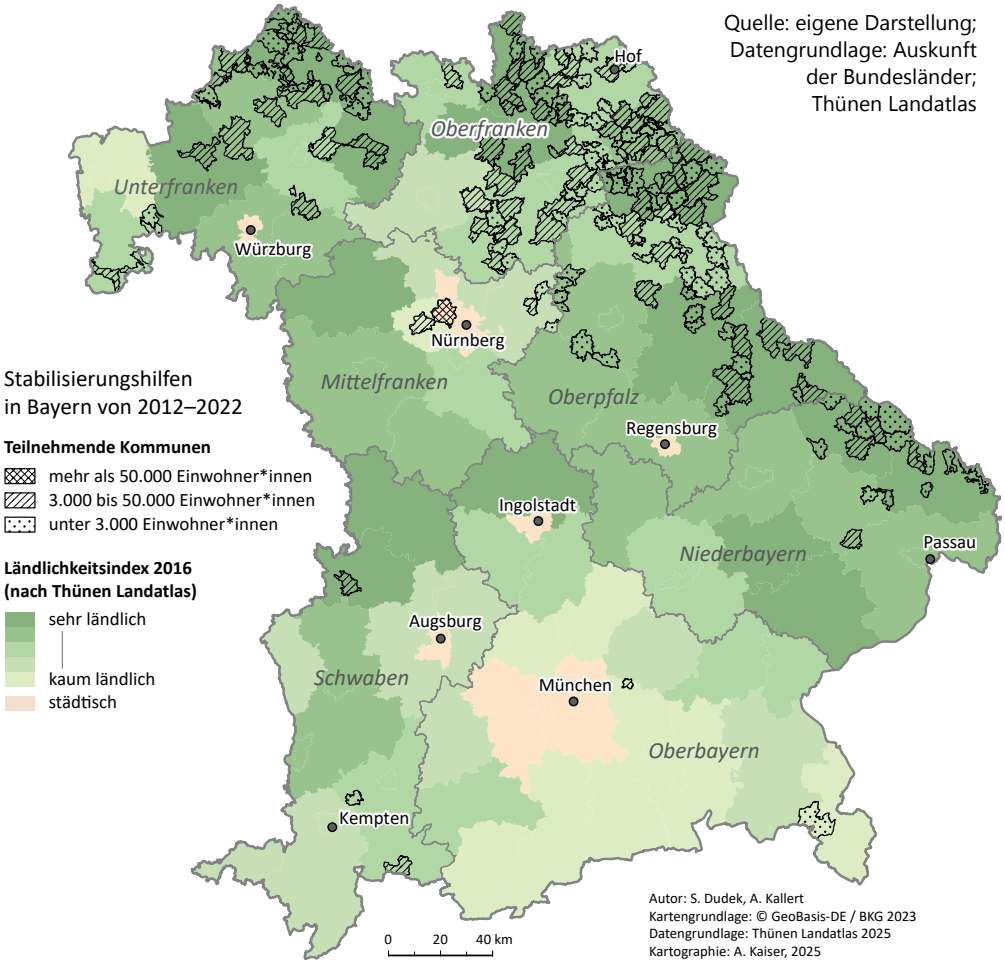
Dr. Simon Dudek
Arbeitsgruppe Wirtschaftsgeographie, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
Simon.Dudek@ku.de
www.ku.de/mgf/geographie/wirtschaftsgeographie



Foto: Katrin Wycik

auch in vergleichsweise niedrigeren Steuereinnahmen aus wirtschaftlichen Tätigkeiten aus. Von besonderer Bedeutung ist hierbei in Deutschland die Gewerbesteuer: Ihr Aufkommen geht abzüglich von Umlagen der jeweiligen Kommune zu, wobei diese zudem über den Hebesatz entscheidet. Empirische Befunde unterstreichen diese Unterschiede: So zeigt Vesper (2015: 30), dass größere Städte höhere Pro-Kopf-Einnahmen aus der Gewerbesteuer erzielen, während kleinere Gemeinden stärker von Gemeinschaftssteuern wie der Einkommen- und Umsatzsteuer abhängen. Entsprechend unterscheidet sich die Gewerbesteuergrundlage in ländlichen Räumen deutlich von jener in urbanen Zentren. Diese ungleiche materielle Basis führt dazu, dass die kommunalen Konsolidierungsstrategien in kleinen Kommunen – mit Ausnahme Bayerns – vor allem auf Erhöhungen der Grundsteuer statt der Gewerbesteuer abzielen (s. Tab.) – mit der Folge stärkerer finanzieller Belastungen der Bewohner*innen in den Dörfern und Kleinstädten.

Abb. 1–5: Räumliche Verteilung der Teilnahmen an kommunalen Schuldenhilfsprogrammen ab 2012



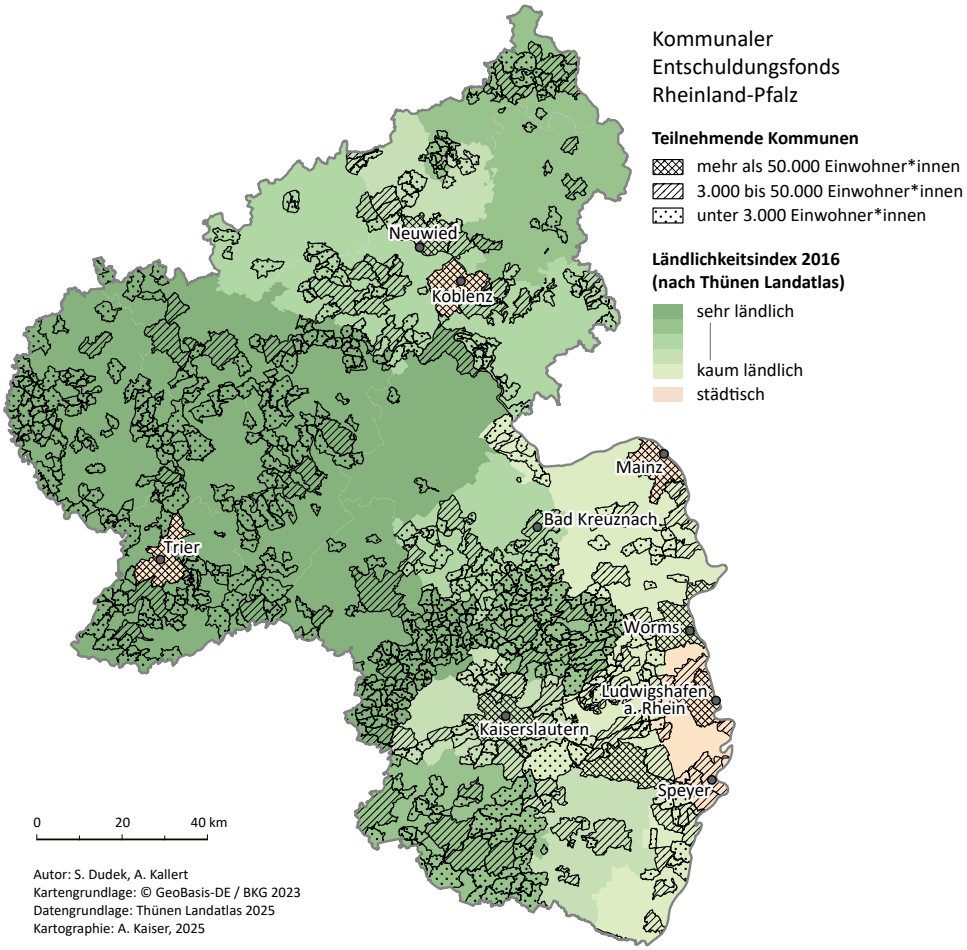
Tab.: Prozentualer Beitrag der jeweiligen Konsolidierungsmaßnahmen zur Gesamtkonsolidierung in kleinen Kommunen unter 50 000 Einwohner*innen nach Maßnahmentyp.

Maßnahmentyp	Bayern	Hessen	NRW	Rheinland-Pfalz	Saarland
Erhöhung Grundsteuern	10,6 %	20,9 %	36,9 %	30,3 %	15,1 %
Erhöhung Gewerbesteuer	10,6 %	15,3 %	17,0 %	11,2 %	9,7 %
Optimierung von Gebühren, Beiträgen, Verträgen, Satzungen	23,8 %	14,0 %	6,3 %	8,9 %	10,3 %
Reorganisation und Optimierung	15,9 %	8,6 %	6,2 %	7,4 %	9,6 %
Abbau von Standards, Zuschüssen, Leistungen	12,7 %	9,7 %	8,8 %	2,7 %	15,2 %
Abbau von Flächen, Standorten, Einrichtungen	9,9 %	1,4 %	4,2 %	22,2 %	2,5 %
Zinsersparnis	6,9 %	5,2 %	6,2 %	0,1 %	n.a.
Erträge aus Erneuerbaren Energien	0,5 %	2,6 %	0,0 %	1,2 %	4,2 %
Beiträge von Beteiligungen, Konzessionen	0,1 %	2,2 %	4,8 %	1,1 %	4,8 %
Stellenabbau	6,6 %	3,9 %	7,3 %	6,6 %	28,5 %
Sonstige Maßnahmen	2,8 %	16,2 %	2,4 %	8,4 %	0,1 %

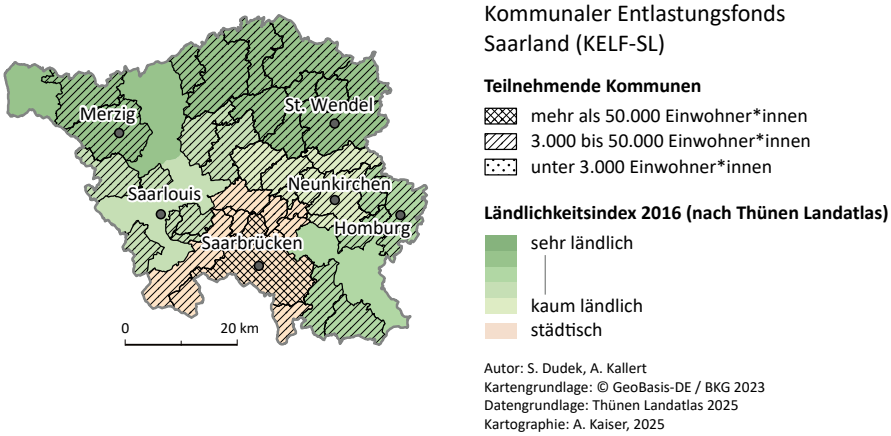
Quelle: Kallert & Dudek 2024: 190

(2) Politische Marginalisierung

Ländliche Kommunen sind durch den Paradigmenwechsel in der Raumordnung (Brenner 2004) benachteiligt: So setzt die aktuelle Raumpolitik auf standortspezifische Programme zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und fokussiert sich dabei zur Stärkung der globalen Wettbewerbsposition vorrangig auf Infrastrukturprojekte in Städten und Metropolregionen. Infolgedessen kommt es zu einem schrittweisen Bedeutungsverlust (Royer & Leibert 2024: 223) und einer politischen Marginalisierung (Rodríguez-Pose 2018) ländlicher Räume. Ein Gesprächspartner in Bayern bemängelt entsprechend „Klientelpolitik für die Großstadt" und nennt das 9-Euro-Ticket als Beispiel: „Wenn ich keinen Bus hab' und keinen Zug, was nutzt mir das?" Während Städte als bedeutsame ökonomische und politische Akteure aufgefasst werden, bemängeln Akteur*innen in kleinen Kommunen den „fehlende[n] Einfluss, weil zu klein und unbedeutend im Konzert".



Das Nichtgehörtwerden der kleinen Kommunen macht sie besonders anfällig für harte Konsolidierungsmaßnahmen (Brand 2013: 90). So kritisiert ein Ex-Bürgermeister die Empfehlung, doch das örtliche Hallenbad zu schließen oder die Grundsteuer stark zu erhöhen: „Die [Empfehlung] kann ich nur machen, wenn ich in [der Landeshauptstadt] Wiesbaden sitze und in der Stadt ein Hallenbad von fünfen geschlossen wird." Eine solche de facto Alternativlosigkeit in der Konsolidierung werde auf den oberen Ebenen nicht gesehen: „Dieses Knebeln dieser kommunalen Ebenen, auch gerade aus dem Land nach runter geknebelt, auf die Kommunen abgewälzte Unmöglichkeit der Dinge, die sind gar nicht mehr tragbar." Die Städte seien einfach „politisch interessanter. Die vertreten ja eine viel größere Wählergruppe als Kleinere." Im Ergebnis drückt sich diese politische Marginalisierung in Demütigung und Frustration aus, die angesichts der miesen Kommunalfinanzen insbesondere bei den verantwortlichen Kommunalpolitiker*innen auftritt: „„Wir wollen eigene Einnahmen generieren. Ich will nicht andauernd betteln gehen und sagen, Mensch, bitte, bitte, bitte. Das ist auch für das Selbstwertgefühl absolut scheiße."



(3) Infrastrukturelle Herausforderungen

Ländliche Kommunen sind oft von Abwanderung in städtische Zentren und durch eine niedrigere Bevölkerungsdichte geprägt. Zudem bestehen sie häufig aus zahlreichen kleineren Ortsteilen. In Flächengemeinden entstehen demnach auch höhere kommunale Kosten pro Kopf für die Bereitstellung von Infrastrukturen wie Brandschutz oder Kanalisation im Vergleich zu dicht besiedelten Gebieten. „Wir haben ein-

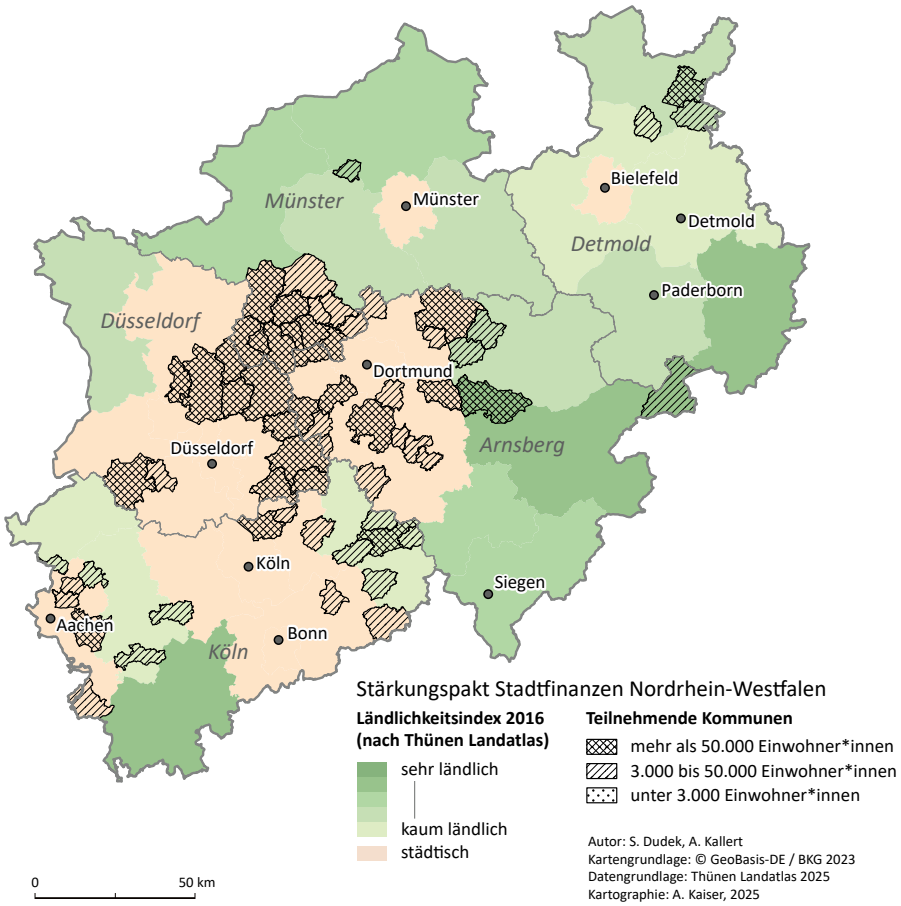
fach nur schlechte Voraussetzungen", beschreibt ein Gesprächspartner diesen nicht selbstverschuldeten Umstand.

Der Austeritätsdruck verstärkt die Prekarisierung der ländlichen Infrastrukturen und kann zu einer Einschränkung oder gar Einstellung essenzieller Dienstleistungen führen, wie es auch ein Kämmerer im Saarland schildert: „[J]ede Menge Fläche und jede Menge Ortsteile. Das ist extrem schwierig. Die Straßen sind halt nun mal da, die Feuerwehr ist da, die ganzen Bürgerhäuser, wo fängst du an? Die Kosten sind halt da und du kriegst sie irgendwie über den Kommunalen Finanzausgleich nicht adäquat honoriert."

Zudem steigen die Kosten für die Bevölkerung, da Gebührenerhöhungen als eine Konsolidierungsmaßnahme herangezogen werden: „Aufgrund der topographischen Struktur sind wir eigentlich immer eine der Kommunen in NRW, die mit die höchsten Abwassergebühren haben", denn „Gebühren gehen vor Steuererhöhungen" im Konsolidierungsfall, wie es ein Kämmerer ausdrückt. Zudem wurde und wird an Investitionen gespart, sodass die „ganze Zurückstellerei" die Kommunen jetzt einhole, so eine Bürgermeisterin. Negative demographische Entwicklungen verschärfen die Problematik, denn: „Wir sind von den Einwohnern weniger geworden. Wir haben natürlich aber immer noch den gleichen Sanierungsaufwand."

(4) Geringe Verwaltungskapazitäten

Kleine Kommunen verfügen über weniger Verwaltungspersonal als Städte, sodass Einsparungen durch Personalabbau nur schwer umzusetzen sind, wie es eine Bürgermeisterin schildert: „Das tut vielleicht in der Stadt Köln nicht so weh, wenn sie mal fünf Stellen nicht besetzen, […] bei uns schließen sie damit eine ganze Abteilung." Dies lässt sich auch an der Auswertung der Konsolidierungsverträge festmachen: Kleine Kommunen können oftmals gar keine Stellen streichen, da sie nur sehr wenige hauptamtliche Mitarbeiter*innen haben. So trägt der Stellenabbau in



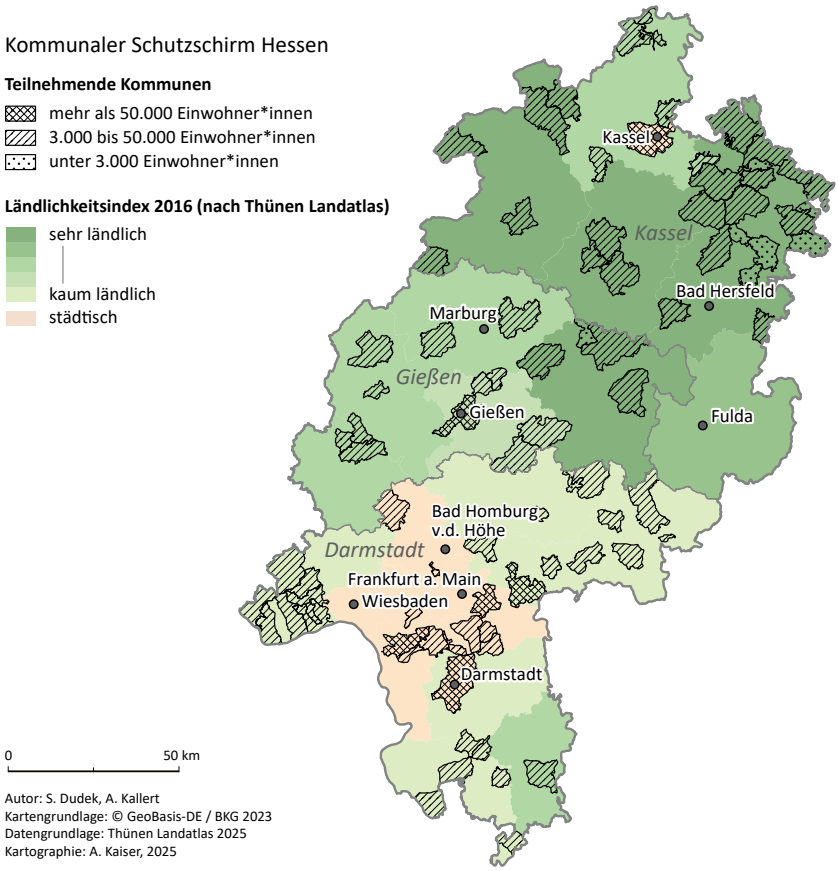
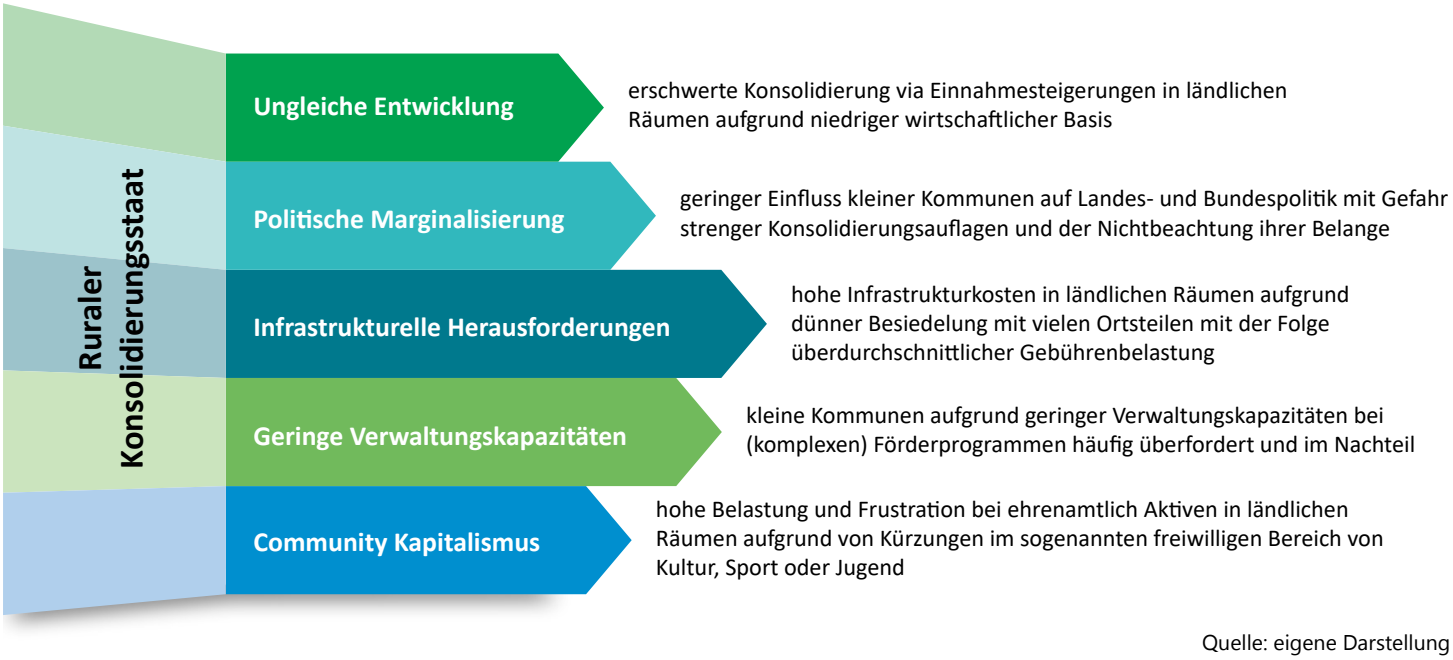


Abb. 6: Der rurale Konsolidierungsstaat: Spezifika der kommunalen Haushaltskonsolidierung in ländlichen Räumen



Quelle: eigene Darstellung

Rheinland-Pfalz und Bayern, die viele kleine Gemeinden haben, nur jeweils 6,6 % zur Gesamtkonsolidierung bei (s. Tab.). In NRW konsolidieren sich die Stärkungspakt-Kommunen unter 50 000 Einwohner*innen zu 7,3 % im Vergleich zu 15,4 % aller Stärkungspakt-Kommunen über Stellenabbau – in (Groß-)Städten ist demnach das Konsolidierungsmuster stärker von Stellenkürzungen geprägt (Kallert & Dudek 2024: 189ff.).

Zudem lässt sich die Qualifikation des Personals in kleinen Kommunen mit dem Schlagwort „Generalisten statt Spezialisten" (Raffer et al. 2021) zusammenfassen, was Auswirkungen auf die Gestaltungskraft der Kommunalverwaltung hat. Aus einer saarländischen Kommune berichtet uns ein Verwaltungsmitarbeiter: „Wir […] haben vier oder fünf Sachgebiete abzudecken. Und andere, die sind spezialisiert beim Land oder bei größeren Einheiten, die machen nur eins, die sind natürlich total fit, aber wir sind eigentlich die Mädchen für alles." Während größere Einheiten Spezialist*innen für Fördermittel, Vergaberecht oder Architektur beschäftigen können, fehlt dieses Fachwissen zur Bewältigung komplexer Förderprogramme, Infrastrukturprojekte oder anderweitiger Aufgaben in kleinen Verwaltungen (Lobao & Adua 2011: 422): „Ich habe zum Beispiel die Digitalisierung für beide Grundschulen gemacht und habe von Digitalisierung null Ahnung. […] Und das ist schon frustrierend." Hinzu kommt die Problematik, dass ein „regelrechter Personalklau untereinander" stattfindet: Städte, Kreise und Land werben die in kleinen Kommunen ausgebildeten Fachkräfte mit höherer Bezahlung ab. Kürzungen bei Weiterbildungen können bestehende Qualifikationsdefizite weiter verschärfen und die Verwaltungskapazität zusätzlich einschränken. In den Gesprächen wird uns entsprechend sehr häufig eine Überforderung der Verwaltungen geschildert. Darüber hinaus haben Förderprojekte in kleinen Kommunen häufig einen geringen Umfang: „Also in so einer kleinen Verwaltung. […] Das steht doch hier in gar keinem Verhältnis. Eine große Kommune, […] wo das Projekt dann eben nicht 100 000 Euro ist, sondern 5 Millionen. Da ist dann die Relation des Arbeitsaufwands anders. […] Das ist doch bei mir ganz anders. […] Wir reden hier manchmal von Fördersummen von 5, 10, 15 000 Euro. Da kann ich doch nicht 7 000 Euro Arbeitszeit reinstecken."

(5) Community-Kapitalismus

Schließlich zeichnen sich ländliche Kommunen soziostrukturell durch eine hohe Bereitschaft zu freiwilligem Engagement und Selbstorganisation aus (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2025). So werden viele sog. freiwillige Leistungen in den ländlichen Kommunen durch ehrenamtliche Arbeit gestemmt. Dies betrifft nicht nur bekannte Beispiele wie Feuerwehr oder Sportvereine, die Brandschutz, technische Hilfeleistungen und Sportangebote sicherstellen und zudem in ländlichen Räumen die zentralen Institutionen der Jugendarbeit sind (Kallenbach et al. 2025). Auch Freibäder, Museen, Spielplätze, Grünbeete oder Bürgerbusse sind in vielen der von uns aufgesuchten finanzschwachen Kommunen ohne Ehrenamtsarbeit nicht (mehr) möglich, was in der Literatur als Community-Kapitalismus umschrieben wird (van Dyk & Haubner 2021). Beispielsweise haben viele Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz „sogenannte Rentner-Gangs, die sich dann ein oder zwei Tage in der Woche treffen und mal die Bank neu streichen oder sonst was". Die Arbeit für die Gemeinschaft wird dabei als Selbstverständlichkeit empfunden: „Andere züchten Tauben. Wir jäten

Unkraut." Allerdings sind diese ehrenamtlichen Strukturen weniger stabil als professionalisierte Angebote. Ihre langfristige Lebensfähigkeit hängt zudem stark von kommunaler Unterstützung und der Verfügbarkeit geeigneter Infrastrukturen ab. Durch Sparmaßnahmen geraten diese Rahmenbedingungen zunehmend unter Druck, wodurch ländliche Gemeinschaften besonders anfällig für Kürzungen bei freiwilligen Aufgaben sind, „wo dann die Daumenschrauben immer enger gedreht werden, bis nahezu nichts mehr geht".

Bei den freiwillig Engagierten führen die Kürzungen vielfach zu Frust, was den verbreiteten Nachwuchsmangel weiter verschärft. Die kommunalen Unterstützungen werden dabei weniger von der materiellen Notwendigkeit her betrachtet, sondern vor allem als eine „Frage der Wertschätzung" angesehen: „Ja, das sind dann so Kleinigkeiten […] man muss für die Bar noch mal eine extra Miete bezahlen. Wo man dann sagt: Hey, wir machen so viel für den Ort, gebt uns doch einfach mal die Bar. Das ist ein Stückchen Holz. Da geht es nicht um diese […] 50 Euro. Sondern das ist so ein Symbol." Hervorgehoben werden vielfach die niedrigen Ausgaben für freiwillige Leistungen, die „bezogen auf das Gesamthaushaltsvolumen ein Witz [sind], selbst wenn wir die alle streichen würden. Da käme nichts bei rum." Es sind aber gerade die Kleinstbeträge, mit denen die Kommunen ihren Konsolidierungswillen unterstreichen können: „Und wenn man dann noch irgendwie findet, da sind noch 50 Euro, ich weiß nicht für was, und sagen kann, ja, diese 50 Euro, die sparen wir jetzt auch noch ein, dann ist das immer nochmal so ein Zeichen an die Aufsicht, okay, die versuchen es wirklich."

Fazit

Im Ergebnis führen die geschilderten Spezifika der Konsolidierung in ländlichen Räumen nicht nur zu ungleichen Bedingungen für die Sanierung der Kommunalfinanzen, sondern auch zu Frust und Verbitterung. Die als Niedergang empfundene Entwicklung der finanzschwachen, peripherisierten Orte gepaart mit der Kürzungspolitik forciert kollektive Verletzungserfahrungen in diesen Regionen. Der permanente Erklärungsdruck aufgrund knapper Kassen wird als Demütigung empfunden: „Wir kamen uns vor, dass wir nicht unter den Tisch manchmal gekrochen sind, das war alles. […] Kommunale Selbstverwaltung. Schönen Dank die Damen und Herren." Eine weitere Folge einer solchermaßen aufgezwungenen Austeritätspolitik sind zudem Anfeindungen gegenüber den zumeist ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker*innen: „Wir sind Blitzableiter. Die wissen, wie wir heißen, die wissen, wo wir sind, wo wir zu finden sind."

Vor diesem Hintergrund plädieren wir in einer gemeinsam von Wissenschaft und Praxis verfassten „Nordhalbener Erklärung für starke Kommunen" (2026)[1] für eine verlässliche und ausreichende Grundfinanzierung der Städte und Gemeinden, um auch strukturschwachen Kommunen in ländlichen Räumen tatsächlichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu ermöglichen. Hierfür muss unter anderem die bestehende Projekt-Förderlogik überdacht, die kommunale Teilhabe an den Erträgen aus erneuerbaren Energien gestärkt und die strukturelle Überlastung der Kommunen beendet werden. Letztere nimmt insbesondere durch immer mehr Aufgaben für Kommunen (z. B. Ganztagsbetreuung, Wärmeplanung) weiter zu, die von Bund und Ländern ohne ausreichende Finanzierung auf die Städte und Gemeinden abgewälzt werden. Des Weiteren braucht es dieser Initiative zufolge eine Erhöhung der kommunalen Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer. Mit der Wiedererhebung der Vermögensteuer, deren Ertrag den Ländern und damit auch den Kommunen zukommt, könnten zudem Fragen sozialer Gerechtigkeit im Hinblick auf sehr hohe Vermögen mit dem Ziel räumlicher Gerechtigkeit verknüpft werden, um finanz- und strukturschwachen Kommunen auch in ländlichen Räumen zu helfen. Denn nur dort, wo Menschen vor Ort lebenswerte Bedingungen und Perspektiven vorfinden, kann sich der gesellschaftliche Zusammenhalt festigen und der wachsende Rechtsextremismus zurückgedrängt werden. ■

www.asg-goe.de/lit/LR226-Kallert-Dudek.pdf

Krisen ländlicher Räume. Ursachen und Folgen von Austeritätspolitik in Kommunen.

Andreas Kallert und Simon Dudek (Hrsg.).
transcript, Bielefeld 2026.

340 S., ISBN 978-3-8376-7727-0, 45,00 € (Print),
ISBN 978-3-8394-0292-4, Open Access (E-Book)



[1] https://nordhalbener-erklaerung.de/nordhalbener-erklaerung-brief-verfasser-verfasserinnen

Kultur bewegt Land

Faktor K-Konferenz bietet Zusammenschau der Projektergebnisse der BULEplus-Fördermaßnahme

Alexandra Karnaoukh

Im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus) unterstützte das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) mit der Fördermaßnahme „Faktor K – Forschung zum Faktor Kultur in ländlichen Räumen" 22 Forschungsprojekte, die die Bedeutung kultureller Aktivitäten und kultureller Teilhabe in ländlichen Räumen für gesellschaftliche Entwicklung, Resilienz und Innovationsfähigkeit untersuchen. In den Projekten wurden Erfolgsmodelle und Gelingensbedingungen für ein lebendiges kulturelles Leben in ländlichen Räumen analysiert und Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis erarbeitet. Das Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung hat die Fördermaßnahme umgesetzt und die fachliche Auswertung sowie den Wissenstransfer in unterschiedlichen Formaten begleitet.

Am 16. März 2026 kamen alle Beteiligten der Fördermaßnahme unter dem Motto „Kultur bewegt Land" in Würzburg zusammen: In interaktiven Dialogräumen haben die Forschenden Ergebnisse ihrer Arbeit präsentiert, Erfahrungen aus Forschung und Praxis geteilt, Perspektiven eröffnet und gemeinsam Impulse für die kulturelle Arbeit vor Ort entwickelt.

Die 22 Forschungsprojekte beleuchten in ihren Arbeiten unterschiedliche Funktionen, die Kultur in ihrem Umfeld ausüben kann. Im Folgenden werden beispielhaft für einzelne Funktionen ausgewählte Projekte vorgestellt.

Wahrnehmung ländlicher Räume reflektieren

Die Wahrnehmung ländlicher Räume wird wesentlich durch Bilder und Narrative geprägt. Diese beeinflussen sowohl, wie diese Regionen von außen gesehen werden, als auch, wie sich kulturelle Akteur*innen selbst darin verorten.

Im Projekt „**KulturLandBilder**" wurde deshalb untersucht, wie Bilder, Narrative und Imaginationen von Ländlichkeit und ländlicher Kultur das kulturelle Leben sowie kreatives Arbeiten prägen. Deutlich wurde, dass kulturelle Einrichtungen und Aktivitäten nach wie vor überwiegend mit urbanen Räumen assoziiert werden. Gleichzeitig prägen positive Zuschreibungen wie die Wertschätzung der natürlichen Umgebung, familiäre Nähe, Ruhe und Entschleunigung, räumliche und künstlerische Entfaltungsmöglichkeiten, Leerstand als „Luxus der Leere", kurze Wege sowie gegenseitige Unterstützung die Wahrnehmung ländlicher Räume durch Kunst- und Kulturakteur*innen. Diese Potenziale werden bislang jedoch nur selten in der Außendarstellung ländlicher Regionen genutzt. Dem stehen negative Semantiken gegenüber, etwa die Wahrnehmung mangelnder Offenheit, die starke Verortung von Kultur und Kreativität in Städten, fehlende Infrastruktur sowie ein Fokus auf industrielle Strukturen bei gleichzeitig geringer Sichtbarkeit kreativer Akteur*innen. In der Plenumsdiskussion wurde hervorgehoben, dass ein externer Blick auf ländliche Räume dabei helfen kann, bestehende Wahrnehmungsmuster zu hinterfragen und neue Perspektiven zu eröffnen.

Gesellschaftlichen Wandel anstoßen und begleiten

Kulturelle Initiativen in ländlichen Räumen sind mehr als nur der Ausdruck künstlerischer Praxis. Sie schaffen Räume für soziale Interaktion, erproben neue Formen des Zusammenlebens und fördern demokratische Teilhabe. Besonders dort, wo klassische Angebote fehlen, können Kulturangebote gesellschaftlichen Wandel anstoßen und begleiten.

Das ethnografische Projekt „**Immaterielles Kulturerbe in ländlichen Räumen**" untersuchte, welche Potenziale und Wirkungen das Konzept des Immateriellen Kulturerbes (IKE) für die Entwicklung ländlich-peripherer Regionen entfaltet. Die Ergebnisse zeigen, dass es sich um ein ambivalentes Phänomen handelt: Einerseits kann IKE zur Stärkung regionaler Identität, kultureller Resilienz und regionaler Vernetzung beitragen. Bereits durch die gemeinsame Arbeit an der Bewerbung entstehen Lernprozesse, neue Wissensressourcen und soziale Netzwerke, die regional belebend wirken können. Andererseits können Exklusionsmechanismen, lokale Konkurrenzstrukturen („Kirchturmdenken"), dominierende Einzelakteur*innen („Platzhirsche") sowie fehlende strategische Zielsetzungen die Beteiligung und Zusammenarbeit erschweren. Häufig fehlt es nach einer erfolgreichen Eintragung zudem an Strategien, wie die Auszeichnung langfristig genutzt und sichtbar gemacht werden kann. Die Forschung macht deutlich, dass niedrigschwellige Unterstützungsstrukturen für ehrenamtlich agierende Akteur*innen im komplexen Antragsverfahren, chancengleich ausgebaute IKE-Infrastrukturen in den Bundesländern sowie begleitende Beratungs-, Evaluations- und Vernetzungsangebote entscheidend dafür sind, die Potenziale des Immateriellen Kulturerbes für ländliche Räume nachhaltig nutzbar zu machen.

Alexandra Karnaoukh

Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung,
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Bonn

oeffentlichkeit.BULE@ble.de
www.ble.de/komle

Zusammenhalt stärken und Zugehörigkeit ermöglichen

Kultur übernimmt in ländlichen Regionen eine wichtige Funktion als Bindeglied der Gemeinschaft. Sie schafft Räume, die den Zusammenhalt stärken und Zugehörigkeit ermöglichen. Dabei wird Kultur nicht nur als Freizeitaktivität verstanden, sondern als zentraler Faktor sozialer Integration.

Im Projekt „**Zukunft.Land.Musik – Musikvereine – Gelingensbedingungen für Ensemblearbeit im ländlichen Raum**“ wurde die Transformation von Ensemblearbeit in ländlichen Räumen untersucht. Im Fokus stand die Frage, wie sich traditionelle Strukturen von Musikvereinen angesichts gesellschaftlicher Veränderungen weiterentwickeln. Die Ergebnisse zeigen, dass Musikvereine insbesondere in Regionen ohne ausgebaute musikalische Bildungsinfrastruktur wichtige Bildungsfunktionen übernehmen. Gleichzeitig geraten etablierte Organisationsformen zunehmend unter Druck. Die Vereine stehen in enger Wechselwirkung mit der Dorfgemeinschaft: Zugehörigkeit wird sowohl über die Mitgliedschaft im Verein hergestellt als auch über die Funktion des Vereins als eigenständiges Freizeit- und Kulturangebot. Ehrenamtliches Engagement bildet dabei die zentrale Grundlage für das Funktionieren dieser Strukturen. Als „Hilfe zur Selbsthilfe“ wurde ein Online-Workshop[1] entwickelt, der Musikvereine dabei unterstützt, den Transformationsprozess hin zu zukunftsfähigen kulturellen Orten in ländlichen Räumen zu gestalten.

Impulse für die regionale Wirtschaft und ländliche Entwicklung setzen

Kulturelle Initiativen und Akteur*innen leisten in ländlichen Regionen nicht nur einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, sondern auch zur regionalen wirtschaftlichen Entwicklung. Sie schaffen Arbeitsplätze, fördern den Tourismus, stärken regionale Identitäten und machen Standorte attraktiver, die von strukturellen Herausforderungen geprägt sind. Kultur kann damit zur Stärkung regionaler Resilienz beitragen und wirtschaftliche Impulse setzen.

Das Projekt „**Kunst- und Kulturschaffende als Ressource**“ untersuchte die künstlerisch-unternehmerischen Praktiken von Kunst- und Kulturschaffenden in ländlichen Räumen. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie diese Akteur*innen im Spannungsfeld zwischen künstlerischer Arbeit und unternehmerischer Praxis agieren, wie eng ihre Tätigkeiten mit dem ländlichen Umfeld verbunden sind und welche Netzwerke sie in die Region hinein entwickeln. Darüber hinaus wurde untersucht, welche Rolle Kunst- und Kulturschaffende für die ländliche Entwicklung einnehmen, welche Ressourcen sie einbringen und wie sie stärker in regionale Entwicklungsprozesse eingebunden werden können.

Die Ergebnisse zeigen, dass viele Kunst- und Kulturschaffende hybride Erwerbsstrategien verfolgen, indem sie ihre künstlerische Tätigkeit mit Kunsthandwerk oder weiteren Tätigkeiten im Kultursektor kombinieren. Der Umgang mit „Kunstschaffen als Erwerbsarbeit“ unterscheidet sich dabei deutlich: Insbesondere Personen mit beruflichen Vorerfahrungen außerhalb des Kulturbereichs oder mit zusätzlicher Tätigkeit im Kunsthandwerk fällt es leichter, sich am Markt zu orientieren und wirtschaftliche Potenziale zu erschließen.

Die Rahmenbedingungen künstlerischer Arbeit werden stark durch die jeweilige regionale Kulturinfrastruktur geprägt. In Regionen mit stark ehrenamtlich geprägten Kulturstrukturen wird Kunst häufig als Freizeit- oder Bürgertätigkeit verstanden, was eine angemessene Bezahlung und Professionalisierung von Kunst- und Kulturschaffenden erschweren kann. Gleichzeitig beteiligen sich einige Kunst- und Kulturschaffende aktiv an regionalen Entwicklungsprozessen: Sie fungieren als Impulsgeber*innen, entwickeln positive Zukunftsvisionen und setzen



Foto: JOffenblende Agency/Carsten Bunnemann

[1] https://openmusic.academy/docs/tCthuSt6dhNuUYh2AWfCCp/zulamu-gesamtuebersicht

diese schrittweise um. Dies lässt sich jedoch nicht verallgemeinern. Kunstschaffende, die ländliche Räume bewusst als Rückzugsorte für konzentriertes und ungestörtes Arbeiten wählen, engagieren sich häufig weniger aktiv in regionalen Entwicklungsprozessen.

Die Rolle von Politik und Verwaltung

Politik und Verwaltung prägen maßgeblich die Rahmenbedingungen kultureller Praxis. Die Unterstützung ehrenamtlicher Strukturen durch Kulturverwaltungen, Netzwerkstellen und Kommunalpolitik entscheidet wesentlich darüber, ob kulturelle Angebote entstehen und langfristig tragfähig bleiben. Verlässliche Begleitung und institutionelle Unterstützung sichern Kulturarbeit nicht nur ab, sondern ermöglichen sie oftmals überhaupt erst.

Das Projekt „**Kommunale Kulturarbeit in Landkreisen**" untersuchte Rahmenbedingungen, Strukturen, Aktivitäten und Strategien der Kulturverwaltungen in ländlichen Regionen. Die Ergebnisse des Projekts zeigen, dass die organisatorische Einbindung des Aufgabenfelds „Kultur" in den Kreisverwaltungen äußerst heterogen ausfällt. Strategische Kulturentwicklungsplanungen existieren bislang nur selten. Dort, wo sie umgesetzt wurden, werden insbesondere die partizipativen Planungsprozesse positiv bewertet.

Die Kulturangebote in den Landkreisen sind vielfältig und überwiegend dezentral organisiert. Kultur wird dabei nicht allein als Freizeitangebot verstanden, sondern auch als gesellschaftlicher Akteur, der Teilhabe ermöglicht und sozialen Zusammenhalt stärkt. Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und weiteren lokalen Akteur*innen reicht von punktuellen Kontakten bis hin zu langfristigen Kooperationen. Für die nachhaltige Weiterentwicklung kultureller Arbeit ist insbesondere die politische Unterstützung durch Landrät*innen und Kreistage von zentraler Bedeutung.

Auch die organisatorische Einbindung – etwa als eigenständiges Amt, Stabsstelle, Stiftung oder ausgelagerte Struktur – beeinflusst die Sichtbarkeit und strategische Handlungsfähigkeit der Kulturverwaltungen.

Inhaltlich konzentriert sich die Kulturarbeit vielerorts auf klassische Verwaltungsaufgaben wie Fördermittelberatung und projektbezogene Förderung. Teilweise übernehmen die Verwaltungen jedoch weitere Funktionen: Sie betreiben kreiseigene Kulturorte, organisieren Veranstaltungsformate, initiieren Netzwerke, beraten Kulturakteur*innen, koordinieren Kooperationen und stärken die kulturelle Sichtbarkeit vor Ort. Kulturverwaltungen verstehen sich dabei häufig als Moderatoren, Ermöglicher oder Koordinatoren, die zwischen Kulturakteur*innen, Verwaltung, Politik und weiteren Partnern vermitteln. Die Formen der Zusammenarbeit reichen dabei von informellen Netzwerken bis zu strukturierten Formaten wie Runden Tischen oder Arbeitsgruppen. Entscheidende Stellschrauben für eine erfolgreiche Kulturarbeit in den Landkreisen liegen primär in einer besseren Ressourcenausstattung sowie in einer stärkeren Anerkennung und Unterstützung durch die Politik.

Kultur ist wesentlicher Bestandteil regionaler Entwicklung

Insgesamt unterstreicht die Veranstaltung, dass Kultur nicht nur ergänzend, sondern als essenzieller Bestandteil regionaler Entwicklung betrachtet werden muss, um die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume zu stärken. Die Forschungsergebnisse aller Faktor K-Projekte werden im nächsten Schritt ausgewertet. Es werden übergreifende Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen für die Praxis entwickelt und anschließend in einer Broschüre zusammen mit den Ergebnissen der 22 einzelnen Projekte veröffentlicht. Die Zwischenergebnisse ausgewählter Projekte, Steckbriefe aller Forschungsprojekte sowie eine ausführliche Veranstaltungsdokumentation finden Sie online.[2]

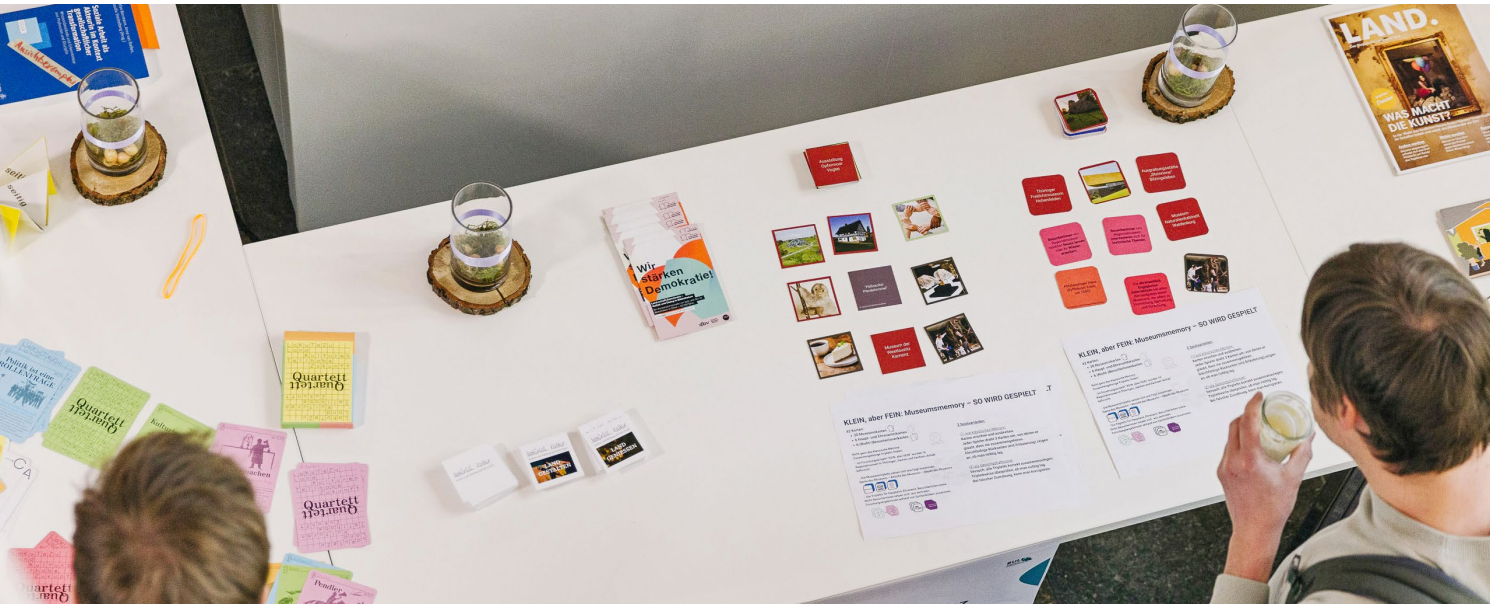


Foto: Offenblende Agency/Carsten Bunnemann

[2] https://land-zukunft.de/faktor-k

Kulturkirchen auf dem Land

Orte der Begegnung zwischen Tradition und Transformation

Maria Rammelmeier

Durch sinkende Mitgliederzahlen, strukturelle Veränderungen und fehlende finanzielle Ressourcen stehen Kirchengebäude und die dazugehörigen Gemeinden in ländlichen Räumen vor großen Herausforderungen. Kultur tritt dabei als Hoffnungsträger in Erscheinung. Wie funktioniert die kulturelle Nutzung von Gebäuden? Wen oder was braucht es dazu? Und wie gehen Kultur und Kirche zusammen?

In Deutschland gibt es rund 44 000 katholische und evangelische Kirchen. Prognosen gehen davon aus, dass etwa 30 % dieser Gebäude künftig nicht mehr für Gottesdienste benötigt werden (Bresgott et al. 2025: 6). Sinkende Mitgliederzahlen, strukturelle Veränderungen sowie begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen stellen viele Kirchengemeinden vor grundlegende Herausforderungen (Beste 2025: 12). Gleichzeitig sind Kirchen in ländlichen Räumen häufig ortsbildprägende Gebäude, identitätsstiftende Orte (Koch 2018) und Teil der lokalen Infrastruktur. Vor diesem Hintergrund rückt die Frage in den Fokus, welche Rolle kulturelle Nutzungen für die Zukunft kirchlicher Räume spielen können.

Das Forschungsprojekt „Kultur unterm Kirchturm: Raumwissenschaftliche Zugänge" der Universität Vechta in Kooperation mit der Augustana Hochschule Neuendettelsau untersucht, welche Bedeutung kirchliche und kulturelle Akteur*innen sowie deren soziale Netzwerke für die kulturelle Entwicklung ländlicher Regionen haben. Gefördert wurde die Studie im Rahmen von „Faktor K – Forschung zum Faktor Kultur in ländlichen Räumen" des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (Förderkennzeichen: 2823FK 16B).

Die Ausgangsthese lautet: Sakrale Räume werden derzeit nicht nur baulich, sondern auch symbolisch und sozial neu verhandelt. Kultur erscheint dabei als „Hoffnungsträger" – zur Erhaltung historischer Bausubstanz, zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Belebung öffentlicher Räume. Kirchen können so zu Orten der Begegnung werden, deren Funktion über die religiöse Nutzung hinausgeht. Dieser Artikel basiert auf Rammelmeier (2026).

Methodisches Vorgehen

Die Untersuchung basiert auf einem qualitativen Forschungsdesign (Rammelmeier 2018; 2023) mit Mixed-Methods-Ansatz. Leitfadengestützte Experteninterviews wurden mit Akteur*innen aus Kirche, Kultur und Regionalentwicklung geführt, darunter Verantwortliche in Dekanaten und Kirchenkreisen, Kulturvereine, Kunstschaffende, Kulturmanagement, Regionalmanagement, Kreisentwicklung sowie kommunale Entscheidungsträger. Ergänzend wurden egozentrierte Netzwerkkarten, Akteurslandkarten und Gruppendiskussionen eingesetzt. Ein bundesweiter Survey vervollständigt das Forschungsdesign.

Die Auswertung erfolgte mittels inhaltlich strukturierender Inhaltsanalyse sowie netzwerkanalytischer Verfahren. Untersuchungsregionen waren sehr ländliche und eher ländliche sozioökonomisch schwache Landkreise in fünf Bundesländern Deutschlands.

Kirchen als kulturelle Infrastruktur im ländlichen Raum

Die Ergebnisse zeigen zunächst, dass kulturelles Engagement im ländlichen Raum auf eine Vielzahl von Orten zurückgreift: neben Kirchen auch Pfarrhäuser, Scheunen, Schlösser, Vereinsheime, Gaststätten, Schulen oder Mehrzweckgebäude. Dennoch spielt die Kirche eine besondere Rolle. Sie wird in den untersuchten Best-Practice-Beispielen als kultureller Veranstaltungsort genutzt, um das Gebäude zu erhalten, es zu beleben und das hohe Identifikationspotenzial der Bevölkerung zu nutzen. Zudem wird immer wieder die „besondere Atmosphäre" kirchlicher Räume hervorgehoben.

Kirchen fungieren damit als Teil der kulturellen Infrastruktur ländlicher Räume. Sie bieten Raum, Sichtbarkeit und symbolische Bedeutung. Gleichzeitig zeigt sich, dass Kirchen nicht automatisch zu sog. „Dritten Orten" werden. Kulturelle Veranstaltungen allein führen noch nicht zu offenen Begegnungsräumen.

Zwischen Öffnung und kultureller Isolation

Die Netzwerkanalysen zeigen vielmehr ambivalente Strukturen. In einigen Fällen dominieren kirchlich geprägte Netzwerke mit geringer externer Beteiligung. Diese Konstellationen sind durch ein „unter sich bleiben" gekennzeichnet und führen zu kultureller Isolation. Akteur*innen der Regionalentwicklung sind nur selten ein-

Dr. Maria Rammelmeier

Dozentin im Bereich „Sustainable Regional Development", Fakultät Landwirtschaft, Lebensmittel und Ernährung, Hochschule Weihenstephan-Triesdorf

maria.rammelmeier@hswt.de
www.oberpfalz.de/maria-rammelmeier-lauterhofen



Foto: Friedrich Schmidt 2023

Abb. 1: Akteursprofile im Fokus – wer treibt den Wandel voran?



Quelle: eigene Darstellung

gebunden. Die Systeme Kirche, Kultur und Regionalentwicklung arbeiten vielerorts parallel statt gemeinsam.

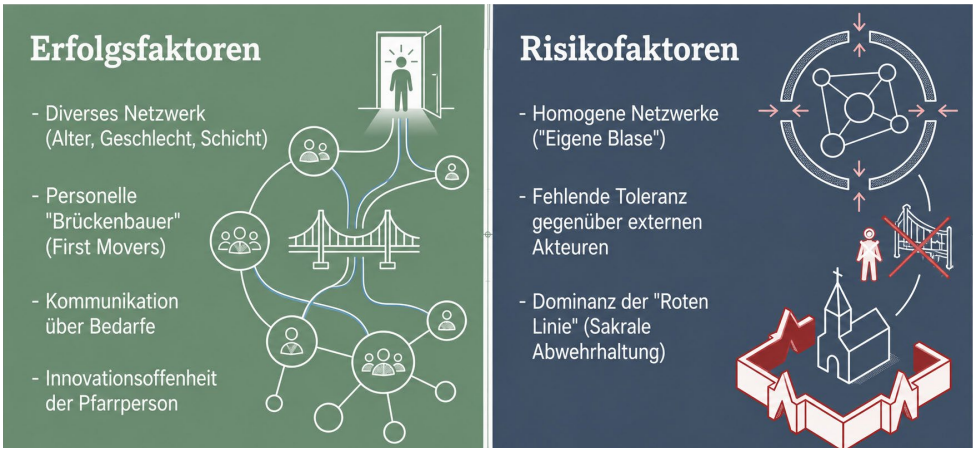
Gelingt hingegen eine stärkere Öffnung der Kirchengemeinde, werden auch die Netzwerke vielfältiger. Je größer der Eingriff in die Veränderung des Systems „Kirche" durch kulturelle Nutzung, desto diverser sind die beteiligten Akteur*innen und desto komplexer die Aushandlungsprozesse. Kulturkirchen entstehen somit nicht allein durch Nutzung, sondern durch soziale Öffnungsprozesse.

Dabei kommt Schlüsselpersonen eine zentrale Bedeutung zu (s. Abb. 1). Brückenbauerinnen und Brückenbauer, sog. „first mover" (Erhard et al. 2025: 61), initiieren Kooperationen zwischen Kirche, Kultur und Regionalentwicklung. Das Engagement ist ehrenamtlich organisiert, hängt an einzelnen Personen. Ein Pfarrer beschreibt diese Entwicklung als „Gemeindearbeit 4.0". Neben diesem Sozialkapital sind mediale Brücken wichtig, etwa durch künstlerische Formate, die unterschiedliche Akteursgruppen miteinander verbinden. Auch die Rolle der Pfarrperson erweist sich als entscheidend. Ihr Offenheitsgrad beeinflusst maßgeblich, wie vielfältig das kulturelle Netzwerk wird.

Impulse für kulturelles Engagement oft von extern

Der Impuls für kulturelle Nutzung geht häufig nicht von der Kirche selbst aus, sondern von externen Kulturakteur*innen oder zivilgesellschaftlichen Initiativen. In diesen Fällen tritt die Kirche eher als Raumgeberin denn als Veranstalterin auf.

Abb. 2: Stellschrauben für erfolgreiche Nutzung



Quelle: eigene Darstellung

Diese Rollenverschiebung verändert die institutionelle Logik kirchlicher Nutzung.

Je größer die Distanz der Kulturakteur*innen zur Kirche ist, desto offener und kritischer werden die Aushandlungsprozesse. Gleichzeitig zeigen sich ähnliche Rahmenbedingungen wie bei Kulturarbeit ohne kirchlichen Bezug im ländlichen Raum: begrenzte Ressourcen, starke Abhängigkeit von Einzelpersonen sowie projektbezogene Dynamiken. Hinzu kommen jedoch kirchenspezifische Aushandlungsprozesse, etwa hinsichtlich Nutzungskonzepten oder symbolischer Grenzen.

Die Studie identifiziert verschiedene Engagementtypen, darunter Einzelpersonen, Teams, Gruppen und Vereine. Gleichzeitig zeigen sich deutliche regionale Unterschiede. Während in einigen Regionen eine Symbiose zwischen Kirche, Kultur und Verwaltung entsteht, bleiben in anderen Fällen deutliche Abgrenzungen bestehen.

Förderliche und hinderliche Faktoren für eine kulturelle Nutzung

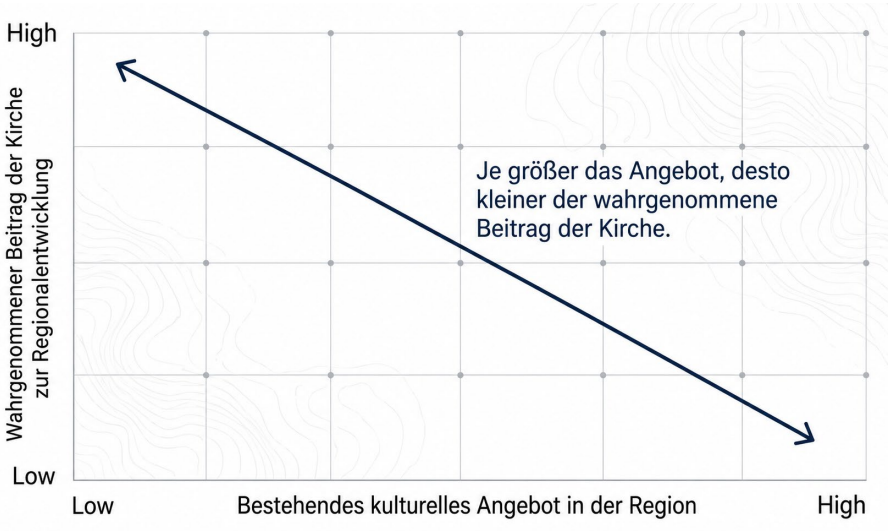
Die Analyse zeigt, dass die kulturelle Nutzung kirchlicher Räume von mehreren Faktoren abhängt (s. Abb. 2). Förderlich wirken flexible Raumstrukturen, gute Akustik, zentrale Lage, lokale Akzeptanz sowie ein offenes Netzwerk unterschiedlicher Akteursgruppen. Auch Förderprogramme, touristische Potenziale und engagierte Schlüsselpersonen können die Nutzung erleichtern. Hemmnisse entstehen dagegen durch starre Raumstrukturen, Denkmalschutzauflagen, hohe Kosten, konfessionelle Vorbehalte oder mangelnde Vernetzung. Konflikte ergeben sich zudem aus der sakralen Symbolik des Raumes, die bestimmte Nutzungen einschränken kann. Diese „rote Linie" variiert je nach Gemeinde, Region und Verantwortlichen.

Besonders relevant ist die Zusammensetzung des Netzwerks. Diverse Netzwerke mit unterschiedlichen Akteur*innen fördern kulturelle Nutzung, während homogene Gruppen eher zur Abschottung neigen. Ebenso entscheidend

Abb. 3: Offenheit der Türen im übertragenen Sinne



Abb. 4: Beitrag zur Regionalentwicklung – Wahrnehmung versus Dichte



Quelle: eigene Darstellung

sind Handlungsspielräume, institutionelle Offenheit, gerade in den Sozialraum hinein (s. Abb. 3), und finanzielle Ressourcen.

Kulturkirchen als Beitrag zur Regionalentwicklung

Die Veranstaltenden selbst sehen ihren Beitrag zur regionalen Entwicklung insbesondere in der Aktivierung endogener Ressourcen, der Stärkung kultureller Infrastruktur sowie der Aufwertung des Kirchenraums als Treffpunkt. Kulturkirchen werden als Begegnungsorte, Möglichkeitsräume und identitätsstiftende Orte beschrieben. Sie können zur Attraktivitätssteigerung von Regionen beitragen und überregionale Aufmerksamkeit erzeugen.

Gleichzeitig wird der Beitrag zur Regionalentwicklung dort geringer eingeschätzt, wo bereits ein breites kulturelles Angebot vorhanden ist. Aktive Kulturkirchen entfalten ihre Wirkung insbesondere in strukturschwächeren Regionen mit geringer kultureller Infrastruktur (s. Abb. 4).

Vier Verständnisse des Verhältnisses von Kirche und Kultur

Die Ergebnisse lassen sich zu vier grundlegenden Verständnissen des Verhältnisses von Kirche und Kultur zusammenfassen (Rammelmeier 2025):

- Instrumentalisierung: Kultur dient der Erhaltung des Gebäudes.
- Integration: Kultur wird Teil kirchlicher Aktivitäten.
- Selektion: Kultur und Kirche sind getrennt; Kultur wird ausschließlich unter institutionellen Vorgaben zugelassen.
- Transformation: Kirche verändert sich durch kulturelle Nutzung.

Diese Verständnisse können parallel auftreten und variieren je nach Region und Akteurskonstellation.

Fazit: Orte der Begegnung entstehen nicht automatisch

Die Studie zeigt, dass Kirchen in ländlichen Räumen wichtige Potenziale als kulturelle Begegnungsorte besitzen. Gleichzeitig entstehen solche Orte nicht automatisch durch kulturelle Nutzung. Entscheidend sind offene Netzwerke, Kommunikation zwischen Akteursgruppen sowie gemeinsame Zielvorstellungen.

Kulturkirchen entwickeln sich dort, wo unterschiedliche Systeme miteinander in Dialog treten. Sie entstehen durch Kooperation, Vertrauen und die Bereitschaft zur Veränderung. Offenheit, Handlungsspielräume und engagierte Schlüsselpersonen spielen dabei eine zentrale Rolle.

Damit werden Kulturkirchen zu Laboren ländlicher Entwicklung – zwischen Tradition und Transformation, zwischen sakralem Raum und kultureller Praxis, zwischen institutioneller Struktur und zivilgesellschaftlichem Engagement. ■

Literaturangaben:
www.asg-goe.de/lit/LR226-Rammelmeier.pdf

„Kirche und Kultur, wie geht das zusammen? ODER Was man will."

Auftritt beim zweiten Rural Science Slam der Andreas Hermes Akademie im November 2025 in Berlin: www.youtube.com/watch?v=fkYxe8M9ZuI

Die Entwicklung wird einer Exponentialkurve folgen

Der Co-Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats Natürlicher Klimaschutz, Prof. Matthias Drösler, über Wege in die großflächigere Umsetzung von Vernässungsmaßnahmen, bestehende Forschungsbedarfe, Strategie und Ziele des Landes Bayern beim Moorklimaschutz und einen überparteilichen Klimaschutz-Konsens nach dänischem Vorbild

Herr Prof. Drösler, Sie sind Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats Natürlicher Klimaschutz. Worauf legt der Beirat aktuell seinen Fokus?

Der Beirat hat zwei Arbeitsbereiche: Einerseits bearbeiten wir Anfragen des Bundesumweltministeriums zu Themen, die für politische oder sachliche Entscheidungen relevant sind – in Form von Stellungnahmen oder Gutachten. Andererseits identifizieren und entwickeln wir eigenständig Themen, die für den Transformationsprozess im natürlichen Klimaschutz bedeutsam sind.

Rückblickend sind zwei Arbeiten besonders hervorzuheben: Zum einen haben wir eine umfangreiche Stellungnahme zur Weiterentwicklung des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz (ANK) erarbeitet, die in die ANK-2.0-Weiterentwicklung des Bundesumweltministeriums eingeflossen ist. Zum anderen haben wir – auf eigene Initiative – eine Stellungnahme erarbeitet, die den natürlichen Klimaschutz und insbesondere den Moorschutz als „überragendes öffentliches Interesse" einstuft. Ziel war es, diesen Sektor bei Abwägungsentscheidungen auf eine Ebene mit Infrastruktur und erneuerbaren Energien zu stellen, die diesen Status bereits erhalten haben. Diese Einstufung ist inzwischen in den Entwurf des neuen Naturinfrastrukturgesetzes eingegangen, was zeigt, dass unsere Beratung Wirkung entfaltet.

Für das laufende Jahr arbeiten wir an zwei Schwerpunkten: Erstens erstellen wir ein Gutachten zu Extremereignissen – also zur Frage, ob natürliche Senken wie wiedervernässte Moore unter Extremereignissen resilient genug sind, um zukünftigen Klimaveränderungen standzuhalten. Zweitens werden wir uns im Herbst mit Flächenkonkurrenz und Synergien zwischen verschiedenen Ansprüchen an die Landschaft befassen.

Das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz wurde vor etwa drei Jahren von der Bundesregierung beschlossen. Was hat sich seither getan, vor allem im Handlungsfeld Moore?

Das Aktionsprogramm ist so aufgebaut, dass zu den zehn Handlungsfeldern jeweils Förderrichtlinien entwickelt und veröffentlicht werden. Im Moorbereich gibt es mittlerweile einige solcher Richtlinien: Die InAWi-Förderrichtlinie unterstützt Vorbereitung, Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und den Aufbau von Strukturen für Veränderungen in Moorgebieten. Eine weitere Richtlinie fördert die Anschaffung von Maschinen für die Nassbewirtschaftung. Die sog. Tausend-Moore-Richtlinie zielt auf die Renaturierung naturschutzwertvoller Moorbestandteile ab. Und seit April ist nun die lang erwartete Palu-Richtlinie in Kraft, die Angebote für den landwirtschaftlichen Sektor macht. Von ihr erhofft man sich, dass jetzt auch bei den genutzten Moorflächen tatsächlich Veränderungen eingeleitet werden können.

Prof. Dr. Matthias Drösler ist Landschaftsökologe, Professor für Vegetationsökologie an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf (HSWT) und dort Gründer und Leiter des „Peatland Science Centre" (PSC) – Moorforschungszentrum Weihenstephan. Er war koordinierender Leitautor beim IPCC und ist Mitglied von Naturschutzbeiräten in Bayern. Der internationale Master Studiengang „Climate Change Management" an der HSWT wurde von ihm initiiert. Er beschäftigt sich mit den ökologischen Funktionen von Mooren, insbesondere ihrer Bedeutung für den Klimaschutz, die Biodiversität und alternative nasse Nutzungsoptionen. Seine Forschung zielt darauf ab, die Ökosystemfunktionen von Mooren zu verstehen, zu erfassen und zu monitoren, sowie Strategien zur nachhaltigen Bewirtschaftung und zur Renaturierung zu entwickeln.



Foto: Pia Röder

Wie groß ist der Forschungsbedarf im Bereich Wiedervernässung und nasser Bewirtschaftung noch? Und wie kann man gleichzeitig schon in die praktische Umsetzung gehen, ohne auf den Abschluss aller Forschungsprogramme warten zu müssen?

Das ANK existiert in dieser Form nur, weil die Forschung mit einem langen Vorlauf belastbare Erkenntnisse generiert hat. Grundlegende Zusammenhänge sind inzwischen gut verstanden: Der Wasserstand muss angehoben werden – das ist der Schlüssel für den Klimaschutz im Moor. Auch das Set verfügbarer Paludikulturen ist bereits gut untersucht. An vielen Standorten ist der Forschungsstand so weit fortgeschritten, dass eine Umsetzung möglich ist. Ebenso gibt es bereits umfangreiche Erkenntnisse dazu, wie neue Pflanzenarten in der Fläche etabliert werden können.

Der verbleibende Forschungsbedarf ist weniger als Bremse zu verstehen, sondern als begleitende Vertiefung, die den Transformationsprozess auf eine höhere Maßstabsebene hebt. Ein solches Thema ist beispielsweise die Wechselwirkung mit dem Landschaftswasserhaushalt: Wie wirkt sich die Wiedervernässung eines Moorgebiets auf den gesamten Wasserhaushalt der Landschaft aus und welche Rückhalteräume entstehen dabei?

Es gibt außerdem einen Bedarf – der sowohl Forschungs- als auch Organisationsfragen umfasst – stabile Wertschöpfungsketten aufzubauen und ausreichend Biomasse in einem regionalen Kontext zu bündeln, damit Verarbeitungsbetriebe den Einstieg wagen. Im Grundlagenbereich ist zudem die Frage wichtig, wie langfristig die hohen Erträge bei Paludikulturen stabil bleiben – denn Landwirte fragen zu Recht: „Wie lange funktioniert das?" Nach zehn Jahren Forschung sind wir hoffnungsvoll, aber es bleibt noch einiges zu tun. Dazu gehört auch die Sortenzucht bei entsprechenden Arten, ein Bereich, der in der klassischen Landwirtschaft eine lange Tradition hat, bei Paludikulturen jedoch noch ganz am Anfang steht.

Ein letzter, aus meiner Sicht sehr vielversprechender Forschungsbereich sind die Synergien mit der Biodiversität: Nassbewirtschaftung schafft einen Mehrwert für den Biodiversitätsschutz und es lohnt sich, anhand verschiedener Artengruppen genau zu untersuchen, welche funktionell an nasse Standorte gebundenen Arten davon profitieren.

Bislang sind die vernässten Flächen noch relativ klein. Welche Ansätze gibt es, größere zusammenhängende Flächen zu gewinnen und mehr Landwirt*innen zu einer nassen Bewirtschaftung zu motivieren?

Am leichtesten steigen Landwirte ein, wenn sie selbst betroffen sind. Betroffenheit kann zum Beispiel durch häufigere Starkregenereignisse entstehen, die Moorflächen überfluten. Das sind Startflächen, auf denen man mit Rohrglanzgras oder Seggen – Arten, die Starkregenereignisse problemlos verkraften – eine alternative Bewirtschaftung erproben kann.

> ***„Mein Eindruck ist, dass sich die Situation gerade wandelt: Nicht mehr die Landwirte suchen verzweifelt nach Vermarktern, sondern Unternehmen stehen bereit und brauchen die Sicherheit, dass ausreichend Biomasse geliefert wird.***

Wenn man zudem weiß, dass bestimmte Moorgebiete topografisch für Rückhalteräume und Polderung geeignet sind, kann man gezielt jene Landwirte ansprechen, die unter extremen hydrologischen Bedingungen leiden – mal zu trocken, mal zu nass. Beregnungsanträge in trockengelegten Mooren belegen dieses Dilemma. Ein intelligentes Wassermanagement könnte das viel besser puffern. Voraussetzung ist jedoch, dass die angebaute Kultur auch nasse Füße verträgt – das schließt Kartoffeln und Mais aus. Deshalb führt der Weg zu Paludikulturen oder vergleichbaren Ansätzen.

Wie können Landwirt*innen sinnvoll unterstützt werden, damit sie ihre Flächen auf nasse Bewirtschaftung umstellen – und damit auch langfristig auskömmlich wirtschaften können?

Die Unterstützung läuft auf mehreren Ebenen. Fachlich geht es darum, den Weg aufzuzeigen: Es gibt inzwischen Etablierungstechniken, eine sich entwickelnde Erntetechnik und eine entstehende Vermarktungsstruktur. Kein Landwirt steigt ein, wenn er nicht weiß, ob er seine Produkte absetzen kann.

Deshalb ist die wirtschaftliche Seite entscheidend. Ich sehe hier drei Säulen: Erstens die Förderung, die auf Bundesebene über die Palu-Richtlinie und in Bayern bereits über das Moorbauernprogramm bereitsteht. Bei vollständiger Umstellung auf Paludikulturen erhalten Landwirte in Bayern 2 200 Euro pro Hektar und Jahr für zwölf Jahre – als Ausgleich dafür, dass der Markt noch nicht etabliert ist. Die wasserbaulichen Maßnahmen werden zu 100 % über die ländliche Neuordnung finanziert, sodass der Landwirt dafür nichts beizutragen hat. Zweitens muss während dieser Förderphase der Markt entstehen, sodass Wertschöpfungserlöse hinzukommen – förderunschädlich, sofern man von Beginn an dabei war. Sobald sich ein Markt entwickelt hat, wird man die Förderhöhe entsprechend anpassen. Drittens entstehen CO_2-Zertifikate als weitere Einnahmequelle. Im Ergebnis stehen also drei Säulen für eine wirtschaftliche Perspektive zur Verfügung.

Mein Eindruck ist, dass sich die Situation gerade wandelt: Nicht mehr die Landwirte suchen verzweifelt nach Vermarktern, sondern Unternehmen stehen bereit und brauchen die Sicherheit, dass ausreichend Biomasse geliefert wird, bevor sie in Produktionsanlagen investieren. In den nächsten ein bis drei Jahren wird sich entscheiden, ob wir ausreichend Landwirte in einem regionalen Kontext gewinnen können, um diesen Schwung zu nutzen.

Es könnte passieren, dass Unternehmen, die bereits Produktionslinien aufbauen, ihre Rohstoffe aus dem europäischen Ausland beziehen müssen, weil es hierzulande zeitlich nicht zusammenpasst. Wie begegnet man diesem Risiko?

Dieses Risiko besteht, und deshalb muss das Credo lauten: schnell einsteigen und ausreichend Biomasse bereitstellen. Meine Vision ist ein regional organisierter Ansatz: Räume mit bestimmten verfügbaren oder entwickelbaren Biomassen werden gezielt einer passenden Produktionsschiene zugeordnet. Die Anforderungen an die Ausgangsbiomasse unterscheiden sich nämlich je nach Produkt: Die Papier- und Verpackungsindustrie wünscht möglichst artenreine, halmartige Biomasse wie Rohrglanzgras oder Schilf. Die Plattenproduktion für den Trockenbau hingegen ist flexibler und profitiert sogar von der Beimischung von Seggen, die als hervorragendes Strukturmaterial dienen.

Entscheidend ist, dass auf beiden Seiten Verbindlichkeit entsteht: Landwirte erhalten langfristige Abnahmeverträge und Investoren können auf eine regional zertifizierte Nassbiomasse vertrauen. Nur so lässt sich verhindern, dass die Rohstoffbeschaffung ins Ausland verlagert wird.

Gibt es nach abgeschlossener Umstellung auf nasse Bewirtschaftung noch Unsicherheiten oder offene Fragen?

Die Bestände sind nach unserer bisherigen Einschätzung recht stabil, da die verwendeten Arten unter nassen Bedingungen von Natur aus konkurrenzstark sind. Unsere ältesten Bestände sind inzwischen zehn Jahre alt und Beikrautdruck ist bislang kein nennenswertes Thema, solange der Wasserhaushalt stimmt.

Ein Aspekt, den man längerfristig beobachten sollte, ist die Nährstoffsituation. Wir empfehlen die stoffliche Verwertung mit Winterschnitt, da zu diesem Zeitpunkt ein Großteil der Nährstoffe bereits in den Wurzelraum verlagert ist, was den Entzug von der Fläche minimiert. Da die Umstellung meist von Acker oder Intensivgrünland aus erfolgt, liegt in der Regel ein hoher Nährstoffüberschuss vor, der lange nachwirkt – zumal nährstoffreiche Niedermoore zusätzliche Reserven im Torfkörper bereithalten.

Auch die Erntetechnik sollte man im Blick behalten: Wie schonend kann die Ernte durchgeführt werden, um den Boden möglichst wenig aufzureißen und ein Eindringen von Beikräutern zu begrenzen? Dennoch gilt: Ist der Bestand einmal etabliert, sinkt der Arbeitsaufwand im Vergleich zu Acker oder Intensivgrünland erheblich. Im Wesentlichen gibt es einen Bewirtschaftungsgang pro Jahr im Winter oder Spätherbst und die Deckungsbeiträge können am Ende vergleichbar sein.

Wie sieht die Strategie des Landes Bayern beim Umgang mit Moorböden aus – seit wann ist Bayern aktiv und welche Ziele und Maßnahmen wurden verankert?

Bayern hat 2008, und damit vergleichsweise früh angefangen, sich unter Naturschutz- und Umweltaspekten um Moorrenaturierung zu kümmern. Damals wurde das Programm KLIP 2020 (später KLIP 2050) aufgelegt, über das das Umweltministerium jährlich rund zwei bis zweieinhalb Millionen Euro in den Sektor investierte. Schwerpunkt war dabei die klassische Renaturierung: Wiedervernässung von zuvor entwässerten Hochmooren, ehemals abgetorften Flächen oder aufgeforsteten Mooren – Bereiche ohne Nutzungskonflikte.

Vor vier bis fünf Jahren stieg auch die Landwirtschaftsverwaltung in das Thema ein. Es folgte eine Abstimmung zwischen Umweltministerium und Landwirtschafts- und Forstministerium, aus der das Moorwaldprogramm, das Moorbauernprogramm und das Moorwildnisprogramm hervorgingen. Das Moorbauernprogramm wurde in mehrere Förderschienen untergliedert: Umwandlung von Acker in Grünland, Absicherung feuchter Bewirtschaftung, Honorierung von Indikatorarten, aktive Wiedervernässung in Richtung Nassgrünland mit einem Wasserstandsziel von 20 cm unter Flur sowie Anbaupaludikulturen mit einem Wasserstandsziel von 10 cm unter Flur. Die Förderhöhen steigen entsprechend der Intensität der Maßnahme. Das übergeordnete Flächenziel für Bayern lautet: 55 000 Hektar wiedervernässte Moorflächen bis 2040.

Ein zentrales Element der bayerischen Strategie ist die Beraterstruktur: Von Umweltseite gibt es rund 30 Moormanager in den moorreichen Landkreisen, angesiedelt bei den Unteren Naturschutzbehörden. Von der Landwirtschaftsverwaltung sind es derzeit 13 sog. Klimoberater an den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die gezielt auf Landwirte zugehen. Die Wasserwirtschaft hat fünf weitere Stellen für dieses Thema eingerichtet. Der Beratungskorpus ist also breit aufgestellt und flächendeckend präsent. Allerdings müssen diese Stellen eine Dauerperspektive erhalten.

Hürden bestehen selbstverständlich noch: Wird es beim Nachbarn auch nass, wenn ich meine Fläche vernässe? Wie verlässlich ist die Förderung auf Dauer? Das sind Fragen, an denen wir aktiv arbeiten. Bayern bietet dabei die Möglichkeit zu lernen, welche Strukturen, Fördersysteme und welcher fachliche Hintergrund für ein bestimmtes Naturraumprofil geeignet sind – denn Lösungen aus Nordostdeutschland lassen sich nicht einfach übertragen. Das Peatland Science Centre begleitet diesen Prozess wissenschaftlich.

Kann ein Landwirt ANK-Förderung und Moorbauernprogramm gleichzeitig in Anspruch nehmen, oder werden diese miteinander verrechnet?

Das ist derzeit eine der zentralen Fragen. Grundsätzlich ist ein Doppelförderabgleich erforderlich, damit dieselbe Fläche nicht zweimal gefördert wird. Es gibt jedoch Bereiche der ANK-Förderung – etwa Bildungsarbeit und Strukturentwicklung –, die das auf einzelne Betriebe und Flächen ausgerichtete Moorbauernprogramm gar nicht abdeckt. Hier sind durchaus Kombinationen möglich. Bei der expliziten Flächenförderung hingegen muss

man sich entscheiden. Dieser Abstimmungsprozess läuft gerade: Im Landesamt für Umwelt in Bayern gibt es inzwischen, gefördert durch das ANK, Stellen für ein Regionalbüro – ein Modell, das es in allen Bundesländern gibt –, das diesen Prozess begleitet und sortiert.

Wie ist der aktuelle Stand der Wiedervernässung gemessen am Ziel von 55 000 Hektar?

Wir stehen noch am Anfang. Das liegt unter anderem daran, dass man sich zunächst auf leicht verfügbare Flächen ohne Nutzungskonflikte konzentriert hat – oft sehr kleinräumig. Erst jetzt sind die Angebote vorhanden, um mit der Landwirtschaft in die Fläche zu gehen. Deshalb wäre es falsch, die bisher erreichte Fläche linear hochzurechnen.

Ehrlichkeitshalber muss man sagen: Selbst die 55 000 Hektar sind zu wenig angesichts von insgesamt 290 000 Hektar Mooren in Bayern. Wenn wir die Klimaschutzziele auf Bundesebene ernstnehmen, müssen wir uns mit einem größeren Schrittmaß bewegen. Gleichwohl bin ich optimistisch, dass wir uns in einem schneeballartig verlaufenden Transformationsprozess befinden: Es gibt Räume, in denen Modellprojekte zeigen, wie es geht. Irgendwann wird sich Nassbewirtschaftung als neue Normalität etablieren – mit funktionierenden Wertschöpfungsketten – und dann wird die Entwicklung eher einer Exponentialkurve als einer linearen Prognose folgen.

Beim Blick auf die nächsten zehn Jahre: Sind Sie optimistisch gestimmt, dass die Senkung der CO_2-Emissionen aus Moorböden deutliche Fortschritte machen wird, oder überwiegt die Skepsis?

Ich könnte diesen Job nicht machen, wenn ich keine grundsätzlich optimistische Haltung hätte. Das Angebot ist da – wir müssen es jetzt nutzen. Dazu kommt, dass bestimmte Rahmenbedingungen nur dann in den Griff zu bekommen sind, wenn wir natürliche Senken intensiv für den Klimaschutz einsetzen.

Ein Thema, das mir dabei besonders am Herzen liegt, ist die sog. Endlichkeitskarte der Bewirtschaftung, die die Landesanstalt für Landwirtschaft in einem gemeinsamen bayernweiten Projekt entwickelt hat. Sie zeigt anhand der durch Entwässerung verursachten Höhenverluste, wie weit die Degradierung fortgeschritten ist. Das Ergebnis ist ernüchternd: In den nächsten dreißig Jahren werden 40 % der bayerischen Moorflächen nicht mehr oder kaum noch bewirtschaftbar sein. Wenn man das Landwirten vor Ort erklärt, dann kommen sie viel stärker ins Nachdenken, als wenn man ihnen CO_2-Emissionen in Tonnen nennt. Denn letztlich ist das ein Bodenwertproblem: eine Entwertung der Flächen mit Blick auf Vererbung und Betriebsnachfolge.

Wenn dann die Frage kommt „Was können wir tun?“, habe ich den Einstieg: Es gibt Etablierungstechniken für nasse Bewirtschaftung, man muss Allianzen mit Nachbarn und hydrologische Einheiten bilden und dann Wertschöpfungsketten aufbauen. Das ist eine Story, die uns hilft, den Optimismus zu bewahren.

> ***„Irgendwann wird sich Nassbewirtschaftung als neue Normalität etablieren – mit funktionierenden Wertschöpfungsketten – und dann wird die Entwicklung eher einer Exponentialkurve als einer linearen Prognose folgen.***

Zusätzlich kommen ökonomische Anreize ins Spiel: Versicherungen werden zunehmend Schäden durch Starkregenereignisse auf degradierten Moorböden als Bewirtschaftungsrisiko einstufen und nicht mehr erstatten. Als Unternehmer wird ein Landwirt sich dann fragen, ob er dieses Risiko weiter eingehen oder auf resiliente, nachhaltige Nassbewirtschaftung umsteigen will. Wenn das als Gesellschaft entsprechend honoriert wird – durch Förderprogramme, Wertschöpfungsketten und Zertifikate –, bleibe ich nach wie vor optimistisch.

Haben Sie abschließend noch einen Punkt, den Sie besonders betonen möchten?

Mir ist es ein wichtiges Anliegen, dass der natürliche Klimaschutz überparteilich hoch auf der Agenda gehalten wird – dass dieses Thema nicht im Parteienstreit hin- und hergeschoben wird, sondern dass die Politik ihre Zukunftsverantwortung wahrnimmt. Klimaschutz und Biodiversitätsverlust sind nach wie vor drängende Themen, während andere Sektoren wie Verkehr oder Bau ihre Emissionen kaum reduzieren. Wir stecken gerade in einem Strudel, in dem vieles nur durch die Brille von Wirtschaft und Energiepreisen betrachtet wird. Gute Politik aber muss die Gesellschaft zusammenhalten und langfristige Perspektiven für ein nachhaltiges Leben ermöglichen.

Als Vorbild nenne ich Dänemark: Dort haben alle Parteien Klimaschutzthemen aus dem politischen Streit herausgehalten und einen parteiübergreifenden Konsens beschlossen. Dänemark hat zudem eine CO_2-Bepreisung für die Landnutzung eingeführt – ein mächtiger Hebel, der die bisherige Bewirtschaftung von Moorböden unwirtschaftlich macht und gleichzeitig Anreize für den Wechsel setzt. Ich wünsche mir diesen Schulterschluss der Politik auch in Deutschland: stabile Rahmenbedingungen und klare Leitplanken statt eines Gegeneinanders.

Ebenso wichtig ist es, die notwendigen Personalkapazitäten weiter aufzubauen: an Universitäten in Forschung und Lehre, aber auch in der Praxis – damit das Fachpersonal vorhanden ist, das diesen Sektor unterstützen kann. In Bayern ist in diesem Bereich viel in Bewegung. Wenn beides gelingt – der politische Schulterschluss und die Stärkung der fachlichen Basis –, bin ich zuversichtlich, dass wir die notwendige Transformation tatsächlich schaffen.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Zwischen Wiedervernässung und Wertschöpfung

Timo Neumann

Die Wiedervernässung von Mooren zählt zu den zentralen Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes. Gleichzeitig berührt sie landwirtschaftliche Nutzungssysteme, regionale Wertschöpfung und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse. Anhand von Erfahrungen aus Moorverfahren in Schleswig-Holstein sowie der Eider-Treene-Sorge-Niederung zeigt der Beitrag auf, welche Rolle die Flurbereinigung bei Flächenmanagement, Beteiligung und Konfliktmoderation übernehmen kann und wo ihre Grenzen in großräumigen Transformationsräumen liegen.

Moorvernässung gilt heute als eine der wirksamsten Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes. Entwässerte Moorböden verursachen erhebliche Treibhausgasemissionen und stehen zunehmend im Fokus nationaler und europäischer Klima- und Biodiversitätsstrategien. Gleichzeitig bilden viele Moorstandorte seit Jahrzehnten die Grundlage landwirtschaftlicher Nutzung, regionaler Wertschöpfung und betrieblicher Existenzen. Besonders in den Niederungslandschaften Norddeutschlands entsteht daraus ein Spannungsfeld zwischen Klimaschutz, Wasserwirtschaft, landwirtschaftlicher Produktion und regionaler Entwicklung.

Flurbereinigung als unterstützendes Transformationsinstrument in Moorlandschaften

Die Diskussion über Moorentwicklung wird dabei häufig nur auf die Frage reduziert, ob Flächen künftig vernässt oder weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden sollen. Tatsächlich liegt die eigentliche Herausforderung weniger in der fachlichen Zieldefinition als vielmehr in der organisatorischen und gesellschaftlichen Umsetzung. Denn Moorentwicklung in dem Maßstab des natürlichen Klimaschutzes betrifft nicht einzelne Flächen, sondern ganze Regionen und Kulturlandschaften: Eigentumsverhältnisse, Wasserstände, Infrastruktur, landwirtschaftliche Nutzungssysteme und wirtschaftliche Perspektiven sind eng miteinander verflochten.

Damit stellt sich die Frage, welche etablierten Instrumente geeignet sind, solche komplexen Transformationsprozesse im ländlichen Raum zu begleiten und konfliktarm zu unterstützen.

Moorentwicklung braucht regionale Lösungen

Moorvernässung lässt sich nur begrenzt auf Einzelflächen umsetzen. Wasser kennt keine Flurstücksgrenzen. Veränderungen des Wasserhaushalts wirken sich regelmäßig großräumig auf angrenzende Flächen, landwirtschaftliche Nutzungssysteme und wasserwirtschaftliche Infrastrukturen aus. Gleichzeitig sind Eigentums- und Bewirtschaftungsverhältnisse in vielen Moorregionen historisch gewachsen und häufig stark fragmentiert.

Hinzu kommen unterschiedliche Zielvorstellungen der beteiligten Akteure. Während Klimaschutz und Naturschutz höhere Wasserstände anstreben, benötigen landwirtschaftliche Betriebe langfristige Bewirtschaftungs- und Entwicklungsperspektiven. Kommunen wiederum sorgen sich um regionale Wertschöpfung, Infrastruktur und Akzeptanz in der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund stoßen rein sektorale Planungen häufig an Grenzen. Es braucht folglich regionale Prozesse, in denen unterschiedliche Interessen zusammengeführt, Zielkonflikte offen diskutiert und tragfähige Lösungen gemeinsam entwickelt werden können.

Hier kann die Flurbereinigung innerhalb regionaler Potenzialräume gezielt unterstützende Funktionen übernehmen – insbesondere in den Bereichen Bodenordnung, Flächenmanagement, Beteiligung, Konfliktmoderation sowie der Unterstützung wasserwirtschaftlicher und infrastruktureller Anpassungsprozesse.

Erfahrungen aus bestehenden Moorverfahren

Welche Potenziale darin liegen, zeigen bestehende Flurbereinigungsverfahren in Schleswig-Holstein, etwa im „Wilden Moor“ oder im „Offenbütteler Moor“. Beide Verfahren verdeutlichen,



Foto: LLnL SH

Timo Neumann

Abteilungsleiter Abteilung 4 Ländliche Entwicklung, Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung, Flintbek

Timo.Neumann@llnl.landsh.de
www.schleswig-holstein.de



Foto: Timo Neumann

Entwässerung der großräumigen Moorkulisse der Eider-Treene-Sorge-Niederung über ein Schöpfwerk

dass Moorentwicklung weit über wasserwirtschaftliche oder naturschutzfachliche Einzelmaßnahmen hinausgeht.

Im Mittelpunkt stehen regelmäßig Fragen der Flächenverfügbarkeit, der Arrondierung von Nutzungen, der Erreichbarkeit von Flächen, der Anpassung wasserwirtschaftlicher Strukturen sowie der wirtschaftlichen Perspektiven betroffener Betriebe. Gleichzeitig zeigen die Verfahren, dass Transformationsprozesse in Moorregionen nur dann langfristig tragfähig sind, wenn die betroffenen Eigentümerinnen und Eigentümer frühzeitig eingebunden werden, Entwicklungsperspektiven erkennbar bleiben und insgesamt ein Mehrwert für die örtliche Bevölkerung entsteht.

Die Flurbereinigung kann hierbei insbesondere in den Fällen unterstützen, wo Fragen der Bodenordnung und Flächenstruktur eine zentrale Rolle spielen. Durch Flächentausch, Arrondierung und die Neuordnung von Eigentums- und Nutzungsverhältnissen können Flächen mit vergleichbaren Zielsetzungen zusammengeführt und Nutzungskonflikte reduziert werden. Gleichzeitig lassen sich wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Wegebaumaßnahmen oder Naturschutzmaßnahmen räumlich besser integrieren und auch kombinieren.

Ebenso bedeutsam ist jedoch die prozessuale Funktion der Verfahren. Über Teilnehmergemeinschaften, Vorstandssitzungen, Informationsveranstaltungen und Beteiligungsformate entstehen institutionalisierte Räume für Austausch und Mitgestaltung. Gerade in konfliktbehafteten Transformationsprozessen können derartige Strukturen dazu beitragen, unterschiedliche Interessen frühzeitig sichtbar zu machen und Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

Dabei offenbart die Praxis sogleich die Grenzen klassischer Bodenordnung. In Regionen mit angespannten Bodenmärkten zeigt sich, dass Bodenordnung allein keine Flächen schafft. Wo Tauschland fehlt und Flächenverfügbarkeiten nicht gesichert werden können, ist der Erfolg eines Flurbereinigungsverfahrens ungewiss. Strategisches Flächenmanagement und geeignete Bodenfondsansätze gewinnen vor diesem Hintergrund zunehmend an Bedeutung. Darüber hinaus wären Fördermöglichkeiten zur Einkommenskompensation von Landnutzenden oder zur Änderung der Wirtschaftweise hilfreiche Ansätze.

Vom lokalen Verfahren zur großräumigen Transformation

Die bisherigen Moorverfahren bewegen sich überwiegend auf lokaler oder projektbezogener Ebene. Die Herausforderung der kommenden Jahre wird jedoch darin bestehen, solche Ansätze auf großräumige Bereiche mit Transformationsbedarf zu übertragen.

Besonders deutlich wird dies in der Eider-Treene-Sorge-Niederung (kurz: ETS) in Schleswig-Holstein. Die Region zählt zu den größten zusammenhängenden Moor- und Niederungslandschaften Deutschlands und steht exemplarisch für die Herausforderungen klimagerechter Regionalentwicklung. Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Naturschutz, kommunale Entwicklung und Klimaschutz greifen hier unmittelbar ineinander.

Die geplanten Maßnahmen des natürlichen Klimaschutzes betreffen dabei nicht einzelne Projekte, sondern langfristige regionale Transformationsprozesse. Gleichzeitig unterscheiden sich die Ausgangslagen innerhalb der Region erheblich: Während einzelne Bereiche hohe Potenziale für Wiedervernässung aufweisen, stehen andernorts landwirtschaftliche Nutzung, Siedlungsentwicklung oder wasserwirtschaftliche Anforderungen stärker im Vordergrund.

Die Größenordnungen verdeutlichen die neue Dimension der Herausforderung. Während sich die Moorflächen im Flurbereinigungsverfahren Wildes Moor auf rund 600 ha und im Offenbütteler Moor auf etwa 800 ha belaufen, umfasst allein

die Niederungskulisse der Eider-Treene-Sorge-Region rund 62 000 ha. Auch die Zahl der betroffenen Landeigentümerinnen und -eigentümer, Bewirtschaftenden, Gemeinden, Wasser- und Bodenverbände sowie weiterer Akteure steigt um ein Vielfaches.

Besonders deutlich wird die Transformationsdimension in der ETS-Region an der Betroffenheit der Landwirtschaft. Ein aktuelles Gutachten (Latacz-Lohmann et al. 2023) zeigt, dass rund 55 Betriebe zwischen 80 und 100 % ihrer Wirtschaftsflächen innerhalb der Niederungskulisse der ETS-Region haben. Für diese Betriebe geht es nicht um die Anpassung einzelner Schläge, sondern um die Zukunft ihrer gesamten betrieblichen Grundlage.

Die Herausforderung besteht daher nicht allein in der Wiedervernässung von Moorflächen, sondern in der Entwicklung tragfähiger Perspektiven für eine ganze Region. Klimaschutz, Landwirtschaft und regionale Wertschöpfung müssen dabei gemeinsam gedacht werden.

Gerade deshalb erscheint es wenig zielführend, Transformation ausschließlich über starre Gebietskulissen oder isolierte Fachplanungen zu organisieren. Vielmehr gewinnen integrierte regionale Ansätze an Bedeutung, die unterschiedliche Teilräume mit ihren jeweiligen Potenzialen und Konfliktlagen berücksichtigen.

In diesem Zusammenhang entstehen derzeit neue regionale Netzwerk- und Koordinierungsstrukturen. So soll in der ETS-Region unter anderem eine Netzwerkstelle „Klimagerechte Regionalentwicklung“ aufgebaut werden, die Akteure aus Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Kommunen, Naturschutz und Regionalentwicklung zusammenführt und langfristige Entwicklungsprozesse begleitet.

Die Flurbereinigung kann innerhalb solcher regionalen Netzwerkstrukturen dort unterstützend wirken, wo Fragen der Flächenordnung, Infrastrukturentwicklung, Nutzungskonflikte oder Beteiligung besondere Bedeutung erlangen. Sie ersetzt dabei jedoch keine übergeordneten Transformations- oder Regionalentwicklungsstrategien, sondern ergänzt diese um ein rechtlich und organisatorisch etabliertes Instrumentarium der Bodenordnung und Beteiligung.

Die Erfahrungen aus den bestehenden Moorverfahren behalten damit ihre fachliche Relevanz. Gleichzeitig wird deutlich, dass großräumige Transformationsräume nicht allein durch die Übertragung bestehender Verfahrensansätze bewältigt werden können. Vielmehr entsteht eine neue Aufgabenebene zwischen klassischer Bodenordnung, regionalem Flächenmanagement und integrierter Regionalentwicklung.

Transformation braucht regionale Kümmerstrukturen

Die Erfahrungen aus Moorverfahren zeigen zugleich, dass Transformationsprozesse nicht allein an fachlichen Fragen scheitern, sondern häufig an fehlender Kommunikation, mangelnder Transparenz oder unzureichender Beteiligung.



Beweidung von Moorflächen in der Niederungslandschaft

Foto: Timo Neumann

Gerade in ländlichen und peripheren Räumen erzeugen tiefgreifende Veränderungen oftmals Unsicherheit und Skepsis. Landwirtschaftliche Betriebe stehen vor langfristigen Investitions- und Existenzfragen. Gleichzeitig entsteht nicht selten die Wahrnehmung, dass Entscheidungen über regionale Entwicklungen „von außen" getroffen werden.

Umso wichtiger werden regionale Ansprechpartner und dauerhafte Beteiligungsstrukturen. Hier können sowohl regionale Projektentwickler als auch Instrumente der Flurbereinigung als staatliche Institution eine wichtige Rolle übernehmen. Sie fungieren als Übersetzer zwischen Fachplanungen, Verwaltung, Landwirtschaft, Naturschutz und kommunaler Ebene und schaffen Räume für Dialog und Mitgestaltung.

Teilnehmergemeinschaften übernehmen dabei eine besondere Funktion. Sie ermöglichen Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümern eine aktive Rolle innerhalb regionaler Entwicklungsprozesse und schaffen institutionalisierte Beteiligungsräume, die weit über klassische Anhörungsverfahren hinausgehen. Gerade in Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung gewinnen solche langfristigen Beteiligungs- und Kommunikationsstrukturen an Bedeutung, da sie einen Beitrag zum Erhalt demokratischer Werte und Vertrauen in staatliches Handeln leisten können.

Perspektiven eines flexibleren Landmanagements

Die aktuellen Herausforderungen der Moorentwicklung werfen zugleich die Frage auf, ob klassische, räumlich klar abgegrenzte Einzelverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz künftig ausreichen werden, um großräumige Transformationsprozesse langfristig zu begleiten.

In der Fachdebatte werden daher zunehmend Ansätze eines flexibleren und strategischeren Landmanagements diskutiert. Dabei geht es weniger um punktuelle Verfahren als vielmehr um fortlaufende regionale Prozesse, die unterschiedliche Flächenansprüche koordinieren und Entwicklungsziele langfristig begleiten.

Ansätze eines effizienten Landmanagementverfahrens (Bix 2025) greifen diese Überlegungen auf. Im Mittelpunkt stehen dabei weniger starre Gebietskulissen als vielmehr regionale Potenzialräume, in denen unterschiedliche Instrumente situationsbezogen kombiniert werden können. Flächenmanagement, Bodenordnung, Beteiligung, Infrastrukturentwicklung und regionale Koordination werden stärker miteinander verknüpft.

Damit könnte sich perspektivisch auch die Rolle der Flurbereinigung weiterentwickeln: weg vom ausschließlich projektbezogenen Bodenordnungsverfahren hin zu einer stärker regional orientierten Unterstützungs- und Moderationsfunktion innerhalb integrierter Transformationsprozesse.

Fazit

Die Transformation der Moorlandschaften wird eine der zentralen Herausforderungen ländlicher Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten sein. Sie betrifft nicht nur Fragen des Klimaschutzes, sondern ebenso regionale Wertschöpfung, landwirtschaftliche Perspektiven, Wasserwirtschaft und gesellschaftliche Akzeptanz.



Foto: Timo Neumann

Beteiligung regionaler Akteure in der ETS-Region beim sog. „Planspiel Flurbereinigung

Die Erfahrungen aus bestehenden Moorverfahren zeigen, dass Flurbereinigung hierbei insbesondere dort einen wichtigen Beitrag leisten kann, wo Fragen der Flächenordnung, Beteiligung und Konfliktmoderation eine zentrale Rolle spielen. Gleichzeitig verdeutlichen großräumige Transformationsräume wie die Eider-Treene-Sorge-Niederung, dass künftig stärker in integrierten regionalen Netzwerk- sowie Steuerungs- und Beteiligungsstrukturen gedacht werden muss.

Die Stärke der Flurbereinigung liegt dabei weniger in der alleinigen Steuerung regionaler Transformationen als vielmehr in ihrer Fähigkeit, innerhalb komplexer Entwicklungsräume gezielt strukturierende und moderierende Funktionen zu übernehmen. Die Zukunft der Moorentwicklung wird nicht allein davon abhängen, wie Wasserstände reguliert oder Flächen genutzt werden. Entscheidend wird vielmehr sein, ob es gelingt, regionale Entwicklungsprozesse so zu gestalten, dass Klimaschutz, Wertschöpfung und gesellschaftliche Akzeptanz gemeinsam gedacht und umgesetzt werden können. ■

Literaturangaben: www.asg-goe.de/lit/LR226 -Neumann.pdf

Für eine Landwirtschaft im Moor mit Zukunft

EIP-Projekt UMZOG – Unsere MoorZukunft Oldenburger Graben

Wiebke Frank

Wie durch gemeinschaftliche Moornutzung landwirtschaftliche Wertschöpfung und Klimaschutz verbunden werden kann, mit Mehrwert für Grundeigentümer*innen und Bewirtschafter*innen, zeigt ein Europäisches Innovationsprojekt im Oldenburger Graben in Schleswig-Holstein.



Foto: Maren Weilandt

Die Moore gehören zu den faszinierendsten und zugleich sensibelsten Landschaften Deutschlands. Über Jahrtausende gewachsen, speichern sie große Mengen Kohlenstoff, regulieren den Wasserhaushalt und bieten zahlreichen seltenen Tier- und Pflanzenarten wertvolle Lebensräume. Gleichzeitig wurden viele Moore über Generationen entwässert und landwirtschaftlich nutzbar gemacht – so auch die Oldenburger Graben Niederung an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste.

Hier, zwischen Hohwachter und Lübecker Bucht, liegt eines der größten zusammenhängenden Niederungsgebiete Schleswig-Holsteins. Die Region ist seit Jahrhunderten durch Landwirtschaft geprägt. Grünlandwirtschaft, Milchviehhaltung und Futterbau haben das Landschaftsbild ebenso geformt wie Gräben, Schöpfwerke und Deiche. Für die Landwirtschaft in der Region haben die Herausforderungen in den letzten zehn Jahren zugenommen: steigende Wasserstände, Bodensackungen, Extremwetterereignisse und neue Anforderungen an Klima- und Naturschutz verändern die Rahmenbedingungen der Nutzung grundlegend.

Vor diesem Hintergrund entstand das EIP-Projekt „Unsere MoorZukunft Oldenburger Graben" – kurz UMZOG. Ziel des Projektes ist es, gemeinsam mit den Menschen vor Ort Perspektiven für eine Zukunft zu entwickeln, in der Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Klimaschutz und regionale Wertschöpfung nicht gegeneinander arbeiten, sondern miteinander gedacht werden. Dabei steht ein zentraler Gedanke im Mittelpunkt: Die Zukunft der Niederung kann nur gemeinsam gestaltet werden.

Eine Landschaft im Wandel

Die Geschichte der Niederung ist eng mit dem Wasser verbunden. Ursprünglich bestand die Region aus Seen, Feuchtgebieten und regelmäßig überfluteten Niederungsflächen. Erst durch umfangreiche Entwässerungsmaßnahmen wurde die intensive landwirtschaftliche Nutzung möglich. Nach der Sturmflut von 1872 entstanden Deiche, Gewässer wurden vertieft und Schöpfwerke gebaut.

Diese Maßnahmen ermöglichten über Jahrzehnte eine produktive Landwirtschaft. Gleichzeitig führte die Entwässerung jedoch dazu, dass die Moorböden zunehmend mineralisierten und absackten. Heute zeigt sich vielerorts, dass die intensive Nutzung langfristig an Grenzen stößt. Flächen werden schwerer befahrbar, Wasserstände schwieriger regulierbar und die wirtschaftliche Nutzung anspruchsvoller.

Hinzu kommt eine gesellschaftliche Entwicklung: Moore rücken stärker in den Fokus der Klimapolitik. Entwässerte Moorböden verursachen erhebliche Treibhausgasemissionen, während nasse Moore große Mengen Kohlenstoff speichern können. Moore gelten deshalb als wichtiger Baustein für den Klimaschutz. Für landwirtschaftliche Betriebe bedeutet das, ihre wirtschaftliche Zukunft unter sich wandelnden politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu sichern.

Zukunftsperspektiven aus der Region für die Region

Das Projekt UMZOG basiert auf einem Bottom-up-Ansatz: Zukünftige Perspektiven für die Niederung sollen gemeinsam



Foto: Brigitte Basedau

Wiebke Frank

Projektbegleiterin UMZOG

wiebke.frank@fue-fh-kiel.de
www.oldenburger-graben.de



Foto: Wiebke Frank

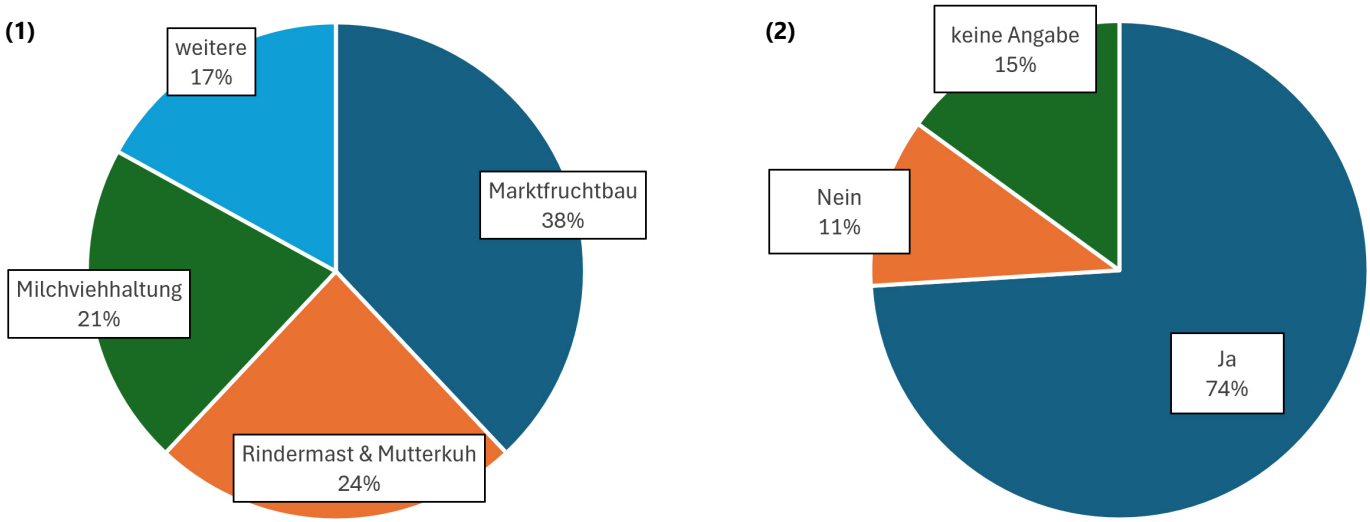
Die Sackung der entwässerten Moorböden wird zum Beispiel an den Fundamenten der Überlandleitung deutlich sichtbar.

mit den Bewirtschaftenden und regionalen Akteur*innenn entwickelt werden – aus der Region heraus und orientiert an den tatsächlichen Entwicklungen und Verhältnissen vor Ort. Vor Beginn des Projektes wurden deshalb mehrere Informationsveranstaltungen organisiert, um über die Entwicklungen im Moor- und Klimaschutz zu informieren, Fragen aufzugreifen und für die zukünftigen Aufgaben in der Niederung zu sensibilisieren.

Aufbauend darauf begann das Projekt mit einer umfangreichen agrarstrukturellen Analyse. In persönlichen Gesprächen wurden 54 landwirtschaftliche Betriebsleitende zu ihrer aktuellen Situation, ihren Herausforderungen und ihren Zukunftsvorstellungen befragt. Ergänzend finden Workshops und Austauschformate mit Bewirtschaftenden und Grundeigentümer*innen statt, um unterschiedliche Perspektiven in die Projektentwicklung einzubeziehen und gemeinsam Ideen für die zukünftige Entwicklung der Niederung zu erarbeiten. Dabei spielt insbesondere auch der Austausch mit jüngeren Bewirtschaftenden und der nachfolgenden Generation eine wichtige Rolle.

Die Ergebnisse der agrarstrukturellen Analyse zeigen eine vielfältige Region mit sehr unterschiedlichen Betriebsstrukturen (s. Abb.). Insgesamt bewirtschaften

Abb.: Betriebsschwerpunkte (1) und Bereitschaft zu Kooperationen (2) der landwirtschaftlichen Bewirtschafter in der Oldenburger Graben Niederung



Quelle: Agrarstrukturelle Analyse der Oldenburger Graben Niederung; eigene Darstellung



Milchvieh- und Mutterkuhhaltung sowie Rindermast sind wichtige Wirtschaftszweige im Projektgebiet.

Foto: Selma Busse

die befragten Betriebe rund 7 045 ha landwirtschaftliche Fläche, davon etwa 1 963 ha innerhalb der Niederung. Die Niederungsflächen werden überwiegend als Grünland genutzt. Besonders prägend für die Region ist dabei die Milchviehhaltung mit derzeit zehn aktiven Milchviehbetrieben in der Niederung.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass viele der befragten Betriebe die Herausforderungen in der Niederung bereits heute sehr konkret wahrnehmen – insbesondere ungewisse politische Vorgaben, zunehmende Probleme durch Wildvögel sowie die schlechter werdende Befahrbarkeit der Flächen. Hier zeigt die Analyse auch eine große Offenheit für neue Wege: Rund drei Viertel der Befragten können sich gemeinschaftliche und kooperative Lösungen für die zukünftige Entwicklung der Niederung vorstellen. Begünstigt wird dies durch die bereits heute stark ausgeprägte Zusammenarbeit in der Region – etwa durch Maschinen- und Arbeitsgemeinschaften, gegenseitige Unterstützung und den engen Austausch unter den Bewirtschaftenden.

Die Umgestaltung in Zonen gedacht

Ein zentraler Bestandteil der derzeit diskutierten Konzepte ist die Entwicklung der sog. „nassen Zonen“. Dahinter steht die Überlegung, die Niederung differenziert zu betrachten: Nicht jede Fläche muss und kann künftig gleich genutzt werden. Während Bereiche mit angepassten Pegelständen durch extensivere Nutzungsformen wie dem Anbau von Paludikulturen und Weidehaltung mit robusten Rinderrassen wie Wasserbüffeln genutzt werden können, eignen sich an-



Die Niederungsflächen dienen hauptsächlich der Futtergewinnung.

Foto: Tillmann Döring

dere Bereiche weiterhin für eine qualitativ hochwertige Futtererzeugung und profitieren durch höhere Pegelstände von längerer Wasserverfügbarkeit und dadurch stabileren Erträgen.

Im Mittelpunkt steht dabei nicht die Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung, sondern ihre Weiterentwicklung unter neuen Bedingungen. Vorgesehen ist eine klare wasserwirtschaftliche Trennung zwischen intensiv genutzten Bereichen und Flächen mit höheren Wasserständen. Beispielsweise soll ein Randkanal mit intelligentem Pegelsteuersystem dabei helfen, Wasser gezielt zu steuern und unterschiedliche Nutzungszonen zu ermöglichen.

Auch neue regionale Wertschöpfungsketten spielen eine Rolle. Produkte aus der Niederung könnten gezielt regional in der touristisch geprägten Region vermarktet werden und so eine neue Verbindung zwischen Moorlandschaft, Landwirtschaft und Verbraucher*innen schaffen.

Moorgemeinschaft – gemeinsam stark

Zu dieser Weiterentwicklung gehört auch die Idee einer Moorgemeinschaft, in der mit einem kooperativen Ansatz Flächen, Wasserstände und Nutzungen stärker gemeinsam gedacht werden sollen. Ziel ist es, die Niederung nicht in viele Einzelinteressen zu zerteilen, sondern gemeinsam als zusammenhängenden Landschaftsraum zu entwickeln.

Aktuell werden unterschiedliche rechtliche und organisatorische Modelle geprüft – beispielsweise Vereinsstrukturen, Genossenschaften oder andere Kooperationsformen. Ziel ist es, eine Lösung zu entwickeln, die praktikabel, flexibel und langfristig tragfähig für die Region ist. Gleichzeitig werden mögliche Aufgaben einer solchen Gemeinschaft herausgearbeitet, etwa die Koordination von Bewirtschaftung, Fördermitteln, Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit. Auch gemeinsame Maschinenpools oder eine Koordinierungsstelle für das Gebiet sind Teil der Überlegungen. Durch gemeinschaftliche Strukturen sollen Synergien genutzt, Flächen besser abgestimmt entwickelt und neue wirtschaftliche Perspektiven geschaffen werden. Die Moorgemeinschaft soll so gestaltet werden, dass sie für die Betriebe einen tatsächlichen Mehrwert bietet und unterschiedliche betriebliche Strategien berücksichtigt werden – von aktiver Bewirtschaftung innerhalb der Kooperation bis hin zu Flächentausch oder Verpachtung.

Leuchtturmprojekt für andere Regionen

Noch befindet sich das Projekt mitten im Entwicklungsprozess. Viele Fragen für die Region sind offen: Welche Nutzungsformen sind langfristig wirtschaftlich tragfähig? Wie kann das Wasser künftig gesteuert werden? Welche Organisationsformen funktionieren in der Praxis und welche Förderinstrumente werden benötigt? Genau diese Themen werden im Projekt intensiv bearbeitet. UMZOG versteht sich dabei nicht als fertige Lösung, sondern als gemeinsamer Entwicklungsprozess.

Die Oldenburger Graben Niederung soll auf diese Weise zu einem Leuchtturmprojekt für die nachhaltige Entwicklung von Moorregionen werden – nicht durch starre Vorgaben, sondern durch Kooperation, regionale Verantwortung und die Bereitschaft, neue Wege gemeinsam zu entwickeln und auszuprobieren. ■

Die Hochschule für angewandte Wissenschaften Kiel (HAW Kiel) arbeitet gemeinsam mit Landwirtschaft, Wasserwirtschaft, Naturschutz und weiteren regionalen Akteur*innenn an der Frage, wie eine nachhaltige Umgestaltung von Moorlandschaften gelingen kann, ohne die Menschen und Betriebe vor Ort aus dem Blick zu verlieren. Das Projekt wird im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft Schleswig-Holstein durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gefördert.

Operationelle Gruppe:

Landwirtschaftliche Unternehmen der Urproduktion

- Milchgemeinschaft Koselau-West (GbR)
- Milchhof Müller, Koselau
- Landwirtschaftsbetrieb Wilder
- Landwirtschaftsbetrieb Langbehn
- Landwirtschaftsbetrieb Bahr

als assoziiertes Mitglied:

- Landwirtschaftlicher Betrieb Landt

Forschungs- und Versuchseinrichtungen

- Hochschule für angewandte Wissenschaften Kiel, Fachbereich Agrarwirtschaft
- Lead-Partner: F&E GmbH

Beratungs- und Dienstleistungseinrichtungen

- Bearbeitungsgebietsverband Wagrien-Fehmarn
- Wasser- und Bodenverband Oldenburg
- Landwirtschaftliche Beratung Marcus Schweigmann
- Lohnunternehmen Hay
- Kreisbauernverband Ostholstein-Lübeck
- Externe Beratung Naturschutz – Hanna Kirschnick-Schmidt

Unsere MoorZukunft UMZOG Oldenburger Graben

EIP Landwirtschaft & Innovation Netzwerk Schleswig-Holstein

Finanziert von der Europäischen Union

SH Schleswig-Holstein Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz

Pioniergeist im Moor:

Wie zwei Landwirte die PV-Hürden in Varel meistern

Olaf Schmidt



Foto: PV-Anlage Tangermoorweg GmbH

Moore sind die schlafenden Giganten des Klimaschutzes. Lange Zeit als Ödland betrachtet, das es für die Landwirtschaft mühsam zu entwässern galt, stehen sie heute im Zentrum nationaler Klimaschutzstrategien. Doch die geforderte Wiedervernässung stellt landwirtschaftliche Betriebe vor existenzielle Fragen: Wie lässt sich Wertschöpfung auf nassen Böden generieren? Ein Pionierprojekt am Tangermoorweg im niedersächsischen Varel liefert eine Antwort. Hier zeigen die Landwirte Lars Kaper und Andreas Rengstorf, wie Photovoltaik, Moorschutz und moderne Landwirtschaft zu einem neuen Modell für ländliche Räume verschmelzen. Der Schlüssel zum Erfolg liegt dabei nicht nur in der Technik, sondern auch in der konsequenten Beteiligung der Menschen vor Ort.

Das Projekt: Dreiklang aus Technik und Natur

Auf rund 40 Hektar entstand in gut eineinhalbjähriger Bauzeit in Varel ein Solarpark, der weit über die klassische Freiflächenanlage hinausgeht. Er ist eine Kombination aus drei Konzepten: einer klassischen PV-Anlage, einer Agri-PV-Teilfläche und der bundesweit ersten kommerziellen Moor-PV-Anlage. Mit einer installierten Leistung von insg. fast 39 Megawatt-Peak (MWp) kann die Anlage, die die beiden Landwirte zusammen mit der WI Energy (Trier) und der emt²gruppe (Lünne) realisierten, rechnerisch über 11 000 Haushalte mit grünem Strom versorgen. Das technische Herzstück ist die Moor-PV: Durch das Verschließen der Entwässerungsgräben wird das Regenwasser auf der Fläche gehalten. Die PV-Module thronen über dem kontrolliert aufsteigenden Wasserspiegel.

Der ökologische Nutzen ist immens. Während entwässerte Moore enorme Mengen CO_2 emittieren, stoppt die Wiedervernässung diesen Prozess. In Kombination mit der grünen Stromerzeugung spart die Anlage jährlich schätzungsweise 23 000 Tonnen CO_2 ein. Das Projekt zeigt, dass Klimaschutz kein „Flächenkiller" sein muss, sondern durch intelligente Doppelnutzung neue Perspektiven schafft.

Die Initiatoren: Landwirte als Energiewirte

Lars Kaper und Andreas Rengstorf sind keine anonymen Investoren, sondern in der Region verwurzelte Landwirte. Ihre Entscheidung für den Solarpark war kein Abschied von der Scholle, sondern eine proaktive Anpassungsstrategie. „Wir müssen Moore als Zukunftsraum begreifen, nicht als Verlustfläche", so der Tenor vor Ort.

Die Landwirte brachten nicht nur ihre eigenen Flächen ein, sondern nutzten ihre Ortskenntnis, um weitere Grundeigentümer*innen zu überzeugen. Dies war die erste große Hürde: Die Schaffung einer zusammenhängenden Flächenkulisse in einer historisch gewachsenen Agrarstruktur erfordert Vertrauen, das nur lokale Akteur*innen aufbauen können. Kaper und Rengstorf fungierten hier als Mediatoren zwischen ökologischen Notwendigkeiten und ökonomischen Realitäten.

Bürgerbeteiligung als Akzeptanzanker: Die BEG Tangermoorweg

Ein Projekt dieser Größenordnung stößt in ländlichen Räumen oft auf Skepsis. Die optische Veränderung der Landschaft, der Verlust von für die Lebensmittelerzeugung relevanten Flächen oder die Sorge vor Renditen, die in die Taschen ferner Konzerne fließen, führen häufig zu Widerstand. In Varel begegnete man diesem Risiko durch ein solidarisches Modell der Teilhabe: Die Gründung der Bürger-Energiegenossenschaft (BEG) Tangermoorweg eG.



Foto: privat

Olaf Schmidt

Dipl.-Ing. (FH) Umweltschutz,
1. Vorsitzender Bürger-Energiegenossenschaft Tangermoorweg eG, Varel

olaf.schmidt6@ewetel.net
www.beg-tangermoorweg.de

Dass dieses Modell kein bloßes Lippenbekenntnis ist, zeigen die Zahlen: Fast 180 Mitglieder haben sich bereits in der Genossenschaft zusammengeschlossen. Gemeinsam hat die BEG einen Anteil der Gesamtanlage erworben. Damit sind die Bürger*innen aus Varel und der Umgebung echte Miteigentümer*innen. Das Prinzip ist simpel, aber effektiv: Die Wertschöpfung bleibt im Ort. Wer auf die PV-Module blickt, sieht nicht nur eine technische Anlage, sondern seine eigene Investition in eine klimaneutrale Zukunft. Diese finanzielle Partizipation schafft eine „emotionale Rendite“ und wandelt Betroffene in Beteiligte um. Die Erfahrung in Varel zeigt: Wenn die Nachbar*innen sehen, dass lokale Landwirte das Projekt führen und man selbst direkt am Erfolg teilhaben kann, schwindet der Widerstand gegen die optische Veränderung der Kulturlandschaft. Die BEG ist somit ein nicht unwesentlicher Faktor für die politische Durchsetzbarkeit dieser technischen Innovation.

Das Bauprojekt war von zahlreichen Herausforderungen begleitet, von denen hier exemplarisch einige beschrieben werden:



Foto: Olaf Schmidt

Andreas Rengstorf, Lars Kaper und Olaf Lies bei der Einweihung (04.05.2026)

Herausforderung 1: Die Planung

Es gibt kein festes Planungsschema für eine Moor-PV-Anlage auf wiedervernässten Böden. Weder für das Verlegen der Kabel, für den Bau der Wege, die Statik noch für die Veränderung der Vegetation nach erfolgter Wiedervernässung und Inbetriebnahme der Anlage gibt es Standards. Die gutachterliche Begleitung der Wiedervernässung und die Bereitschaft der Naturschutzbehörden, für den ökologischen Ausgleich in ein Monitoring-Verfahren einzusteigen, waren wichtige Voraussetzungen, um die Bauleitplanung zum Abschluss zu bringen und in die Umsetzung des Projektes zu kommen.

Herausforderung 2: Der organische, saure Moorboden

Moorböden sind instabil und chemisch aggressiv. Mit einem pH-Wert von etwa 4,2 ist der Boden am Tangermoorweg extrem sauer. Dies erforderte spezielle, korrosionsbeständige Beschichtungen für die Unterkonstruktionen der Solarmodule – eine Investition, die herkömmliche Kalkulationen sprengte.

Zudem stellte die Statik auf dem weichen Untergrund die Ingenieure vor Herausforderungen.. Im Gegensatz zu festem Ackerland „arbeitet“ das Moor, besonders wenn der Wasserstand kontrolliert angehoben wird. Die Tragkonstruktionen mussten so konzipiert werden, dass sie Schwingungen und Setzungen ausgleichen. Bauarbeiten waren zudem oft nur in streng definierten Trockenfenstern möglich, um das Gelände überhaupt befahren zu können.

Die Logistik während der Bauphase glich einer Operation am offenen Herzen. Schwere Maschinen und die bis zu 25 Tonnen schweren Trafostationen drohten im Moor zu versinken. Anstatt auf schwere Kräne zu setzen, wurde ein Großteil der Transporte mit traktionstarken Schleppern direkt über die Flächen abgewickelt, um den Bodenstruktur-Schaden so gering wie möglich zu halten. Neben der Technik war die Flächensicherung die strategische Meisterleistung.

Herausforderung 3: Das Nadelöhr Netzanschluss

Ein kritischer Punkt war der Netzanschluss. In ländlichen Regionen ist die Netzkapazität oft nicht für die Einspeisung großer Mengen Solarstrom ausgelegt. Während der Bau der Anlage durch moderne Modultechnik und effiziente Logistik zügig voranschritt, drohte der Anschluss an das öffentliche Stromnetz zum administrativen und technischen Bremsklotz zu werden.

Dabei war weniger die Zusage des Netzbetreibers das Problem, diese wurde bereits im Jahr 2022 erteilt, sondern vielmehr die Herstellung des physischen Netzanschlusses über eine Trassenlänge von ca. 8 km. Durch intensives Projektmanagement und die Koordination mit den Partnerunternehmen gelang es jedoch, diesen Meilenstein im Dezember 2025 zu erreichen. Die Unsicher-



Foto: PV-Anlage Tangermoorweg GmbH

Bauarbeiten



Schafe an der Moor-PV-Anlage

Foto: Olaf Schmidt

heit für Landwirte ist groß: Wer trägt die Kosten für den Netzausbau? Wie sicher sind die Einspeisezusagen? Für Kaper und Rengstorf war dies ein Kraftakt – drohten doch bei Verzögerungen Kürzungen der Einspeisevergütung bzw. bei Änderungen der technischen Vorgaben eine Neuplanung der Anlage.

Neue Wertschöpfung: Moor-PV und regionale Entwicklung

Unter den Modulen grasen Schafe. Hierdurch wird noch eine extensive nachhaltige Nutzung des Aufwuchses ermöglicht. Ein örtlicher Schäfer nutzt die Flächen unter den Solarmodulen, um die Lämmer des Vorjahres hier einen Sommer in Weide zu geben, damit sie dort zu Mutterschafen heranwachsen können. Die Solarmodule bieten den Schafen Unterstellmöglichkeiten und schützen sie so gegen Wind, Regen und Sonneneinstrahlung.

Auf einem Hektar, der nicht von Torf bedeckt ist, wird eine Agri-PV-Anlage betrieben. Dort sind die Module so hoch aufgeständert, dass darunter weiterhin eine Bewirtschaftung mit Rindern möglich ist. Diese Form der Doppelnutzung ist ein Schlüssel für die regionale Entwicklung. Wenn Landwirte wie Kaper und Rengstorf zu „Energiewirten" werden, bleibt die wirtschaftliche Basis des ländlichen Raums erhalten und wird diversifiziert. Ein Teil der Einnahmen fließt als Pacht und Gewerbesteuer zurück in die Gemeinde Varel.

Fazit und Ausblick

Das Projekt am Tangermoorweg ist ein Leuchtturm für den „Zukunftsraum Moor". Es beweist, dass Moore im 21. Jahrhundert mehr sein können als nur Naturschutzgebiete oder schwieriges Ackerland. Sie können Kraftwerke, CO_2-Speicher und landwirtschaftliche Produktionsflächen zugleich sein.

Die Erfahrungen verdeutlichen: Die Transformation der Moore gelingt nur im Dreiklang aus technischer Innovation, landwirtschaftlichem Unternehmertum und bürgerschaftlichem Engagement. Die Einbindung von Bürger*innen über die BEG hat gezeigt, dass die Energiewende im ländlichen Raum kein Projekt „von oben" sein darf. Wenn wir den Menschen vor Ort die Möglichkeit zur echten Teilhabe geben und die Landwirt*innen bei den Herausforderungen von behördlichen Anforderungen, Bodenbeschaffenheit und Netzanschluss nicht allein lassen, werden sie zu den wichtigsten Architekt*innen einer klimaneutralen und wirtschaftlich starken Zukunft.

Abschließend lehrt das Beispiel Varel, dass der Erfolg solcher Großprojekte an der Schnittstelle von EEG-Wissen und landwirtschaftlicher Praxis liegt. Erst eine Anpassung im Erneuerbare-Energien-Gesetz machte das Konzept wirtschaftlich attraktiv.

Der Solarpark am Tangermoorweg ist ein Beispiel dafür, wie der Strukturwandel in Moorregionen gestaltet werden kann. Er zeigt, dass Klimaschutz (Wiedervernässung) und wirtschaftliche Nutzung (Solarstrom) keine Gegensätze sein müssen, wenn innovative technische Lösungen mit regionaler Beteiligung kombiniert werden. Varel wird damit zum Modellprojekt für andere Moore in Deutschland. ■



Luftbild mit gekennzeichnetem BEG-Anteil

Foto: PV-Anlage Tangermoorweg GmbH; bearbeitet von Olaf Schmidt

NAPALU-Verbundprojekt:

Nasse Niedermoore als Chance für Betriebe, Artenvielfalt und Klima

Pascal Gerlach

Das vom 3N Kompetenzzentrum, der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, dem Thünen-Institut, dem Julius Kühn-Institut, der Universität Trier, der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und der Hochschule Bremen getragene Verbundprojekt „Nachhaltigkeit von Paludikulturen (NAPALU) – unter besonderer Berücksichtigung des Stoffhaushaltes" (Laufzeit 5.11.2022 bis 28.02.2026) zeigt: Wiedervernässte Niedermoore mit Paludikulturen können stabile Erträge liefern, das Klima entlasten und wertvolle Lebensräume für Insekten- und Vogelarten schaffen – wenn Wasser- und Nährstoffmanagement sowie passende politische Rahmenbedingungen stimmen.

Nasse Moore – produktiv statt abgeschrieben

Im Projekt „Nachhaltigkeit von Paludikulturen (NAPALU)" wurden wiedervernässte Niedermoore in Niedersachsen und Bayern mit Schilf, Rohrkolben, Seggen und Rohrglanzgras unter Praxisbedingungen bewirtschaftet. Ziel war zu zeigen, ob solche Paludikulturen gleichzeitig Biomasse liefern, Treibhausgas-Emissionen mindern und Biodiversität fördern können – und wie sich dies in betriebswirtschaftliche und gesellschaftliche Bewertungen übersetzen lässt.

Die Pilotflächen Hohenböken, Bad Bederkesa und Dümmer in Niedersachsen sowie Langenmosen und das Freisinger Moos in Bayern wurden über mehrere Jahre intensiv zu Erträgen, Stoffhaushalt, Treibhausgas-Bilanz, Biodiversität, Nutzungsketten und Ökonomie untersucht.

Carex als Klimaschutz-Spitzenreiter

Besonders positiv fiel die Großsegge Carex acutiformis auf, die im Freisinger Moos ohne Düngung stabile Trockenmasseerträge von rund 8–9 t pro Hektar und Jahr erreichte. Gleichzeitig wiesen diese Bestände die stärksten CO_2-Senkenleistungen auf: bis zu etwa 14,6 t CO_2-Äquivalente pro Hektar und Jahr bei vergleichsweise geringen Methanemissionen.

Aus Klimaschutzsicht empfehlen die Forschenden Carex-Systeme daher als bevorzugte Paludikultur für neue Standorte mit wiedervernässten Niedermoorböden. Für die Praxis bedeutet das: Betriebe können mit Seggenbeständen eine robuste, relativ nährstoffextensive Kultur etablieren, die sowohl Ertrag als auch Klimaschutzleistung liefert – vorausgesetzt, der Wasserstand bleibt ganzjährig hoch.

Rohrkolben, Rohrglanzgras & Co: Erträge brauchen Nährstoffe – und gutes Wassermanagement

Die Versuche zeigen, dass viele Paludikulturen deutlich nährstoffabhängiger sind als oft angenommen. Bei Rohrkolben (Typha angustifolia und T. latifolia) und Schilf (Phragmites australis) sicherten erst hohe stickstoffbasierte Nährstoffgaben langfristig stabile Erträge von rund 8–10 t Trockenmasse pro Hektar. Ohne zusätzliche Nährstoffzufuhr traten ab dem vierten Jahr der Nutzung teilweise deutliche Ertragsrückgänge auf.

Gleichzeitig reagierten Typha-Bestände sehr empfindlich auf zeitweise abgesenkte Wasserstände: Unter solchen Bedingungen wurden sie zur Netto-Quelle von Treibhausgasen, während dauerhaft nasse, nährstoffreiche Standorte deutlich bessere Klimabilanzen ermöglichten. Beim Rohrglanzgras (Phalaris arundinacea) konnten im Zwei-Schnitt-System zwar Erträge von etwa 10 t Trockenmasse pro Hektar mit flüssigem Biogas-Gärrest stabilisiert werden, die Gesamttreibhausgasbilanz lag dann aber bei bis zu etwa 24 t CO_2-Äquivalente pro Hektar und Jahr.[1]

Aus Sicht des Klimaschutzes empfehlen die Projektpartner daher beim Rohrglanzgras eher ein einschnittiges, ungedüngtes Management mit konstant hohem Wasserstand sowie den gezielten Einsatz von Typha auf dauerhaft nassen, von Natur aus nährstoffreichen Standorten ohne zusätzliche Düngung.

Pascal Gerlach

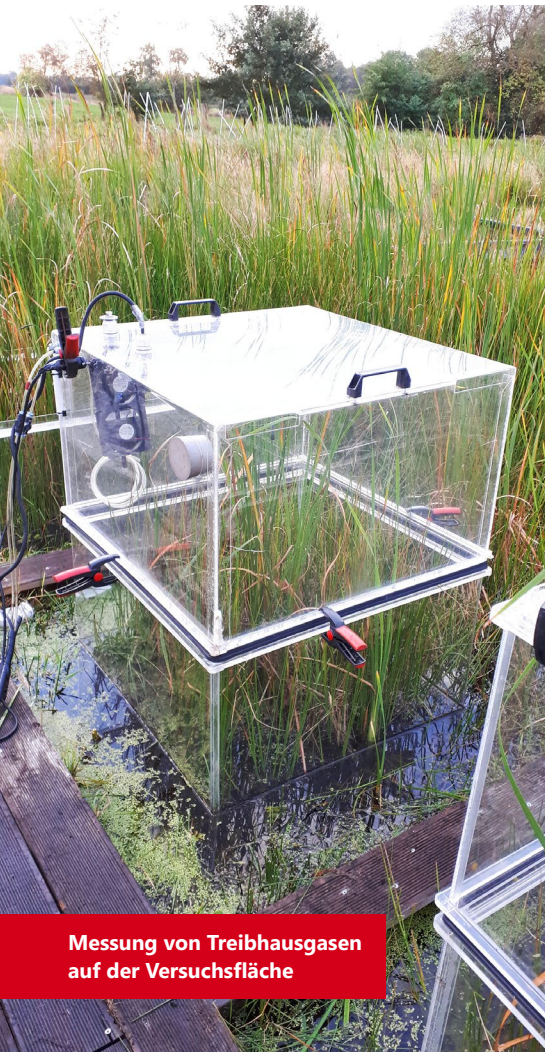
3N Kompetenzzentrum Niedersachsen Netzwerk Nachwachsende Rohstoffe und Bioökonomie e.V. – Geschäftsstelle Werlte

gerlach@3-n.info
www.3-n.info



Foto: privat

[1] Zum Vergleich: Für intensiv genutztes Grünland auf entwässerten Niedermoorböden werden in Synthesen und Leitfäden Größenordnungen von etwa 30–40 t CO_2-Äquivalente pro Hektar und Jahr angegeben. Der Mittelwert tief entwässerter organischer Böden liegt bei ca. 36 ± 19 t CO_2-Äquivalente pro Hektar und Jahr.



Messung von Treibhausgasen auf der Versuchsfläche

Foto: NAPALU

Biomasse für Baustoffe, Kunststoffe und Substrate

NAPALU hat zudem gezeigt, dass Paludikultur-Biomasse technisch vielseitig nutzbar ist. In Bioraffinations-Versuchen wurden aus Nasswiesen-Blattmaterial Saftausbeuten von rund 65 % mit plausiblen Proteingehalten von 34,2 g / 100 g Trockensubstanz erzielt, die Perspektiven für Futter- und Spezialprodukte eröffnen.

Im Faser- und Materialbereich konnten aus Seggen-, Glanzgras-, Schilf- und Rohrkolben-Biomasse spritzgegossene Formteile (s. Abb.), Faserformteile und Compounds für 3D-Druck hergestellt werden. Besonders Schilf und Rohrkolben lieferten dabei gute mechanische Kennwerte. Es konnten Füllgrade von bis zu 30 Masseprozent erreicht werden. Kompostierte und ausgewaschene Typha-Biomasse erreichte zudem Substratkompost-Qualität „Typ 1“ und eignet sich damit als torfreduzierter Ausgangsstoff für gartenbauliche Substrate.

Mehr Artenvielfalt – besonders bei Libellen und Vögeln

In den bewirtschafteten Paludikulturen wurden allein 201 Arten aus Vegetation, Heuschrecken, Libellen und Vögeln nachgewiesen, darunter zahlreiche Rote-Liste-Arten.

Rund drei Viertel der insgesamt festgestellten Pflanzen- und Vogelarten auf Referenzflächen sowie 85 % der Heuschrecken- und 97 % der Libellenarten kamen auch in den Paludikultur-Beständen vor. Besonders Typha- und Phalaris-Flächen wiesen hohe Libellen- und Brutvogeldiversität mit bemerkenswerten Anteilen gefährdeter Arten auf, während Carex-Bestände artenärmer, aber klar von konventionellem Wirtschaftsgrünland abgegrenzt waren.

Aus naturschutzfachlicher Sicht ersetzen bewirtschaftete Paludikulturen nährstoffarme Niedermoore und Pfeifengraswiesen nicht, können aber bei Einbeziehung von Brachen, Hochstaudenfluren, Flachwasserzonen und Pufferstreifen wertvolle Brut- und Rückzugsräume in der Agrarlandschaft schaffen.



Mesokosmenanlage des NAPALU-Projekts zur Analyse der Nährstoffversorgung, Biomasseentwicklung und Qualitätsparameter von Paludikulturen im kontrollierten Freilandversuch.

Foto: NAPALU

Abb.: Weiterverarbeitung von Paludi-Biomasse (hier Schilf) zu Compounds für den Spritzguss



Wirtschaftlichkeit: Ohne CO_2-Preis im Minus, gesamtgesellschaftlich im Plus

Rein betriebswirtschaftlich verursachen die untersuchten Paludikulturen im Mittel ein jährliches Defizit von rund 2 645 Euro pro Hektar gegenüber intensiver Milchviehhaltung, wenn die Klimaschutzleistung unvergütet bleibt. Nur in Einzelfällen – etwa bei Typha-Biomasse für hochpreisige Dämmstoffe – werden bereits heute kostendeckende Ergebnisse erreicht.

Werden die Treibhausgas-Minderungen jedoch mit etwa 150 Euro je Tonne CO_2-Äquivalent vergütet, drehen sich die meisten Szenarien in den positiven Bereich; insbesondere Phragmites-Systeme mit hohen Sequestrierungsleistungen erzielen dann deutlich positive Einkommensbeiträge. Auf volkswirtschaftlicher Ebene ergibt sich trotz zusätzlicher Investitions- und Monitoringkosten ein geschätzter jährlicher Nettonutzen von rund 1,75 Milliarden Euro bei breiter Umsetzung von Paludikulturen in Deutschland.

Befragungen von 202 Landwirt*innen zeigen zugleich eine starke Status-quo-Präferenz, aber auch eine klare Bereitschaft zum Umstieg, wenn verlässliche Klimaschutzzahlungen, einfache Instrumente wie Emissionshandel und eine gute Beratung zur Verfügung stehen.

Ausblick für ländliche Räume

Mit den umfangreichen Daten zu Erträgen, Stoffhaushalt, Treibhausgas-Bilanz, Biodiversität und Wirtschaftlichkeit schafft NAPALU eine belastbare Grundlage, um Paludikulturen als eigenständigen Betriebszweig in ländlichen Räumen weiterzuentwickeln. Prozessbasierte Modelle wie das angepasste SWAP-WOFOST[2] erlauben bereits heute Ertragsprojektionen bis 2050 und können künftig um Nährstoffmodule erweitert werden.

Für Regionen mit vielen organischen Böden eröffnen Paludikulturen damit die Option, Moorböden zu erhalten, neue Wertschöpfungsketten – von Baustoffen über Substrate bis Biokunststoffe – aufzubauen und gleichzeitig einen messbaren Beitrag zum Klima- und Biodiversitätsschutz zu leisten.

Gefördert wurde das Vorhaben vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) über die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR).

Der vollständige Abschlussbericht sowie weitere Materialien und Hintergrundinformationen sind über die Projektseite abrufbar: www.napalu.info. ■


Foto: NAPALU

Ernte auf der Pilotfläche in Bad Bederkesa

[2] SWAP-WOFOST ist ein prozessbasiertes Simulationsmodell, das Bodenwasserhaushalt, Pflanzenwachstum und Ertrag in Abhängigkeit von Wetter, Wasserstand und Standortbedingungen berechnet.

LivingLab Teufelsmoor – Produkte aus Gras von nassen Moorwiesen

Isabelle Vogel

Um Moorböden zu erhalten und klimafreundlich zu nutzen, sollen Wasserstände angehoben werden. Doch dies bringt eine Veränderung der Vegetation und der landwirtschaftlichen Nutzung mit sich. Das Projekt „LivingLab Teufelsmoor" beschäftigt sich mit der klima- und naturschutzorientierten Nassbewirtschaftung von Moorböden im Landkreis Osterholz und der anschließenden innovativen Verwertung des Biomasseaufwuchses. In den nächsten Jahren sollen Wertschöpfungsketten für die Nutzung der Gräser als Rohstoff, beispielsweise in der Baustoff- und Verpackungsindustrie, aufgebaut werden.



Nasswiesen im Retentionsraum bei Pennigbüttel im Teufelsmoor

Foto: Bärbel Tiemeyer

Der Wert der nassen Moore

Der Landkreis Osterholz ist einer der moorreichsten Landkreise Deutschlands. Es dominiert die Grünlandnutzung. Neben Grünland für die Futtererzeugung gibt es auch ausgedehnte Moorwiesen mit hohen Wasserständen, auf denen Ziele des Natur- und Artenschutzes verfolgt werden. Nasse Wiesen und Weiden emittieren darüber hinaus weniger Treibhausgase als trockengelegte Moore und spielen eine wichtige Rolle für den Wasserhaushalt. Die Futterqualität der Aufwüchse dieser Nasswiesen ist jedoch gering. Das Interesse der landwirtschaftlichen Betriebe an der Nutzung und dem Erhalt des Grünlands sinkt. Doch was ungünstige Bedingungen für die Landwirtschaft darstellt, sind ideale Voraussetzungen für die Etablierung von Paludikultur.

Paludikultur bezeichnet die Bewirtschaftung nasser Moore (lat. Palus = Sumpf) und umfasst unter anderem den Anbau von Schilf zum Dachdecken, Torfmoos als Pflanzsubstrat oder die Haltung von Wasserbüffeln. Auch Nasswiesen mit hohen Wasserständen zählen zur Paludikultur, für deren Aufwuchs nun im Teufelsmoor regionale Verarbeitungs- und Vermarktungswege aufgebaut werden, um die Wertschöpfung der nassen, klimafreundlichen Moornutzung zu steigern.

Zusammenarbeit im LivingLab

10 Jahre lang begleitet das Projekt „LivingLab Teufelsmoor" die Weiterentwicklung der nassen Moornutzung im Landkreis Osterholz. Schon vor Projektbeginn waren die Bewirtschafter*innen der Region auf der Suche nach neuen Absatzmärkten für das von ihnen produzierte Gras. Gleichzeitig sucht die Industrie vermehrt nach alternativen, klimafreundlichen, langfristig und regional verfügbaren Rohstoffen für eine Vielzahl von Produkten.

Isabelle Vogel

Landwirtschaftskammer Niedersachsen,
Bezirksstelle Bremervörde

isabelle.vogel@lwk-niedersachsen.de
www.lwk-niedersachsen.de

Das Living Lab ist ein Reallabor, in welchem gemeinsam der Anbau von Paludikultur, die Aufbereitung und Vermarktung des geernteten Rohstoffs und die Herstellung von Produkten aus Paludi-Rohstoffen erarbeitet wird. Das „Labor" ist ein Zusammenschluss aus Personen, Unternehmen und Institutionen, die in regelmäßigen Treffen ihre Anforderungen und Bedürfnisse rund um die Paludikultur kommunizieren. Statt in einer isolierten Umgebung wird hier im realen Kontext entwickelt, diskutiert und umgesetzt. Ca. 70 Vertreter*innen aus Industrie und Wirtschaft, Verbänden, Verwaltung, Landwirtschaft und dem ihr vor- und nachgelagerten Bereich, Politik und Wissenschaft tauschen sich hier aus und sind zur aktiven Gestaltung der Wertschöpfungsketten eingeladen.

Neue Qualitätsmerkmale, neue Produkte

Die Umstellung der Produktion auf Paludikultur erfordert nicht nur neues Wissen zum Anbau, sondern auch die Erforschung der Materialeigenschaften des Ernteguts. Bisher kannten die landwirtschaftlichen Betriebe den Anspruch an ihre Ware: Grünlandaufwuchs wurde an das Vieh verfüttert, was nicht als Futter geeignet war, wurde als Einstreu genutzt. Eigenschaften wie der Rohproteingehalt, welche die Futterqualität eines Grases ausmachen, waren bekannt. Dass der Aufwuchs aus dem nassen Moor die nötigen Gehalte oft nicht erzielt, machte die Nutzung jahrelang unattraktiv. Für die Herstellung von Produkten aus Paludimaterial spielen jedoch andere Materialeigenschaften eine Rolle. Zur Herstellung von Bau- und Dämmstoffen, Papier, Kartonagen und Verpackungen sind unter anderem der Lignin-, Cellulose- und Hemicellulosegehalt der Gräser relevant und Arten wie Segge, Binse und Rohrglanzgras besser geeignet als energiereiche Futtergräser – eine Chance, die Nasswiesenaufwüchse gewinnbringend zu vermarkten. Die Charakterisierung des Rohstoffs ist daher einer der zentralen Aufgaben des Projektes.

Neben der Anpassung von Bewirtschaftungsverfahren dokumentiert das Projekt auch die Ernteprozesse, Produktionskosten, Standortbedingungen und Vegetationszusammensetzung, um im Laufe der Jahre hohe Rohstoffqualitäten zu erzielen. In den nächsten Jahren sollen die Lagerung, Zerkleinerung, Siebung, Auffaserung und Mischung verbessert werden, um den Käufern aus der Industrie einen definierten Rohstoff in ausreichender

Menge anbieten zu können. Hierzu haben sich Bewirtschafter*innen bereits zu einer GmbH zusammengeschlossen, um zukünftig diese Arbeiten auf einem gemeinsamen Betriebsgelände zu ermöglichen. Im Sommer 2026 soll im Projekt eine mobile Auffaserungsanlage vor Ort das Gras von den Nasswiesen zu einem Vorprodukt aufbereiten, damit marktfähiger, definierter Rohstoff in großer Menge zur Verfügung steht.

Im Projekt wurden bereits im Labormaßstab Bau- und Dämmstoffplatten aus Mischungen aus Nasswiesenheu und Holz hergestellt. Die Faseraufbereitung und die verwendeten Bindemittel wurden variiert, um Platten mit unterschiedlichen Eigenschaften herzustellen. Im Fasergussverfahren wurden Formteile produziert, im Spritzgussverfahren wurden aus biologisch abbaubaren Kunststoffen mit Grasanteil Pflanztöpfe geschaffen. Papier, Kartonage und Verpackungsmaterial sind ein weiterer Einsatzbereich der Gräser von nassen Mooren.

Die Projektflächen sollen in den nächsten Jahren erweitert werden, um mehr Paludikultur-Rohstoff liefern zu können und gleichzeitig die klimaschonende Moorbewirtschaftung auszudehnen. Dies bedeutet auch die oberflächennahe Anhebung der Wasserstände auf neuen Flächen. Die Umstellung auf Paludikultur wird im Projekt von wissenschaftlichen Untersuchungen zu Treibhausgasemissionen, Entwicklung von Flora und Fauna und dem Wasserstandsmanagement begleitet.

Der Aufbau einer Wertschöpfungskette und der Vermarktung des Rohstoffes ist das Kernstück des Projektes. Zwischen Landwirtschaft und produzierender Industrie sollen starke Verbindungen geknüpft werden, die auch nach Projektende bestehen bleiben. Die Absatzpreise für Paludi-Rohstoffe sollen sich frei am Markt entwickeln.

Deutschlandweit vernetzt: das PaludiNetz

Den Herausforderungen der Etablierung von Paludikultur stellt sich das Projekt LivingLab Teufelsmoor nicht allein. Gemeinsam mit acht weiteren Projekten hat es sich zum PaludiNetz zusammengeschlossen. Im Netzwerk werden Methoden verglichen, Ergebnisse geteilt und ein regelmäßiger Austausch praktiziert. Die über alle moorreichen Gegenden Deutschlands verteilten Projekte bearbeiten unterschiedliche Fragestellungen, z. B. den Torfmoos- oder Rohrkolbenanbau, sodass ein breites Spektrum an Standorten, regionalen Besonderheiten und Paludikulturen betrachtet wird.

Hintergrund

Das Projekt LivingLab Teufelsmoor läuft bis Ende 2032 und wird vom Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat aus Mitteln des Klima- und Transformationsfonds gefördert. Projektträgerin ist die Fachagentur für Nachwachsende Rohstoffe (FNR). Die Durchführung des Verbundprojektes erfolgt durch die Landwirtschaftskammer Niedersachsen, die Michael Succow Stiftung, das Niedersächsische Landvolk Kreisverband Osterholz e.V., die Technische Universität Dresden, das Johann Heinrich von Thünen-Institut und den Landkreis Osterholz. ■



Foto: Theresa Otten

Binsen auf Nasswiesen, geeignet für die stoffliche Verwertung



Foto: Sören Tech

Werkstoffe in verschiedenen Zusammensetzungen mit Gras von Nasswiesen



Foto: Sören Tech

Schalen aus Faserguss

Kultur ist ein Anker für Gespräche

Theater im Moor? Wie gut das funktioniert, zeigt das Malchiner Moortheater[1] in Mecklenburg-Vorpommern. Die Initiative erhielt 2018 eine LandKULTUR-Förderung über das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus)[2]. Inzwischen ist in der Region der Verein Wasserwerk der Zukunft gegründet worden, der ein altes Wasserwerk zur Bildungs- und Kulturstätte macht. Zusätzlich ist Anfang 2025 mit MoorReturn ein großes Forschungsprojekt zu Mooren in der Region gestartet, an dem der Verein als Netzwerkpartner beteiligt ist.

Frau Berghöfer, Sie leiten das Moortheater – ein mobiles Landschaftstheater in der Mecklenburgischen Schweiz. Wie kam es zu dem Projekt?

Wir leben hier in Malchin umgeben von mehreren Seen in einer der moorreichsten Regionen Deutschlands. Das Projekt ging von einem besonderen Ort aus: der Gaststätte „Moorbauer", die jahrzehntelang ein beliebtes Ausflugsziel war. Als diese vom Verfall bedroht war, wollten wir, dass sie nicht in Vergessenheit gerät. Denn es ist ein magischer Ort. Also haben wir die Malchiner Moorgeschichten als kleines Buch veröffentlicht. Daraufhin entstand die Idee für das Theater. Den „Moorbauer" am Kummerower See betreiben wir inzwischen selbst.

Worum geht es in dem Projekt Moortheater?

Wir führen seit 2015 Theatervorstellungen an besonderen Orten auf, bei denen wir die Moorlandschaft auf die Bühne bringen. Dabei verschmelzen die Geschichten mit der Umgebung. Das Theater hat sich in der Region als Kulturhighlight und Treffpunkt im Sommer etabliert: Die vier Vorstellungen pro Saison sind schnell ausgebucht. 2025 haben wir 10-jähriges Jubiläum gefeiert und insgesamt über 4 000 Zuschauer*innen erreicht. Bei der Produktion binden wir Profis, Laien, Kinder und Jugendliche ein. Manche erkennen durch das Moortheater erst, wie schön diese Region mit ihrer besonderen Landschaft ist. Auf diese Weise trägt das Theater auch dazu bei, die Bedeutung der Moore als Lebensraum nicht nur für Tiere und Pflanzen neu zu entdecken.

Was hat sich über das Moortheater hinaus entwickelt?

Es gibt hier ein altes Wasserwerk von 1903, das der WasserZweckVerband Malchin Stavenhagen als Eigentümer vor dem Verfall schützen und als Bildungsstätte aufbauen wollte. Das war der Anlass, um gemeinsam mit dem Bauernverband, dem Wasser- und Bodenverband Obere Peene, dem Naturpark, der Stadt Malchin und mehreren Schulen den Verein Wasserwerk der Zukunft e.V.[3] zu gründen. Der Verein und das alte Wasserwerk als Begegnungsort sind eine gute Basis, um auf regionaler Ebene das Gemeinwohl und wirtschaftliche Interessen bzgl. des Wassers überein zu bringen. Dabei geht es zum Beispiel um kooperative Lösungen, wenn Wasserschutzzonen neu ausgewiesen werden müssen. Kultur ist dabei oft ein Anker für Gespräche. Und es kann wieder Energie geschöpft werden in schwierigen Zeiten wie diesen, um dann Probleme gemeinsam anzupacken. Seit 2025 läuft außerdem das Forschungsprojekt MoorReturn[4], in dem es um eine neue Technologie zur Verarbeitung von Moorpflanzen für Bau-, Verpackungs- und Energieanwendungen geht.

Vielen Dank für das Gespräch. *BULEplus-Redaktion*



Foto: Florian Seeber

Uta Berghöfer ist Umweltwissenschaftlerin, Autorin und Vorständin des Wasserwerks der Zukunft e.V. in Malchin. Sie leitet das Moortheater und führt u. a. Bildungs- und Kultur- Projekte an der Schnittstelle von Natur, Kunst und Wissenschaft überwiegend ehrenamtlich durch.

[1] www.moortheater.de; https://land-zukunft.de/projekte/steckbrief/moortheater-mobiles-landschaftstheater

[2] Mehr Informationen zum BULEplus gibt es unter www.land-zukunft.de

[3] www.wasserwerkderzukunft.de

[4] www.dbfz.de/mooreturn

Fotos: Freunde Fritz Greve e.V.





Die ASG gratuliert …

… Dr. Martin Wille zum 85. Geburtstag

Der promovierte Ministerialbeamte im Ruhestand studierte nach einer landwirtschaftlichen Lehre Landwirtschaft und Volkswirtschaftslehre. Dies führte ihn in den 1980er Jahren als Referent ins Bundeslandwirtschaftsministerium und das Bundeskanzleramt. Nach einer Zeit als Abteilungsleiter im Landwirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen, wirkte er von 1998 bis 2002 als beamteter Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium an der deutschen und europäischen zur Ausrichtung der Landwirtschaft mit. Bis 2016, insgesamt sechs Jahre, brachte er seine Erfahrungen als Vorstandsvorsitzender in der ASG ein und ist seit 2016 Ehrenmitglied des ASG-Vorstandes. Dr. Martin Wille feierte seinen Geburtstag im Juni.

… Dr. Aloys Altmann zum 80. Geburtstag

In seiner beruflichen Laufbahn hat der promovierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler an zentralen Stellen der Agrarpolitik und -verwaltung gewirkt u. a. in Brüssel sowie in den Agrarministerien der Länder Nordrhein-Westfalens, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt. Von 2004 bis 2013 war er Präsident des Landesrechnungshofes Schleswig-Holstein und seither Präsident des Bundes der Steuerzahler in Schleswig-Holstein. In der ASG engagierte er sich im Kuratorium von 1999 bis 2001 bzw. von 2011 bis 2022 sowie in den Jahren 2001 bis 2004 im Vorstand. Dr. Aloys Altmann beging seinen Geburtstag im April 2026.

… Dr. Juliane Rumpf zum 70. Geburtstag

Die promovierte Agrarwissenschaftlerin und Landwirtin engagiert sich auch in ihrem Ruhestand u. a. als ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende der Stiftung Naturschutz, Landesnaturschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holsteins (seit 2024) und als Vorsitzende der Akademie für ländliche Räume Schleswig-Holsteins für die ländlichen Entwicklung. Als Ministerin leitete sie von 2009 bis 2012 das Schleswig-Holsteinische Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. In der Kommunalpolitik war sie u. a. als Kreispräsidentin und Gemeindevertreterin aktiv. Sie ist Brückenbauerin zwischen ehren- und hauptamtlichem Naturschutz und tritt für Demokratie ein. Die frühere Vorsitzende des Vorstandes der ASG (2016 bis 2023) feierte ihren Geburtstag im Mai.

Wir wünschen den Jubilar*innen alles Gute und vor allem Gesundheit! ■

Das Abenteuer des Lebens

Erfahrungen und Erkenntnisse eines Ökologen, Weltbürgers und Mutmachers



Michael Succow und Christiane Grefe. oekom Verlag, München 2026, 304 Seiten, ISBN 978-3-98726-511-2, 24,00 € (Print), 18,99 € (eBook).

Die Biografie von Michael Succow – verfasst im Dialog mit der Journalistin und Buchautorin Christiane Grefe – verbindet persönliche Erinnerung mit Zeitgeschichte und ökologischer Analyse. Aufgewachsen auf einem brandenburgischen Bauernhof, entwickelte Succow schon früh eine tiefe Naturverbundenheit, die sein gesamtes wissenschaftliches Wirken prägte. Als Moor-Forscher trotzte er dem Agrar-Produktivismus der DDR wie des kapitalistischen Systems und erarbeitete sich internationale Anerkennung. 1989/90 nutzte er als stellvertretender Umweltminister der DDR mit einem Kreis Vertrauter die Wendezeit, um das „Nationalparkprogramm“ durchzusetzen – und stellte schlussendlich elf Prozent des DDR-Staatsgebietes unter Schutz. Auch für sein herausragendes Engagement in den Naturräumen der früheren Sowjetunion, der Mongolei oder Äthiopiens erhielt Michael Succow den Alternativen Nobelpreis. Bis heute wirkt er über seine Stiftung international für den Moor- und Klimaschutz, eine enkeltaugliche Landnutzung und neue Schutzgebiete – auch zum Erhalt traditioneller Kulturlandschaften und Wirtschaftsweisen. Die Abenteuer seines Lebens zeigen: Transformation ist nicht allein eine technische Herausforderung, sondern eine Frage von Haltung, Kooperation, politischem Mut und Geschick – und einem Gefühl der Verantwortung für kommende Generationen. Denn auch in Zeiten der Krise gibt es Gestaltungsspielräume. ■ oekom/za

Nass und nachhaltig

Klima, Landwirtschaft und die Zukunft unserer Moorböden

ZUG 2026, 4 Folgen, Länge jeweils ca. 45 Minuten. Zu hören auf Spotify, Apple Podcasts, Deezer, Amazon Music, Youtube und unter www.z-u-g.org/foerderung/pilotvorhaben-moorbodenschutz/podcast



Der vierteilige Reportage-Podcast der Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) begleitet Landwirt*innen, Wissenschaftler*innen und Unternehmen, die erproben, wie sich Moorböden nass und zugleich wirtschaftlich tragfähig nutzen lassen. Im Fokus stehen die vier vom Bundesumweltministerium geförderten Pilotprojekte zum Moorbodenschutz. Die Hörer*innen erhalten Einblicke in Praxis, Forschung und Entwicklung rund um die Wiedervernässung von Mooren und die landwirtschaftliche Nutzung nasser Moorböden.

Die Staffel wurde im Rahmen der Pilotvorhaben zum Moorbodenschutz und den Moorschutz-Förderprogrammen InAWi und 1 000 Moore des Bundesumweltministeriums umgesetzt. ■ ZUG/za

Die Kunst der Daseinsvorsorge

Interdisziplinäre Care Forschung gGmbH und Hochschule Neubrandenburg (Hrsg.). AGP/zze-Verlag, Freiburg 2025, ISBN 978-3-00-085735-5, kostenloser Download unter: www.hs-nb.de/storages/hs-neubrandenburg/institute/ikr/Dokumente/Kunst_der_Daseinsvorsorge/Dokumente/Kunst_der_Daseinsvorsorge_Katalog.pdf



Ein Abschlussbericht als Ausstellungskatalog. Daseinsvorsorge wird hier als Kunst verstanden: im Sinne von Kunstfertigkeit, im Sinne des Kunstwerkes und auch im weiteren Sinne von Kunst als Ausdruck einer (örtlichen) Kultur.

Das Projekt „Die KUNST, bürgerschaftlich und gemeinwirtschaftlich DASEINSVORSORGE zu GESTALTEN – ein Lern- und Transfernetzwerk für Gemeinden und zivilgesellschaftliche Initiativen im ländlichen Raum" stellt Beispiele vor, die den Herausforderungen der demografischen und gesellschaftlichen Transformation mit gemeinwirtschaftlichen, bürgerschaftlich getragenen und auf mehrere Themenfelder der Daseinsvorsorge bezogenen Antworten begegnen. Der Ausstellungs-Katalog enthält Texte zur Kunst der Daseinsvorsorge aus unterschiedlichen Perspektiven, acht mutmachende Unikate, die Güstrower Thesen der Projektbeteiligten, Kommentare aus Praxis und Wissenschaft sowie sieben Schnittmuster zur Inspiration. Durchgeführt wurde das Projekt vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (Prof. Dr. Thomas Klie, Freiburg/Berlin) und der Hochschule Neubrandenburg (Prof. Dr. Peter Dehne), gefördert von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt. ■ Institut für Kooperative Regionalentwicklung/za

Studieren bei Professoren, Bauern und Alten Linken

Ein Buch mit Geschichten, kein Geschichtsbuch

Onno-Hans Poppinga. AbL Verlag, Hamm 2025, 148 S., ISBN 978-3-930413-79-9, 15,00 €.



Dieses Buch verknüpft die Entwicklung der agrarpolitischen Opposition mit dem eigenen Lebensweg an der Universität in den 1960er und 70er Jahren. Poppinga beschreibt, wie er als Bauernsohn aus Ostfriesland und junger Familienvater sein Universitätsstudium an der Landwirtschaftlichen Hochschule beginnt, und seine kritische Auseinandersetzung mit der sich entwickelnden Agrarökonomie des „Wachsens oder Weichens". Er lernt Bauernfamilien in der Umgebung kennen, beteiligt sich in linken Gruppen, gründet selbst agrarpolitische Arbeitsgruppen und veröffentlicht erste Artikel. Nach der Promotion bei Prof. Theodor Bergmann 1973 (veröffentlicht als „Bauern und Politik") wurde Poppinga bereits 1975 an die neugegründete Gesamthochschule in Kassel/Witzenhausen berufen und wirkt bis heute in den agrarpolitischen Diskussionen mit. Das Buch erzählt detailliert ein Stück Zeitgeschichte und beeindruckt mit umfassendem Hintergrund- und Kontextwissen über die Entstehung der unterschiedlichen Diskurse zur Ausrichtung der Agrarpolitik und der ökologischen Landwirtschaft. Es richtet sich nicht nur an Zeitgenossen*innen, sondern auch an aktuell Studierende und in der Agrarwissenschaft und -politik Aktive, die sich für die Entwicklungen der agrarökonomischen Lehre interessieren und die Anfänge der alternativen Agrarbewegung nachvollziehen möchten. ■ AbL Verlag/am

Die Entwicklung der Projektlandschaft zur Paludikultur

Eine Übersicht und Analyse für Deutschland

Regina Neudert, Sandra Kleine, Sabine Wichmann, Hannah Hirschmann, Anke Nordt, Bas Spanjers, Telse Vogel und Volker Beckmann. Greifswald Moor Centrum-Schriftenreihe 01/2026, Selbstverlag, ISSN 2627-910X.

Die Studie des Greifswald Moor Centrums bietet erstmals eine Übersicht zur Projektforschung im Bereich Paludikultur. Auch projektbeteiligte Organisationen, wie durchführende Partner und Fördermittelgeber, werden betrachtet. Insgesamt wurden 146 Projekte erfasst, wobei die frühesten bereits in den 1990er Jahren umgesetzt wurden, d. h. noch bevor der Begriff „Paludikultur" 1998 geprägt wurde. Mehr als 75 % der Vorhaben entfallen jedoch auf die letzten zehn Jahren. Inhaltliche Schwerpunkte waren bislang Pflanzenbau und Verwertung, während betriebswirtschaftliche Aspekte vorwiegend begleitend zu anderen Themen untersucht wurden. Fragestellungen zu Planung und Genehmigung sind hingegen unterrepräsentiert. Bei den Verwertungsoptionen lag der Fokus bisher auf Torfmoosen und Rohrkolben für die Substratherstellung bzw. Rohrkolben und Schilf für die Verwertung als Baustoff. Ein erheblicher Anteil der Projekte hat sich darüber hinaus mit diversen Landnutzungsoptionen beschäftigt. Zukünftig wird es Aufgabe der Forschung sein, so die Autor*innen, die Etablierung von Paludikulturen in der landwirtschaftlichen Praxis hinsichtlich Verwertung, Betriebswirtschaft und Sozioökonomie zu begleiten.

Herunterzuladen unter:
https://greifswaldmoor.de/files/dokumente/GMC%20Schriften/2026/2026-01_GMC%20Schriftenreihe%20032026.pdf

Wiedervernässung von Moorböden

Steckbriefe zur landwirtschaftlichen Nutzung und Höhe von Wiedervernässungsprämien in den moorreichen Bundesländern

Nahleen Lemke, Niklas Domke, Christine Chemnitz, Harald Grethe. Agora Agrar, Berlin 2026.

Durch die Wiedervernässung von landwirtschaftlich genutzten Moorböden entsteht ein gesellschaftlicher Nutzen, für landwirtschaftliche Betriebe bedeutet sie jedoch zunächst Kosten und Ertragseinbußen. Diese Einkommenseinbußen sollten für einen Übergangszeitraum durch Wiedervernässungsprämien kompensiert werden, bis neue Wertschöpfungsketten etabliert oder andere Einkommensalternativen entwickelt sind. Die Studie berechnet das erforderliche Gesamtbudget für mögliche Wiedervernässungsprämien für den Zeitraum 2026 bis 2045. Als Grundlage dienen die durchschnittlichen kurzfristigen Opportunitätskosten der nassen Nutzung, also der Einkommensverlust als Folge des Verzichts auf trockene Nutzung. Im Anschluss wird der voraussichtliche Finanzbedarf für die fünf moorreichsten Bundesländer berechnet: Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Bayern. Factsheets geben einen Überblick über die heutige Nutzung der dortigen Moorflächen, über wirtschaftliche Kenngrößen und über regionale Besonderheiten. Sowohl die Gesamtgröße der Moorfläche als auch die Opportunitätskosten pro Hektar unterscheiden sich deutlich zwischen den Bundesländern, was zu einem regional unterschiedlichen Finanzbedarf führen würde.

Herunterzuladen unter: www.agora-agrar.de/publikationen/wiedervernaessung-von-moorboeden

Stärken-Schwächen-Analyse der Hofnachfolge-Beratung in den Bundesländern

Kerstin Spory und Ramona Schiller. FiBL Deutschland e.V., Frankfurt am Main 2026

In Deutschland ist über die letzten Jahrzehnte hinweg ein kontinuierlicher Rückgang der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe zu verzeichnen. Ein wesentlicher Faktor hierfür ist die fehlende oder unklare Nachfolgeregelung auf vielen Höfen. Im Rahmen der Untersuchung wurden mittels einer bundesweiten, standardisierten Befragung Informationen zu Beratungsangeboten zur Hofnachfolge erhoben. Es zeigte sich, dass in der Beratung der Schwerpunkt bislang vor allem auf rechtlichen und finanziellen Themen liegt, während kommunikative, psychosoziale und strategische Aspekte häufig zu kurz kommen, darunter Konfliktmanagement, Rollenklärung, psychische Gesundheit und die soziale Absicherung von Frauen im Betrieb. Erfolgreiche Beratungsprozesse basieren auf individuellen, prozessorientierten Methoden wie moderierten Familiengesprächen, systemischen Ansätzen und mehrstufiger Begleitung. Gleichzeitig ist eine stärkere Sensibilisierung und strategische Öffentlichkeitsarbeit notwendig, da viele Unternehmerinnen und Unternehmer die Hofnachfolge zu spät thematisieren oder deren Komplexität unterschätzen.

Herunterzuladen unter: https://orgprints.org/id/eprint/57781

ISSN 0179-7603 – 77. Jahrgang

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Agrarsoziale Gesellschaft e.V. (ASG)
Kurze-Geismar-Straße 33
37073 Göttingen

Tel. (0551) 4 97 09-0
info@asg-goe.de
www.asg-goe.de

Geschäftsführung

PD Dr. Oliver Klein

Redaktion

Dipl.-Ing. agr. Andrea Moser
Karin Zander M. A.
Maria Kaiser M.Sc.

Namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autor*innen wieder. Sie ist nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion.

Layout

Mirko Wende, www.mirkomedia.de

Druck

K+W Kunst- und Werbedruck GmbH, Bad Oeynhausen. Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Recyclingpapier.

Nachdruck und sonstige Verbreitung

Mit Hinweis auf die Erstveröffentlichung und mit Bitte um ein Belegexemplar. Sofern Autor*innen Artikel oder Bildmaterial unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten ggf. von diesen Nutzungsbedingungen abweichende Nutzungsrechte. Die betreffenden Inhalte sind entsprechend gekennzeichnet.

Ländliche Räume

erscheint viermal im Jahr. Bei der dritten Ausgabe handelt es sich um ein themenorientiertes Schwerpunktheft mit doppeltem Umfang. Die Zeitschrift ist auch online auf der ASG-Website als pdf verfügbar.

Preise

Der Preis für ein Jahresabonnement „Ländliche Räume" beträgt 36,- € plus Porto. Für Mitglieder der ASG ist das Abonnement im Mitgliedsbeitrag (90,- €, Studierende 36,- €) enthalten.

Konto

Für Spenden und sonstige Förderbeiträge an die ASG:

Sparkasse Göttingen
IBAN: DE 57 2605 0001 0001 087 006
BIC: NOLADE21GOE

Gefördert durch:

Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat

rentenbank

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Ich möchte

ein Abonnement der Zeitschrift „Ländliche Räume" abschließen

den Newsletter abonnieren

Mitglied werden

Scannen Sie den QR-Code, um zur entsprechenden Seite zu gelangen oder schreiben Sie uns eine E-Mail an info@asg-goe.de.

Mehr Informationen zur Agrarsozialen Gesellschaft finden Sie unter www.asg-goe.de.

ASG Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

